

Referate und Artikel

Inhalt:

Die Volkskirche und die Krise unseres Sozialsystems (1988)

Diakonische Sozialarbeit in die Pflicht genommen von Kirche, Staat und freier Wohlfahrt (1990)

Was bedeutet die Diakonie für die Kirche? (1995)

Was Gemeinden tun können für Arme (1994)

Die Familie ist tot – Es lebe die Familie! (1998)

Wie Kirche Zukunft haben könnte (1998)

Diakonie zwischen Markt und Auftrag (1996)

Was der Markt mit Menschen macht (1994)

Kirche und Diakonie haben miteinander Probleme (1997)

Prognostik, die die Diakonie angeht (1986)

Das volkshkirchliche Diakonie-Dilemma (Karlshöhe 1994)

Funktion und Gestalt des Gottesdienstes im Kurgeschehen und Heilungsprozeß (1992)

DIE VOLKSKIRCHE UND DIE KRISE UNSERES SOZIALSYSTEMS

(1988)

Im Deutschen Pfarrerblatt schildert der holländische Theologe Hendrikus Berkhof eine Begegnung: „Ich erinnere mich noch, wie ich meinem Vater-in-Christo, Martin Niemöller, mit dem ich viele Jahre jährlich im Zentralkomitee des Ökumenischen Rates der Kirchen zusammen war, die Frage stellte, wie er dazu gekommen sei, Kirchenpräsident einer so hoffnungslosen Volkskirche zu werden. Er antwortete darauf: 'Ach, Bruder Berkhof, wozu sollten wir dagegen Sturm laufen, wenn dieses Gebäude doch sowieso zusammenbricht ?!' " (Die Kirche der Zukunft und die Zukunft der Kirche, Dt. Pfarrerblatt 2/88, S. 51).

Später ließ Niemöller, damals schon Ex-Kirchenpräsident, verlauten - es stand sogar im epd -, er würde ja zu den Quäkern übertreten, wenn es da nicht

Altersversorgungsprobleme gäbe...

Es ist eine Eigentümlichkeit, daß nicht wenige von denen, die eine ev. Volkskirche zu leiten haben und die von der Pfarrerschaft einen volksskirchlichen Dienst verlangen, selbst eine eher kritische Einstellung zu dieser Größe haben.

Volkskirche: Begriffskomplexität

In der Gegenwartsliteratur macht sich "Volkskirche" vor allem an 5 Bestimmungen fest:

1. Volkskirche meint "Kirche für alle" (d.h., der weitestmögliche Horizont für den Empfang des Evangeliums wird offen gehalten; die Sendung der Kirche weist an das Ganze einer Gesellschaft; so schon von J.H. Wichern begrifflich verwendet: in kritischer Zuspitzung gegenüber einer ständestaatlichen Staatskirche).

2. Volkskirche meint "Kirche mit allen" (diese Akzentuierung hebt ab - z.B. unter Berufung auf das Priestertum aller Gläubigen - auf die wünschenswerten Beteiligungsstrukturen, auf die Beteiligung des ganzen "Kirchenvolks"; dieses Verständnis, von im einzelnen so unterschiedlichen Theologen wie Schleiermacher, Harnack oder T.Rendtorff vertreten, hat eine Spitze gegen die hierarchisierte Pastorenkirche, gegen die quasi ordnungspolitischen Funktionen der Pastoren bis zum Ende des Kaiserreichs und darüberhinaus in manchen reichskirchlichen Konzepten).

3. Volkskirche meint "Nachwuchskirche" (T.Rendtorff), d.h., Kirche mit in der Regel zugeschriebener, nicht erworbener, wohl aber im Nachhinein angeeigneter und bejahter Mitgliedschaft (wird gern im Zusammenhang gesehen mit dem satis est von CA 7: Die Volkskirche hält die Verkündigung des Evangeliums quasi vor für alle Getauften, hält das Evangelium vor auch denen gegenüber, die es im Augenblick nicht abverlangen, nicht abrufen; d.h. aber auch, die Kirchenmitglieder sind von der gesetzlichen Forderung entlastet, durch ihre Frömmigkeit das Kirche-Sein der Kirche in ganz bestimmten Gestaltungen gewährleisten zu müssen).

4. Volkskirche übernimmt Sozialgestaltungsaufgaben, beansprucht Mitsprache in grundlegenden Orientierungen der Gesellschaft ("Wächteramt"), ist nicht mehr Teil und Funktion des Staates, sondern kritische Partnerin (ideologiefähig ! Wurde gleichwohl auch während des Kirchenkampfes als Integrationsformel durchgehalten - bei vorübergehender Infragestellung = Bonhoeffer im Sept. 33 an K.Barth: "Mehreren unter uns liegt jetzt der Gedanke der Freikirche sehr nahe"; im Okt. 38 urteilt Bonhoeffer: der Weg in eine Freikirche hätte in der Sekte und damit in Absonderung und Selbstgenügsamkeit geendet, das Dahlemer Notrecht hingegen habe "für die neugesetzte Kirchenleitung den Anspruch auf die Gesamtkirche" erhoben und sich so doch allen kongregationalistisch- freikirchlichen Tendenzen widersetzt).

5. Volkskirche verbindet individuelle und gesellschaftliche Existenz der Kirchenmitglieder durch die Doppelfunktion, auf die bes. K.-W.Dahm hingewiesen hatte, grundlegende Werte darzustellen als "gesellschaftliche Sinnagentur" und zugleich Begleiterin bei persönlichen Sinnkrisen, an den "Knotenpunkten" menschlichen Lebens usw. zu sein.

Diese Bestimmungen sind miteinander verknüpft. D.h. z.B.: Die Legitimation kirchlicher Beteiligung an sozioethischen und politischen Grundfragen ist nicht allein gegeben aufgrund des eigenen Wertsystems und dessen Anspruch, sondern vor allem auch aufgrund des tatsächlichen gesellschaftlichen Funktionsrangs (das unterscheidet z.B. den kirchlichen Einfluß von sektiererischem). Wiederum kann sich nur eine Volkskirche mit wirtschaftlicher Massenbasis die diversen institutionalisierten Selbstdarstellungen als gesellschaftsrelevante Sinnagentur "leisten", z.B. in Gestalt von Akademien, Fachhochschulen, Ausbildungsstätten für gesellschaftlich relevante Berufe im pflegerischen, sozialarbeiterischen und pädagogischen Feld.

Das volkikirchliche Segment Diakonie

Im folgenden möchte ich den volkikirchlichen Bereich Diakonie hervorheben, der in der Pfarrerschaft weniger bekannt ist als die volkikirchlich-pastoralen Funktionen, die ich hier ausklammern möchte, da sie regelmäßig in Theologie und Kirche problematisiert werden und zudem primärer Ausbildungsinhalt sind.

Als Beispiel soll mir dienen: das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik. Unser Sicherungssystem hat drei Säulen: 1. Versorgung, 2. Versicherung, 3. Fürsorge.

Zu 1 : Kirche ist selbst ein Versorgungssystem, ist in puncto Arbeitsfeld- und Stellenbewertungen, Einkommensstrukturen usw. voll vergesellschaftet. Kirche ist nicht nur unmittelbarer Arbeitgeber, sondern die diesbezüglichen kirchlichen arbeits- und versorgungsrechtlichen Strukturen regeln auch die Versorgungssystematik in tausenden (!) von Einrichtungen, Heimen, Dienststellen: im Kirchengebiet der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für rund 18.000 Menschen.

Zu 2: Die Kirche hat eigene Sicherungs- und Versicherungssysteme, die ebenfalls durchgängig gesellschaftsparallelisiert sind: von der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse bis zu kirchlichen Versicherungsgruppen, die die Bereiche praktisch aller Lebensrisiken abdecken.

Zu 3: Im Fürsorgebereich gehören die Kirchen zu den größten Anbietern überhaupt. Die beiden kirchlichen Wohlfahrtsverbände Diakonisches Werk und Caritasverband sind zusammen die zweitgrößten Arbeitgeber in Hessen. Das meiste der professionellen diakonischen Arbeit wird sozialrechtlich ermöglicht durch das SUBSIDIARITÄTSPRINZIP, das den - theologisch begründeten - Leitgedanken der beiden für den Fürsorgebereich grundlegenden Gesetzeswerke darstellt: für das Bundessozialhilfegesetz/BSHG und (bis 1991; Red.) das Jugendwohlfahrtsgesetz/JWG von 1961, die seit damals mehrfach "angepaßt" wurden (da sie neuerdings negativ angepaßt werden - Sparpolitik zu Lasten der Ärmere ! - , entsteht hier eine sozialanwaltliche Aufgabe von Kirche und Diakonie: der politische Einspruch).

Zur Erläuterung: Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Grundprinzip der katholischen Soziallehre, das in den beiden genannten Gesetzen sozialrechtliche Geltung erlangt hat. In der katholischen Soziallehre wurde das Subsidiaritätsprinzip vor allem in neueren Sozialenzykliken (z.B. Quadregesima anno, 1931 ; Mater et magistra, 1961) ausformuliert. Es vermittelt zwischen dem ebenfalls aus Naturrecht und Offenbarung

gewonnenen, daher allgemein gültigen und unveränderbaren Personalprinzip (= Vorrang der Person und der Kirche vor gesellschaftlichen Organisationen und Staat) und dem Solidaritätsprinzip (Sozialpflichtigkeit des einzelnen gegenüber der Allgemeinheit - und umgekehrt. Subsidiarität regelt

1. die Zuständigkeit für die Wahrnehmung von sozialen Aufgaben, und zwar so, daß die jeweils kleinere, personnähere Gruppierung den Vorrang hat (nur was der einzelne nicht leisten kann, soll die Familie für ihn leisten; nur was die Familie nicht leisten kann, sollen die Kommunen leisten; nur was die Kommunen nicht leisten können, soll das Land leisten). Insofern grenzt das Subsidiaritätsprinzip Kompetenzen und Zuständigkeiten großer Organisationen und des Staates ein. Subsidiarität regelt 2. die Verpflichtung zur Hilfe, die größere Organisationen gegenüber kleineren haben. „Der Staat muß nicht nur den Familien, Kommunen, Einzelpersonen, Kirchen usw. die Aufgaben belassen, die diese erfüllen können, er hat auch die Pflicht, diese instand zu setzen, daß sie diese Aufgaben wahrnehmen können. Umfassendere Organisationen haben personnäheren gegenüber die Pflicht der Hilfe zur Selbsthilfe“ (E.Haug, Sozialwissenschaften in d.kirchl. Praxis, Art. Subsidiaritätsprinzip, 1975). Nach § 5 Abs. 3 JWG hatte z.B. das kommunale Jugendamt "von eigenen Einrichtungen und Veranstaltungen... abzusehen, soweit geeignete Einrichtungen und Veranstaltungen der Träger der freien Jugendhilfe vorhanden sind".

Im wesentlichen aufgrund dieses Sozialprinzips existieren zur Zeit (1988; Red.) in kirchlich-diakonischer Trägerschaft 267 ev. Sanatorien und Krankenhäuser mit 59.230 Betten, 853 Einrichtungen der Jugendhilfe mit 52.770 Plätzen, 7.250 Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche (Kindergärten, -krippen, -horte, Tagesstätten für Jugendliche usw.) mit 413.085 Plätzen, 2.345 ambulante sozialpflegerische Dienste (Gemeindekrankenpflege-Stationen, Diakoniestationen, Dorfhelferinnen-Stationen etc.), 1.935 Wohnanlagen und Heime der Altenhilfe mit ca. 114.000 Plätzen, 764 Einrichtungen der Behindertenhilfe mit 85.540 Plätzen, 240 Heime und Tageseinrichtungen für Personen "in besonderen sozialen Situationen" mit fast 13.000 Plätzen, 436 Ausbildungs-, Fort- und Weiterbildungs-Einrichtungen mit über 33.000 Plätzen, 3.028 Beratungsstellen für Jugend, Ehe, Familie, ältere Menschen, Behinderte, Obdachlose, Nichtseßhafte, Suchtkranke, Straffällige und Haftentlassene, Flüchtlinge, Asylbewerber u.a.); die professionellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie wirken je zeitweilig in und für 5.200 Selbsthilfegruppen, Klubs u.ä. in kirchlich-diakonischer Trägerschaft.

Die Kirche ist also vermittels ihrer Diakonie erheblich in die Sozialgestalt und die Sozialsysteme der Bundesrepublik eingebunden. Dieses Stück wichtiger volksskirchlicher Realität kommt weder im Studium noch in der Seminausbildung für Pfarrerinnen und Pfarrer auch nur annähernd angemessen vor. Das Eigentlich-Volksskirchliche an der Kirche führt in der Kirche und im Bewußtsein ihrer theologischen Mitarbeiterschaft ein Schattendasein. In der Pfarrerschaft dominieren eher entgegengesetzte Positionen: weniger volksskirchliche Formen als vielmehr privatistische Formen von Spiritualität.

Evangelische Spiritualität: meist weniger volksskirchlich

Um evangelische Spiritualität einigermaßen beschreiben und verstehen zu können, muß man sie von ihrer Vorgängerin und anschließenden Wegbegleiterin zu unterscheiden versuchen: von der katholischen Spiritualität. Diesen Vergleich hatte

schon Max Weber unternommen. Er zeigte anhand des englischen Puritanismus, verglichen mit katholischer Barockfrömmigkeit, sicher entscheidende Züge protestantischer Spiritualität auf, etwa mithilfe seiner Untersuchungen über das Asketische. Askese hatte es auch schon in katholischer Tradition gegeben, die Abstraktion des Lebens vom sinnlichen Genuß. Aber jetzt erhielt sie eine andere Funktion. Weber schreibt: "Die christliche Askese, anfangs aus der Welt in die Einsamkeit flüchtend, hatte bereits aus dem Kloster heraus, indem sie der Welt entsagte, die Welt kirchlich beherrscht. Aber dabei hatte sie im ganzen dem weltlichen Alltagsleben seinen natürlich unbefangenen Charakter gelassen. Jetzt trat sie auf den Markt des Lebens, schlug die Tür des Klosters hinter sich zu und unternahm es, gerade das weltliche Alltagsleben mit ihrer Methodik zu durchtränken, es zu einem rationalen Leben IN der Welt und doch NICHT VON dieser Welt oder FÜR diese Welt umzugestalten... In der kulturellen Welt legte sich die Askese wie ein Reif auf das Leben des fröhlichen alten England..." (Die prot. Ethik und der Geist des Kapitalismus, 5. Aufl. 1979, S. 165 + 177).

Neuerdings hat es Wolfgang Steck unternommen, über die Differenz zwischen katholischer und evangelischer Spiritualität zu arbeiten (Transformation der Sinnlichkeit: Die Bedeutung der rituellen Erfahrung für die neuzeitliche Frömmigkeit, WzM 5/1987, S. 262 ff). Sie besteht, auf den kürzesten Nenner gebracht, darin, daß im Protestantismus Religion intim wurde. Katholische Spiritualität hatte und hat religiöse Erfahrung und gegenständliche, sinnliche Wahrnehmung in einem; charakteristisch: die fromme Begehung der religiösen Objektwelt in Prozessionen, Umzügen, Wallfahrten, aber auch in religiösem Volkstheater. Man könnte noch bis heute wirksame andere Formen religiöser Vergewisserung und Identitätssicherung in gemeinschaftlichem Zusammenhang nennen: Kfz-Weihen, Tierweihen usw.

Steck spricht davon, daß im katholischen Raum die Liturgie des Alltags die Form gebildet habe, in der die sinnliche Inszenierung der religiösen Erfahrung ihre Vollendung fand. In der Reformation hat sich die Erlebnisrichtung verändert: Religiöse Erfahrung wurde vom sinnlichen Gegenstand quasi abgezogen, umgeleitet zum religiös erlebenden Subjekt. Es fand statt: der "Auszug der Frömmigkeit aus der Welt repräsentativer Öffentlichkeit" und der "Einzug in die private Welt der Individualität".

Aber, so könnte man einwenden, es gibt doch auch im Protestantismus öffentliche Vorgänge, sichtbare Abläufe. Steck meint: Auch diese Inszenierungen wurden im evangelischen Raum den Spielregeln des Subjektivismus unterworfen: "Auch die öffentliche Darstellung religiösen Erlebens, die sinnliche Präsentation der Individualität in Gottesdienst und Unterricht, Seelsorge und Ritual, folgt... den Mustern subjektiver Verständigung, die in der privaten Lebenswelt entwickelt wurden. Der Gottesdienst wird nicht als die in der Liturgie versinnlichte Darstellung eines allgemein verbindlichen Frömmigkeitsideals und ebensowenig als ein die Objektivität der sozialen Lebenswelt dokumentierendes Drama begriffen: Es sind vielmehr die einzelnen, die sich zum gottesdienstlichen Publikum versammeln. Die öffentliche Versammlung der Gläubigen dient der gegenseitigen sinnlichen Selbstdarstellung. ... Im Mittelpunkt des öffentlichen Gottesdienstes steht die homiletische Rede, in der die Kultur subjektiv gestalteter und ebenso subjektiv rezipierter religiöser Erfahrung gepflegt wird. Der Prediger repräsentiert die fromme Individualität, in deren Selbstdarstellung sich die Zuhörer selbst wiederfinden..."

Das hieße, zusammengefaßt: Der Protestantismus hätte in sehr grundsätzlicher

Weise die Entwicklung zur Privatisierung der Religion gefördert, damit auch das für die moderne Gesellschaft typische Auseinanderfallen von Sinn und Funktion, das der Volkskirche erheblich Abbruch tut.

Trutz Rendtorff hat kürzlich darauf aufmerksam gemacht, wie groß offenbar bis heute das Bedürfnis nach identitätssichernden, gemeinschaftsvermittelten und -stärkenden Begehungen auch in nicht-mehr-eigentlich-kirchlichen Zusammenhängen ist - bei umfangreichen Anklängen an den religiösen Ursprung: "Die Flut der 'Zeigehandlungen', mit denen das Bewußtsein anderer geweckt und verändert werden soll, mit denen der Zusammenhang von individueller und öffentlicher Weltsicht vorgezeigt wird, kommt ... nicht ohne Symbole aus, die in den Kontext der Religionsgeschichte gehören. ... In zunehmendem Maße tauchen wieder Begriffe wie 'Wallfahrten', 'Kreuzwege' und ähnliche Anspielungen an die religiöse Prozeßionstradition auf, wo es um die Institutionalisierung dieser Demonstrationskultur in der Bundesrepublik geht. Die mediale Verstärkung der Öffentlichkeit führt zu einem Wirklichkeitsverständnis, demzufolge nur das wirklich zählt, was öffentlich vorgezeigt und demonstriert wird" (Civil Religion, in: epd-Dokumentation 35/1987, S. 7).

Wenn man so will, sind Bethel und vergleichbare diakonische Einrichtungen so etwas wie evangelische Wallfahrtsorte. Hunderttausende vergewissern sich dort jedes Jahr in öffentlicher Inszenierung der Sinnhaftigkeit ihrer sozialen Grundauffassungen, auch: ihrer Kirchenzugehörigkeit.

Beratungsstellen u.ä. können derlei nicht bieten; dort geschieht Beratung, und Beratung ist Ausdruck privatistisch-subjektivistischer und intimer Inszenierung von Wirklichkeit. Allerdings, viele Zweige der Diakonie bekommen zunehmend Beine, wählen demonstrative Mittel, um auf ein Problem hinzuweisen - was in einem uralten und meist vergessenen Zusammenhang steht.

Die Prognosen für die Volkskirche

Die Details aus den kirchensoziologischen Trenderhebungen sind, wie ich denke, weithin bekannt. Das in unserem Themenzusammenhang Wichtigere in gedrängter Fassung:

> Mittelfristige Halbierung des volksskirchlichen Mitgliederbestands (zu 60% wegen des Bevölkerungsschwunds, der den evangelischen Bevölkerungsanteil erheblich stärker betrifft als den katholischen; zu 40% wegen Kirchengaustritten).

> Das Kirchenverhältnis zu vieler Menschen ist "ungrundsätzlich", ist zu "unbestimmt", die Wahrnehmung von Kirche verengt. Der Kirchengaustritt rückt so in den Rang eines klärenden Vorgangs. (Wie sehr die Wahrnehmung verengt ist, wie wenig die volksskirchliche Sozialgestalt wahrgenommen wird, zeigt z.B. die Infratestumfrage im Auftrag der Zeitschrift STERN unter Jugendlichen von 1984)

> Ein substanzbetreffender Glaubensverlust wird registriert; wo die Religionssoziologen Frömmigkeitspotentiale ausfindig machen, machen sie zugleich weithin die Neigung zur Privatisierung des Religiösen aus - und daneben eine Verflachung auf eine Civil Religion hin, in der sich bürgerliche Wohlanständigkeit mit "Christlichkeit" identifiziert. Zugleich erhält diese formale Kirchenmitgliedschaft zu wenig Verstärkung ihrer generalisierten

Erwartungen; d.h., Kirche wird z.B. nicht als so diakonisch wahrgenommen, daß dadurch die Identifikation mit ihr erhöht würde.

> Die Funktion der Kirche ist eine völlig verschiedene - je nach Verbundenheitsgrad mit ihr; so sind die Kirchenmitgliedschaftsbegründungen der mit der Kirche Hochverbundenen bei denen, für die "Unbestimmtheit" charakteristisch ist, kaum gefragt: "Alle Formulierungen, die auf eine existentielle Bedeutung zielen - sie (=die Kirche) gibt inneren Halt, Trost und Hilfe, Antwort auf die Sinnfrage - finden außerhalb des Kreises hochverbundener Kirchenmitglieder nur geringe Zustimmung" (Was wird aus der Kirche, S. 39); dafür wird die Kirche "vorrangig... identifiziert (mit) Nächstenliebe und Hilfe, Diakonie und sozialer Betreuung (S.44). Spitz gesagt: Ohne Diakonie würden noch schneller noch mehr "Unbestimmte" austreten; zugleich zeigen andere Parteien der Befragung, daß eine bestimmte Wahrnehmung von Diakonie Betreuung von Alten, sozial Schwachen usw. ein Identifikationshindernis ist für Menschen, die sich selbst für eher autark, eigeninitiativ u.ä. halten.

> Charakteristisch ist in gewisser Weise ein seltsames Ineinander von Identifikation und Abgrenzung.

> Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung stellt dem ständigen Abbröckeln der Volkskirche nur eine wirkliche Chance entgegen: "...Die Chance, neue genuine Motive auszubilden" (S. 57). Die Diskussion über die angemessene Strategie ist in Gang gekommen. Die Grundkontroverse kreist um die Frage: Öffnung oder Verdichtung?

Kann der Schaden für die Volkskirche geheilt oder wenigstens begrenzt werden, indem es in der Kirche möglichst exklusiv oder möglichst pluralistisch-dialogisch zugeht? Mehr Verbindlichkeit oder ein weiteres Spektrum für individuelle Identifikationen?

Von einem Dilemma ins nächste

1. Deutlich ist das Bild eines Diakonie-Dilemmas:

> Es gibt noch immer eine hohe Erwartungshaltung gegenüber der Kirche, den Wunsch nach einer gesellschaftlich und sozial kompetenten Kirche.

> Aber die Bereitschaft zur eigenen aktiven Wahrnehmung der Kirchenmitgliedschaft ist gering entwickelt,

> wird aber auch nicht abverlangt, weshalb viele soziale Interessen und Kompetenzen aus der Gemeinde auswandern;

> und zudem wachsen (vgl. STERN-Studie) die Zweifel an der sozialen Kompetenz der Kirche und ihrer Mitarbeiterschaft, speziell auch der Pfarrerschaft, an die die Kirchenmitglieder ihr soziales Gewissen ein Stückweit delegiert haben bzw. hatten.

2. Die Volkskirche lebt davon, daß sie ihr Handlungsziel möglichst allgemein definiert (vgl. oben: "Kirche für alle"). Diakonie sagt mehr und mehr: "Kirche muß solidarisch sein mit den Armen und Schwachen". Es gibt sicher punktuell Zielkonflikte, die sich angesichts wachsender sozialer Polarisierungen in unserer Gesellschaft noch verstärken könnten.

3. Es ist ein weiteres Grundproblem, daß in der Regel die nichttheologischen Mitarbeiterschaften diejenigen sind, die im eigentlich-volkskirchlichen Tätigkeitsspektrum agieren. Die Pfarrer vernachlässigen dieses Spektrum, wie nicht erst neuere Umfragen des hessen-nassauischen Pfarrerausschusses und Pfarrervereins erwiesen haben. Die nichttheologischen Mitarbeiterschaften arbeiten eher in volkskirchlich relevanten Bereichen, sind dort aber wiederum nicht deutlich genug als Kirche zu erkennen, tragen insofern nur bedingt bei zur gesellschaftlichen Legitimation der Volkskirche.

4. Der Pfarrerschaft fehlt soziales Grundwissen in großem Ausmaß; die tatsächliche soziale Funktion der Kirche in unserer Gesellschaft ist den meisten gar nicht bekannt. Das, wofür man kein Umgangsinstrumentarium hat, nimmt man meist auch gar nicht wahr oder nur sehr eingeschränkt (vgl. z.B. Umfrage von Leitendem Geistlichem Amt und Diakonischem Werk in Hessen und Nassau im Uno-Jahr des Behinderten u.ä.). Die Ausbildung der Pfarrerschaft müßte dringend stärker realitätsbezogen werden - um z.B. auch besser helfen und raten zu können.

5. Die Folgen der in 1 - 4 geschilderten Situation z.B.:

> Es gibt nicht selten Verständigungsprobleme zwischen theologischen und nichttheologischen Mitarbeitern, Gegenprofilierungen usw.; daran nehmen b e i d e Schaden.

> Pfarrer machen zu wenig oder nichts aus den (vorhandenen) gemeindediakonischen Institutionen, integrieren sie zu wenig in gemeindliche Konzepte, lassen die Dinge nebeneinander herlaufen.

6. Es dürfte Zusammenhänge geben zwischen Wahrnehmungsverengungen der Pfarrerschaft und bei Austrittsgefährdeten...

Die wachsende soziale Polarisierung der Gesellschaft und die Herausforderungen an die Kirche

Seit dem Aufbrechen industriegesellschaftlicher Polarisierungs- und Klassenbildungsprobleme im 19. Jh. hat sich die ev. Kirche (wenn überhaupt - noch am ehesten durch die "nebenkirchliche" Innere Mission -engagiert) g e g e n sozialrevolutionäre Wege und f ü r die Mitwirkung an der sozialpolitischen Überbrückung sozialer Gegensätze entschieden: Sozialpolitik als AUSGLEICHSPOLITIK. Seit ca. 100 Jahren wurde das deutsche soziale Sicherungssystem durch die verschiedenen politischen Systeme hindurch (Kaiserreich, Weimar, 3. Reich, BRD) niemals einer grundlegenden Revision unterzogen, sondern immer nur angepaßt bzw. weiterentwickelt - und vermag gegenwärtig die Verarmung eines erheblichen Teils der Bevölkerung nicht oder nicht mehr hinlänglich zu verhindern.

Formen der sog. milden Armut (Einkommen von ca. 60% des durchschnittlichen Netto-Monatseinkommens an der unteren Skala der Mittelschichtbevölkerung nehmen zu, vor allem unter älteren alleinlebenden Frauen; die Übergänge zur Unterschicht-Armut, zur sog. absoluten Armut (Einkommen von 40% und weniger des durchschnittlichen Netto-Monatseinkommens), sind z.T. kaum mehr

auszumachen; die Zahl der solchermaßen als "arm" deklarierten Bevölkerungsteile lag 1986 bei ca. 15% der Gesamtbevölkerung.

Gegenwärtig sind Polarisierungen in erheblichem Umfang im Gang: vor allem solche, die mit der wieder sich vergrößernden sozialen Differenzierung zu tun haben; Hauptursache, wenn auch nicht alleinige Ursache, ist die MASSENARBEITSLOSIGKEIT mit ihren Folgeerscheinungen:

> so haben auch regierungsamtliche Vorstellungen wie die der "Flexibilisierung des Arbeitsmarktes" durch Beschäftigungsförderungs-, Vorruhestands- oder Arbeitszeitgesetze die Polarisierung zwischen "Flexiblen" und "Nicht-" bzw. "Nicht-mehr-Flexiblen" auf dem Arbeitsmarkt eher verstärkt;

> auch 2. und 3. Arbeitsmärkte haben die soziale Polarisierung vorangetrieben: die z.T. alternativen Arbeitsformen im Bereich der sog. Schattenwirtschaft - Hausarbeit, Selbsthilfe, Schwarzarbeit u.ä. - gehen öfter mit Dumpinglöhnen und -preisen einher, vor allem: sie PRIVATISIEREN BERUFLICHE UND SOZIALE RISIKEN;

> und selbst sozial gedachte Schutzgesetze wie Mutterschutz-, Jugendarbeitsschutz- und Schwerbehindertengesetz erweisen sich gegenwärtig häufig als polarisierungsfördernde Beschäftigungsverhinderungsgesetze. Gleichzeitig kühlt das "soziale Klima" merklich ab; eine soziale Desensibilisierung ist in Gang gekommen. Die Allensbach-Studie "Die Stellung der freien Wohlfahrtspflege. Kenntnisse, Erwartungen, Engagement der Bundesbürger - Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen 1962 - 1985, 1986" ergab eindeutig, daß heute mehr Bürger als in den vorhergehenden Jahrzehnten *weniger* soziale Hilfen für bestimmte Gruppen fordern (vor allem in der Katastrophenhilfe, in Schwangerschafts-Konflikten, in Altenheimen, in der Ausländerhilfe, bei "Essen auf Rädern" und in der Obdachlosenhilfe. Außer sozialen Leistungseinschränkungen registrieren die Wohlfahrtsverbände - so auch das Diakonische Werk - schon seit Beginn der achtziger Jahre seitens der sozialpolitisch Verantwortlichen *d i f f u s e p o l i t i s c h e S i g n a l e*. H. Rapp (in: Zukunfts-Trends und zukunftsorientierte Politik, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Nr. 11/ 1985,S. 378) charakterisiert die Widersprüche m.E. recht zutreffend:

"- Einerseits die Auflösung menschlicher Bindungen bejammern und andererseits die totale Verfügbarkeit der Arbeitnehmer betreiben;
- einerseits den grassierenden Egoismus beklagen und andererseits gnadenlose Auslese entfesseln;
- einerseits über die Zunahme der Rücksichtslosigkeit schwadronieren und andererseits das totale Konkurrenzprinzip pseudo-religiös überhöhen;
- einerseits Mäßigung und andererseits aggressiven Konsumerismus predigen."

Ähnlich G. Bäcker (Das konservative Menschenbild: Ungleichheit und Armut als Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Nr. 10/1985, S. 337): "Es zählt zum Grundwiderspruch des modernen Konservativismus, einerseits dieses manchester-liberale Konkurrenz- und Leistungsdenken vorbehaltlos zu übernehmen, andererseits im alltäglichen Verhalten der Menschen aber Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Arbeit, Mitmenschlichkeit und Solidarität zu propagieren."

Die Sozialwissenschaftler schwanken bei der Deutung dieses Phänomens: zwischen

der Position, hinter diesen Widersprüchen der sozialpolitisch Verantwortlichen stecke Rat- und Konzeptionslosigkeit, und der Position, daß hinter den verwirrenden Äußerungen ein zwar verschleiertes, aber gleichwohl planvolles Konzept stehe. Nahrung findet letztere Vermutung durch zahlreicher gewordene Äußerungen konservativer Markttheoretiker, die dahingehend argumentieren, daß das soziale Sicherungssystem mit seinen Kosten die "Selbstheilungskräfte" des Marktes behindere; außerdem stellen immer mehr Wirtschaftstheoretiker eine Grundfunktion von Sozialpolitik in Frage (die auch der Anknüpfungspunkt für das kirchlich-diakonische Engagement war, nämlich die, Ausgleichspolitik zu sein, Politik, die die soziale Differenz und damit die sozialen Spannungen abbaut oder zumindest verringert); vgl. hierzu z.B. eine Äußerung von F.von Hayek in der Zeitschrift "Wirtschaftswoche": "Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich... Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung völlig sinnlos" (zit. bei G.Bäcker, aa0 336).

Die neueste nichtstaatliche Sozialprognose (Prognos AG, Entwicklung der Freien Wohlfahrtspflege bis zum Jahr 2000, Basel 1984) prognostiziert den Trend: Der emanzipatorische Anspruch von Sozialpolitik werde mehr und mehr aufgegeben; an der Integration von Randgruppen bestehe staatlicherseits immer weniger Interesse.

Alle sozialpolitisch Kundigen teilen das Gefühl, in den letzten Jahren zumindest eine Zäsur der bundesrepublikanischen Sozialstaatsentwicklung zu erleben, einer Entwicklung, in die die kirchlichen Hilfswerke mannigfach verwoben sind, ja, deren Teil sie in gewisser Weise sind. Ob die Zäsur nur die UNTERBRECHUNG ODER DAS ENDE der seitherigen Sozialstaatsentwicklung ist, ob nach der Konsolidierung der Haushalte, so diese überhaupt möglich ist, nur von einem anderen Niveau aus weiteragiert wird oder ob sich eine ganz neue Sozialpolitik anbahnt, ist nicht klar und wird von den einschlägigen Werken und Verbänden je nach weltanschaulicher Ausrichtung unterschiedlich pessimistisch beurteilt.

Warum der Kirche diese Entwicklungen icht gleichgültig sein können

Die sich abzeichnenden und weiterentwickelnden sozialen Differenzierungen können aus vielen Gründen der Kirche nicht gleichgültig sein:

> wegen ihres WÄCHTERAMTSVERSTÄNDNISSES, aus dem kein Wirklichkeitsbereich eliminiert werden könnte ohne Rückwirkung auf den Gesamtanspruch einer Volkskirche; auch: wegen ihres DIAKONIE-MANDATS, das den Auftrag zur Mitgestaltung sozialer Strukturen einschl ießt;

> wegen EIGENER BETROFFENHEIT: in Kirche und Diakonie sind z.B. ähnliche Entwicklungen der Arbeitsstrukturen wie in der gegenwärtigen Wirtschaft im Gange, eine auf Dauer problematische Polarisierung der Belegschaften in stabilen Stamm und instabile Peripherie: z.Z. wachsen nur die ABM-, Teilzeit- und Honorarmitarbeiterschaften ständig, auch die befristeten Arbeitsverhältnisse;

> wegen der möglichen Rückwirkungen auf die volkshkirchliche Mitgliedschaftsstruktur: Die Massenbasis der bislang mittelschichtstabilen Kirche wird durch die Zunahme von Sozialabsteigern, durch die immer weitere Ausdifferenzierung der Mittelschicht nach unten hin, instabiler; je mehr sich die Mittelschicht auszehrt, desto dünner wird die volkshkirchliche Massenbasis;

> wegen der fast symbiotischen Einbindung der Kirche in die staatliche Sozialpolitik (s.o.: Subsidiarität).

Herausforderungen an Theologie und Kirche

Wie sich die Diakonie (wie auch die anderen Verbände der Wohlfahrtspflege) zu entwickeln hätte, ist absehbar. PROGNOSE faßt die wohl zutreffenden Einsichten zusammen:

"Auf konzeptioneller Seite bestehen aus unserer Sicht an die Weiterentwicklung der Hilfen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege vor allem folgende Anforderungen:

- Die bessere Integration und Abstimmung stationärer und ambulanter Hilfen.
- Die bessere Integration der ambulanten Hilfen.
- Der Aufbau gemeindenaher, alle "Betreuungsstufen" umfassender Netze.
- Die Anpassung vorhandener Dienste an sich ändernde Erwartungen der Nutzer...

Schließlich bleibt als ungelöstes Problem bzw. Aufgabe, nach neuen Ansätzen der Einbeziehung des sozialen Engagements der Bürger und damit einer vernünftigen Einbindung der Selbsthilfebewegung zu suchen...

Ohne eine solche Einbeziehung sind die sozialen Aufgaben der Zukunft nicht zu bewältigen."

Alle Studien und Prognosen weisen auf die herausragende Bedeutung von VERNETZUNGEN und VERKETTUNGEN hin, auf die sozialwissenschaftlich, sozialpolitisch, "technisch" und wirtschaftlich begründete Nötigung zum Verbundhandeln: etwa in Form von KOOPERATIONS-MODELLEN VON STATIONÄREN DIAKONISCHEN EINRICHTUNGEN, AMBULANTEN SOZIALEN DIENSTEN UND GEMEINDLICHEN DIENSTGRUPPEN. Die VORTEILE eines solchen "VERNETZTEN DIAKONISCHEN AMTES" bestünden darin,

- die für die Menschen weiterhin wichtigen PRIMÄREN HILFESYSTEME (Familie, aber mit zunehmender Bedeutung auch Nachbarn und so etwas wie "Gemeinde") ebenso zu stärken

- wie die sozialen Energien der Gemeinde

- und dabei die sekundären Hilfesysteme (also etwa auch die professionelle Diakonie) stärker an ihren SOZIALEN URSPRUNG zurückzubinden.

Auf diese Weise könnten nicht zuletzt auch die für den Erhalt der Volkskirche unverzichtbaren "neuen genuinen Motivationen" entstehen: und müßten, wo vorhanden, nicht anderswohin auswandern.

Es würde genügen, wenn Pfarrer/-innen dies WOLLTEN; gleichwohl müßten zuvor einige quasi-sozialarbeiterische Elemente in die Pfarrerausbildung integriert werden; zudem müßten Instrumentarien an die Hand gegeben werden, die die Verständigung zwischen theologischen und nicht- oder nicht-nur-theologischen Mitarbeiterschaften in der Kirche fördern (einschlägige Untersuchungen - wie z.B. die von I.Lukatis/U.Wesenick, Diakonie - Außenseite der Kirche, 1980 - zeigen erhebliche Verständigungsprobleme auf der kommunikativen, wissenschaftstheoretischen und organisatorischen Ebene), damit auf dem Terrain der Kirchengemeinde wirklich angemessene soziale Prozesse in Gang kommen und sich entwickeln können.

Kirche hätte im übrigen auch Instrumentarien, um öffentlich darauf hinzuwirken, daß soziale Grundwerte wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität nicht weiter deformiert werden; daß die Gefahr der **GEWÖHNUNG AN SOZIALE AUSGRENZUNG** und die **INDIVIDUALISIERUNG SOZIALER RISIKEN** aufgedeckt und artikuliert wird: daß die Hinnahme "harter" Maßnahmen gegen Minderheiten energisch hinterfragt wird (daß zum Beispiel Minderheitenhetze nicht zum guten Ton zu gehören beginnt).

Um ihres Friedensauftrags willen hätte die Kirche jetzt die Aufgabe, die soziale Explosivität der gegenwärtigen Entwicklungen zu erkennen und zu artikulieren, denn: "Vor allem das Anschwellen der Zahl junger Menschen, die in keinem System sozialer Kontrolle integriert sind, und der Zahl arbeitsloser Intellektueller, die nach Mobilitätschancen suchen, wird als potentielle strukturelle Basis für das Wachstum radikaler politischer Bewegungen angesehen. Daß die Akzeptanz einer 'Zwei-Drittel-Gesellschaft' die Gefahr der dauerhaften Destabilisierung unserer Verfassungs- und Wirtschaftsordnung heraufbeschwören kann, liegt auf der Hand. Ob die von neuer Armut Betroffenen fähig sind, entsprechend dem pluralistischen Mechanismus unseres Systems zu versuchen, Druck auszuüben, ... ist eine offene Frage" (K.Lompe, Spaltungstendenzen im Sozialstaat, in: Die Mitarbeit 2/1986, S. 109).

Um ihrer Verantwortung für das theologische Nachdenken willen hätte die Kirche die Aufgabe,

> eine "Theologie der Armut" für die Bedingungen unserer gesellschaftlichen Verhältnisse zu fördern und in Verkündigung, Unterricht, Öffentlichkeitsarbeit usw. zu propagieren; ökumenische Modelle sind nur bedingt anwendbar, weil der gesellschaftliche Differenzierungsmodus in den sog. Entwicklungsländern ein anderer ist (die neue Armut in Deutschland ist ein Mittelschichtrisiko - diese Schicht gibt es so nicht in den Entwicklungsländern; auch ist Armut in der 3. Welt ein Mehrheitsproblem, in Deutschland ein Minderheitenproblem. Und: in einem der reichsten Industriestaaten der Welt fängt Armut nicht erst mit Obdachlosigkeit, Nichtseßhaftigkeit oder Unterernährung an, sondern viel früher; Maßstab ist nicht die Sicherung der physischen Existenz und des Existenzminimums, sondern bereits ganz bestimmte Einschränkungen im Dienstleistungsbereich - z.B Gesundheitswesen, Bildung und Ausbildung -, im Umweltbereich - Wohnung, Ortsteil usw. - und Partizipationsbereich - Mitbestimmung- und Selbstentscheidungsmöglichkeiten);

> die evangelischen Positionen zum Thema "Arbeit" zu sichten, auf ihre Wirkungsgeschichte und Stimmigkeit hin zu befragen: Die protestantische Beteiligung an der Herstellung eines **ZUSAMMENHANGS VON LEBENSINN UND ARBEIT** ist unbestreitbar und bedarf der Aufarbeitung. Fast durchweg galt in evangelischer Sozialethik die mit der Industrialisierung gestellte Arbeiterfrage lediglich als Spezialfall des allgemeinen Problems Arbeit (weshalb jetzt, da uns die industrielle Arbeit auszugehen beginnt, keine wirklich angemessenen sozialetischen Positionen zur Verfügung stehen); grundsätzlich war man über die alte handwerkliche Tugendlehre und die alte Arbeitsmoral des städtischen Bürgertums nicht hinausgekommen (z.B. Zusammenhang zwischen Frömmigkeit, Fleiß, Segen und reichem Arbeitsertrag; auch: verinnerlichte Pflichtauffassung usw.). Im Zuge protestantischer Beteiligung an der Herstellung des Zusammenhangs von Lebenssinn und Arbeit wurden vor allem zwei fundamentale Gegebenheiten moderner Arbeitsgesellschaften außeracht gelassen:

1. daß hier identitätsstiftende Erfahrungsgehalte mit integrativer Funktion, die "Sinn" ausmachen (T. Koch), mehr und mehr im Bereich der Privatheit gesucht werden (müssen); daß es zu einem Nebeneinander, eigentlich zu einer Konkurrenz, von sinnvermittelten und technischen Integrationsmechanismen gekommen ist (und die technische Integration, die das Funktionieren der öffentlichen Kooperation bedingt, klammert umfassende Sinnhorizonte gerade aus, gibt eindeutig der technischen Qualifikation den Vorrang vor normativer Qualifikation);

2. daß verschiedene Arbeitsrollen völlig verschiedene Sinn-Potentiale enthalten; R.Engelland (Art. Arbeit, in: ESL, 7.Aufl. 1980) unterscheidet dispositive von Spezialisten-Arbeit und diese beiden "sinnhaltigeren" Formen noch einmal von der routinisierten Teil-Arbeit: "Routine-Arbeit unterliegt Rationalisierungs- und Intensivierungsstrategien..., die nur für wenige Verbesserungen, für viele aber weitere Verringerungen der Qualifikationsanforderungen sowie der Dispositions- und Gestaltungschancen... mit sich bringen ... Liefert für die dispositive Arbeit die Karriere primär den Sinn der Arbeit und ist es bei den Spezialisten der Arbeitsinhalt, so bleibt für den Routinearbeiter mangels solcher Elemente lediglich ein stark reduziertes und damit verändertes Sinnpotential der Arbeit: der Lohn als Instrument für die Lebensbereiche Familie... und Freizeit". Die Koppelung von Lebenssinn und Arbeit ist unter den Bedingungen der gegenwärtigen Arbeitswelt für die weitaus meisten arbeitenden Menschen an sich sinn-los, ist eine elitäre Übertragung;

> eine diakonische Theologie des gegliederten Amtes, das den berufspolitischen Gegebenheiten, wie sie in der Kirche längst vorhanden sind, endlich Rechnung trägt.

DIAKONISCHE SOZIALARBEIT IN DIE PFLICHT GENOMMEN VON KIRCHE, STAAT UND FREIER WOHLFAHRT (1990)

Skizze der diakonischen Entwicklungen von Weimar bis zur BRD

In der Weimarer Republik war die Innere Mission "Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege" geworden (zusammen mit dem Caritasverband, dem Deutschen Roten Kreuz, der Arbeiterwohlfahrt, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem jüdischen Wohlfahrtsverband und einem Verband christlicher Gewerkschaften). Die Weimarer Republik war der erste deutsche Wohlfahrtsstaat, dessen soziale Leistungen - leider eher im Nachhinein als zu seiner Zeit - höchste Anerkennung in sozialwissenschaftlicher Sicht erfahren. Die Innere Mission erfuhr in der Republik eine bis dato noch nicht dagewesene sozialpolitische Einbindung - und Aufwertung. Als Spitzenverband profitierte sie vom *Subsidiaritätsprinzip*, das vor allem das Zentrum durchgesetzt hatte, erhielt - "gewissermaßen im Windschatten der Caritas" (J.-C. Kaiser) - erhebliche kommunale, Landes- und Reichsmittel. Bedingt durch den im Subsidiaritätsprinzip verankerten Vorrang der freien Träger, begann in der Weimarer Republik der bis dahin einzigartige Aufbau eines breitestgefächerten privaten, "freien"

Fürsorgeapparats.

Dieser neue, an der politischen Macht partizipierende Status - sozusagen als Subunternehmer des Sozialstaats - hatte mindestens vier Konsequenzen im Blick auf künftige Entwicklungen:

> eine bis heute nicht einfach zu lösende Spannung zwischen dem theologisch behaupteten Anspruch, zu d i e n e n in der Nachfolge Jesu Christi, und der Teilhabe an der Macht in gesellschaftsüblicher Form: in dieser Spannung konnte man nur mit vielen theologischen Kompromissen leben;

> zur Kirche hin kam es zu einem eigenartigen Rollentausch: die Pastores fanden sich ihrer staatskirchlich begründeten Handlungshoheit, die bis in das Feld ordnungspolitischer Funktionen gereicht hatte, beraubt (gleichwohl wurde das neue Stück "Volkskirche" mit formal gleichgebliebenen, eigentlich staatskirchlichen Regiemodellen und Rollenbesetzungen weitergespielt); andererseits war nun die Innere Mission in ordnungspolitische Funktionen eingetreten, übte soziale Kontrolle (mit) aus. In dem Maße, in dem die Kirche "entstaatlicht" wurde, wurde die Innere Mission "verstaatlicht". Das mußte zu paradoxen Geltungskonflikten führen, die z.T. bis heute nicht ausgeräumt sind:

- Die Pastores und die pastorale Theologie beanspruchten (und beanspruchten) in der Kirche eine "Macht", die sie gar nicht (mehr) haben, da historisch lediglich im monarchiegestützten Kirchenregiment begründet, eine Macht, die weder theologisch noch sachlich gedeckt ist;

- Die Diakonie ist f a k t i s c h in zahlreiche (ordnungs-)politische Funktionen eingetreten, partizipiert erheblich an sozialstaatlicher Macht - und muß im Blick auf ihren theologischen Anspruch - "Dienen" - ständig so tun, als hätte sie sie nicht.

> Der Status der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege machte das Über-die-eigenen-Verhältnisse-Leben zum Normalfall; die Verbände arbeiteten mit einem Kostenrahmen, der durch eigene Ressourcen längst nicht mehr hätte gedeckt werden können. Die systemischen Gefährdungen liegen auf der Hand; Subsidiarität "funktioniert" nur unter rechtstaatlichen Bedingungen (vgl. den "legalen" Zugriff der Nazis auf die öffentlich finanzierten Behindertenplätze).

> Seit der großen wirtschaftlichen Depression ging dem Sozialstaat Weimarer Republik das Geld aus, und das kompliziert gesponnene symbiotische System aus öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege hungerte buchstäblich aus. Gerade die nach 1929 einsetzende Krise des Sozialsystems wird für die Verächter des politischen Systems zum Beweis für dessen Untauglichkeit. Und die Innere Mission war ein T e i l der Krise. In Verdrängung dieses Sachverhaltes begannen immer mehr IM-Funktionäre, sich als "Opfer" zu definieren und zur Weimarer Republik auch öffentlich auf Distanz zu gehen; seit 1929 häuft sich die antidemokratische, "antipluralistische" Polemik: vereinzelt werden unverhohlene Sehnsüchte nach so etwas wie einer Sozialmonarchie laut.

Der in der Weimarer Republik zugeteilte Status der Inneren Mission (der in der BRD seit 1961 wieder galt) ist der Republik nicht gedankt worden; in gewisser Weise beuteten die Wohlfahrtsverbände den Staat aus.

Dabei hatte das Kabinett Brüning der Inneren Mission noch einmal aufgeholfen in ihrer

bis dahin dunkelsten Phase: aus staatspolitischen Gründen wurde der Inneren Mission eine Reichsbürgerschaft bewilligt, durch die sie sich vor dem Bankrott retten konnte, der ansonsten im Gefolge der Devaheim-Affäre (= betrügerische Manipulationen im Management der Deutschen Evangelischen Heimstättengesellschaft) unabwendbar gewesen wäre. Dieser Vorfall, der nicht nur die wirtschaftliche, sondern vor allem auch die moralische Position der Inneren Mission katastrophal aussehen ließ, wurde zum einen von den Republikfeinden als endgültiger Beweis für die nicht tragbare "Vertrusting" des Sozialsystems hochstilisiert, wurde zum andern im Blick auf das Kirchenverhältnis äußerst relevant: für den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß war die Krise Anlaß, in den Leitungsgremien der Inneren Mission endlich fußzufassen, die Innere Mission zu "verkirchlichen" - im Sinne der heraufziehenden braunen Reichskirche.

Den Sonderweg des Verbandsprotestantismus trachtete 1933 das designierte Reichskirchenregiment im Wortsinne schlagartig zu beenden. Am 27.6.1933 rückten zwei Pfarrer der Deutschen Christen, Karl Themel und Horst Schirmacher; mit einem SA-Trupp im Auftrag des künftigen Reichsbischofs Müller im Centralausschuß der Inneren Mission in Berlin an, vertrieben die Direktoren und übernahmen die "Führung": der eine als Präsident, der andere als Direktor des Centralausschusses.

Am 11. Juli 1933 trat die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche in Kraft, unmittelbar darauf durch Reichsgesetz anerkannt: in dieser Verfassung wurde die Eingliederung der Inneren Mission in die Kirche ausgesprochen. Die neue "Führung" stieß auf derartig einhellige Widerstände bei den Mitgliedsverbänden, daß der eine, Themel, sehr bald zurücktrat: der andere, Schirmacher, gab erst 1941 auf. 1935 bereits hatte Hitler "seinen" Reichsbischof fallengelassen, die DEK war faktisch nur noch eine Art Kirchenkanzlei - und der Centralausschuß der Inneren Mission hing wieder sozusagen in der Luft und mußte im Grunde wieder eigene Wege suchen und gehen. Die Innere Mission begann - vielleicht zwangsläufig - ein denkwürdiges Lavieren zwischen NS-Staat und Kirche und innerhalb der Kirche zwischen den beiden Parteien DC und BK (die Vereinsgeistlichen der IM tendierten mehrheitlich zur BK).

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte sich das Wesen der Wohlfahrtspflege verändert: in einer Heidelberger Dissertation von 1939 war die neue Tendenz treffend beschrieben worden: "Nationalsozialistische Wohlfahrtsarbeit wendet sich nicht den lebensgeschwächten Individuen und Schichten zu... Die lebenden minderwertigen Individuen selbst sollten nur mit einer Mindestversorgung bedacht werden, außerdem, soweit notwendig, durch fürsorgerische Bewahrung oder Sicherheitsverwahrung auf strafrechtlicher Grundlage aus dem Volksleben ausgeschieden werden" (R.Schleicher). Die NS-Volkswohlfahrt wurde als neuer Verband gegründet und in die Liga der freien Wohlfahrtspflege eingeschleust - mit dem erklärten Ziel, die anderen Verbände zu "schlucken" (was bei Arbeiterwohlfahrt und dem jüdischen Verband rasch gelang). Der NS-Verband wurde paradoxerweise von Reichsleitern und anderen führenden Nazis selbst geschwächt, indem diese Teilgebiete der Verbandsarbeit ihren Ressorts einverleibten (Goebbels das Winterhilfswerk, von Schirach die Jugendverbände und die Fürsorgeerziehung, Conti beanspruchte die Altersheime und Krankenhäuser usw.).

So entstand eine groteske Situation: "So war die NSV... darauf angewiesen, ob sie wollte oder nicht, sich Innere Mission und Caritas als selbständige Partner zu erhalten, um nicht selbst zwischen den Stärkeren zermahlen zu werden" (von Hase). Andererseits

unterzog die NSV die IM immer wieder Unterwerfungsprovokationen nach dem Schema der kalkulierten Unberechenbarkeit: es gab ständig lokale und regionale Übergriffe von NS-Stellen auf Arbeitsgebiete und Einrichtungen der IM. Derlei widersprach direkt den Vereinbarungen mit der Reichsspitze der NSV. Es gehörte zu deren Taktik, "den Lebensraum der Inneren Mission nicht allein von oben her einzuschränken, sondern den Eindruck hervorzurufen, Einzelaktionen wie die Ersetzung evangelischer Diakonissen durch 'Braune Schwestern' oder die Erschwerung der Haussammlungen der Inneren Mission hier und dort gingen auf das Konto untergeordneter NSV-Dienststellen" (Kaiser).

Diese Situation bewirkte im Centralausschuß der IM zum einen, daß die Vertreter der Deutschen Christen ständig in Erklärungsschwierigkeiten steckten und geschwächt wurden, zum andern, daß alle noch so zerstrittenen Fraktionen im Centralausschuß doch weiter zusammenarbeiteten, um die dauernden Kämpfe, in die sie die NSV verwickelte, überstehen zu können: BK- und DC-Leute sowie die altkonservativen Pragmatiker um den späteren Präsidenten Frick wurden zu ständiger Kompromißbildung gezwungen. So provozierte die NSV paradoxerweise typisch verbandliche Reaktionen, was der "klaren Linie" der IM zwar schadete und eine Klärung der inneren Fronten ständig aufschob, aber ihre Existenz erhielt (und damit noch Ärgeres verhinderte).

Für die Innere Mission hatte dieses Lavieren Folgen über die NS-Zeit hinaus: wer sich dem bekennenden Notregiment nicht unzweideutig unterstellt hatte, bekam keine wirkliche Chance, beim kirchlichen Wiederaufbau nach 1945 in bestimmender Funktion dabei sein zu können. Die Unfähigkeit (oder Unwilligkeit ?) zur Differenzierung beim kirchlichen Wiederaufbau ist offensichtlich: im Zuge negativer Gesamteinschätzung (sogar in der konservativen RGG wird vom "Einbruch einer entarteten Theologie" in die IM gesprochen) gingen die tatsächlich hervorragenden Persönlichkeiten der IM für den kirchlich-diakonischen Neuanfang verloren; die ev. Kirche begab sich wieder einmal erheblicher sozialer Kompetenz - der Kompetenz etwa eines Theodor Wenzel, Paul-Gerhard Braune, Otto Ohl. Der Neuanfang brachte vielmehr ein anderes, ein "kirchlicheres" Wohlfahrtswerk, ein Gegenmodell: das Ev. Hilfswerk.

Die Hilfswerksgründer rekrutierten sich z.T. aus dem kirchlichen Widerstand gegen das 3. Reich; das neue Werk war seit 1942 im Geheimen vorbereitet worden; als es 1945 - entscheidend geprägt durch E.Gerstenmaier, Theophil Wurm und Otto Dibelius - von der sog. Konferenz ev. Kirchenführer in Treysa offiziell als Organ der Kirche ins Leben gerufen wurde, war es dank der schon während des Krieges aufgenommenen Auslandskontakte ein von vornherein stark ökumenisch geprägtes Werk.

Die Fusionsgeschichte von IM und Hilfswerk/HW verlief sehr kompliziert; die beiden Werke hatten nicht nur eine sehr unterschiedliche Geschichte, sondern auch eine unterschiedliche theologische Basis (IM von Pietismus und Erweckung zumindest stark mitgeprägt; HW: eher ekklesiologisches und sozialpolitisches Konzept), eine unterschiedliche Zielsetzung (IM: im wesentlichen individual-orientiert, karitativ-betreuend, pflegerisch; HW: gesellschaftsorientierte Ansätze, erste Arbeitsschwerpunkte = kirchlicher Wiederaufbau, Flüchtlingsnothilfe, Vertriebenen-, Ausländer- und Kriegsgefangenenhilfen, Wohnungsbau, Eingliederungshilfen, Lehrlingswerkstätten, Auswandererberatung usw.), eine unterschiedliche Rechtsform (IM: Vereine und Stiftungen; HW: Sondervermögen der Kirchen), eine unterschiedliche Struktur (IM: "eine ewig mit Geldmangel kämpfende Summe von

Wohlfahrtseinrichtungen und Liebestätigkeiten", so G.Füllkrug; HW: zentralistisch aufgebaut, straffe Organisation und Führung - was freilich ebenfalls bald auf landeskirchlich-föderalistisches Unbehagen stieß) und einen unterschiedlichen Finanzierungs- und Arbeitsstil (IM arbeitete mit Spenden, Kollekten und öffentlichen Geldern; HW legte z.T. regelrecht unternehmerische Züge an den Tag).

Fortan stellt sich der Prozeß der Fusionierung dar als pragmatische Addition eines kompetenzbeschnittenen Hilfswerks mit einer beschädigten, sich aber relativ rasch wieder konsolidierenden IM; eine grundsätzliche Verhältnisklärung erfolgte nicht. Die gleichzeitige politische Entwicklung und die Tagesaufgaben verdeckten die Probleme. Während auf dem Gebiet der DDR der sozialistische Staat für die Aufwendungen der Diakonie in Krankenhäusern und Sozialeinrichtungen Pflegekostensätze gewährte, alle weitere Arbeit im wesentlichen aus kirchlichen und gemeindlichen Mitteln finanziert wurde, entwickelte sich in der BRD ein kompliziertes, höchst differenziertes, fast s y m b i o t i s c h e s Arbeitsteiligkeits- und Leistungssystem:

> Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung, die zwar in ihren Art. 151 - 165 sog. soziale Grundrechte enthielt, aber keine ausgesprochene Sozialstaatsnorm setzte, ist die BRD in den Art. 20,1 und 28,1 GG als demokratischer und sozialer Rechtsstaat definiert. Dieser Verfassungsgrundsatz wird u.a. noch dadurch hervorgehoben, daß Art. 79,3 GG eine Änderung des Art. 20,1 für unzulässig erklärt. Freilich wird die Sozialstaatsnorm nicht definiert. Deshalb hält die Diskussion um ihre Interpretation bis zur Gegenwart an: die Interpretationen reichen vom Verständnis eines "Gewährungen" verteilenden, teilenden Staates (E.Forsthoff u.a.) bis hin zu Auffassungen, die in der Sozialstaatsklausel einen systemverändernden Impuls sehen (H.H.Hartwich u.a.); von der positivistischen Auffassung, das Sozialstaatsprinzip bedeute lediglich die soziale Ausformung des Rechtsstaats durch den Gesetzgeber (Forsthoff), bis zu Auffassungen wie dieser, daß das Grundgesetz auf das Ideal einer sozialen Demokratie in den F o r m e n des Rechtsstaats abhebe (U.Scheuner u.a.).

Die Interpretationen des Sozialstaatsverständnisses durch die großen Interessenverbände zeigen - vielleicht noch klarer als die der Parteien - die Polarisierungen auf: die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände schränkt in einem Positionspapier von 1975 die Funktion des Staates auf die Setzung von Rahmenbedingungen und gewisse "Schiedsrichterfunktionen" ein: der Deutsche Gewerkschaftsbund plädiert im gleichen Jahr für eine Machtaufteilung zwischen Staat und Verbänden durch Selbstverwaltung und Partizipation an den Institutionen des "vorsorgenden Leistungsstaates"; die offiziellen Verlautbarungen der EKD nehmen eine mittlere Position ein, z.B. die Denkschrift der EKD "Die soziale Sicherung im Industriezeitalter", 1973: "Im Sinne einer umgekehrten Subsidiarität soll der Staat die großen sozialen Risiken abdecken, während sonst die Verantwortung durch Einzelne, Familien oder Gruppen wirksam werden muß" (Wiedemann).

Auf der Ebene konkreter Sozialpolitik warfen die Diskussionen u.a. die Frage auf, wie die Spannung zwischen dem liberalen Grundrechtekatalog des Grundgesetzes und der Sozialstaatsnorm konkret auszugestalten sei = Problem der Spannung zwischen Freiheit der Person und Gemeinschaftsorientierung.

> Eine tragende Säule gegenwärtiger Sozialpolitik ist das schon öfter erwähnte Subsidiaritätsprinzip: es regelt in der Praxis die Wahrnehmung sozialer Aufgaben dergestalt, daß die jeweils personnähere Gruppierung eine Erstzuständigkeit hat

und die umfassenderen Institutionen (Kommunen, Staat) verpflichtet werden, den personnäheren dabei zu helfen, ihre Aufgaben wahrzunehmen. In den 1961 verabschiedeten Bundessozialhilfe- und Jugendwohlfahrtsgesetzen wird dieses Prinzip, das der katholischen Soziallehre entnommen ist (Sozialenzyklichen Quadregesima anno von 1931 und Mater et magistra von 1961) zum gültigen Rechtsprinzip. Nach §10 Abs. 4 BSHG sollen die öffentlichen Träger der Sozialhilfe von der Durchführung eigener Maßnahmen absehen, wenn die Hilfe durch die freie Wohlfahrtspflege gewährleistet wird. Nach § 5 Abs. 3 des JWG von 1961 sollte das kommunale Jugendamt "von eigenen Einrichtungen und Veranstaltungen... absehen, soweit geeignete Einrichtungen und Veranstaltungen der Träger der freien Jugendhilfe vorhanden sind".

Das katholischerseits umfassend gedachte Subsidiaritätsprinzip gelangte nur im sozialpolitischen Bereich zur Geltung, wurde z.B. für den bildungspolitischen abgewiesen; es gab sogleich Verfassungsklagen: durch SPD, Liberale u.a. wegen Grundgesetzwidrigkeit; auch diese Klagen wurden abgewiesen. Die Kritik seitens der Sozialwissenschaft ist seitdem nie verstummt, vgl. z.B. "Ich plädiere... für die Abschaffung des Subsidiaritätsprinzips. An seine Stelle sollte eine Subventionsregelung treten, die die Vergabe öffentlicher Mittel an private Träger von Maßnahmen der Jugendhilfe an den Nachweis von Planungskonzeptionen einerseits und der Kooperation aller im Maßnahmebereich tätigen Verbände und Institutionen andererseits bindet" (G.Weber).

> Um all dies zusammenzufassen, müsste es wohl heißen:

- Ein in sich unterschiedlich auslegbares Sozialstaatsprinzip,
- dessen Verhältnis zum Rechtsstaatsprinzip ebenfalls unterschiedlich ausgelegt wird,
- trägt und legitimiert ein durch verschiedene politische Systeme (Kaiserreich, Weimar, 3. Reich, Bundesrepublik) mit jeweils unterschiedlichen sozialpolitischen Zielsetzungen gewachsenes soziales Sicherungssystem,
- bestehend aus mehr oder weniger voneinander unabhängigen Einzelsystemen (= Sozialversicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgesystem) mit z.T. voneinander abweichenden Prinzipien (z.B. im Sozialversicherungsrecht ist der subsidiäre Gedanke nicht verankert),
- zu einem maßgeblichen Teil angelegt auf das Zusammenspiel von Staat und freien Trägern: auf der Grundlage von durch beide Partner unterschiedlich auslegbaren (und immer häufiger unterlaufenen) Prinzipien (z.B. Subsidiarität).

Dieses komplizierte sozialpolitische Gesamtsystem, in das die Diakonie eingesponnen ist, funktionierte gleichwohl zur Zufriedenheit der sicher weitaus meisten Bürger in der BRD; es funktionierte vor allem durch ständige Ausweitungen und vermehrte Investitionen. Es zeigt seit Ende der Vollbeschäftigung (Anf. 70er Jahre) zunehmend "Mängel und Lücken" (G.Heun), vor allem wegen der ständig wachsenden Kosten, die großteils durch die quantitative wie qualitative Entwicklung der Hilfe entstehen, d.h., durch Expansion und Professionalisierung; diese expansive und professionalistische Entwicklung war wiederum durch den Gesetzgeber abverlangt und ermöglicht.

Gegenwartsempirie

Die Gegenwartsempirie zeigt zahlreiche Facetten eines volksskirchlichen Diakonie-Dilemmas bzw. eines diakonischen Wahrnehmungsproblems:

> Die Zusammenschau der neueren volkswirtschaftlichen Empirie (z.B. J.Hanselmann/H.Hild/E.Lohse, Hg., Was wird aus der Kirche ?, 1984; STERN, Die Rolle der Kirchen im öffentlichen Bewußtsein, 1984; u.a.) läßt erkennen: 1) Zum einen besteht eine nach wie vor hohe Erwartungshaltung gegenüber der Kirche; deutlich ist der Wunsch nach einer sozial engagierten und lebensweltlich kompetenten Kirche. 2) Aber die Bereitschaft, dieses Kirchenverständnis für sich selbst zu realisieren, ist einerseits gering entwickelt, wird andererseits aber auch nicht abgerufen. 3) Daher wandern viele soziale Kompetenzen aus Kirche und Gemeinden aus und suchen sich andernorts einen Anknüpfungspunkt für ihr soziales Engagement. 4) Zudem wachsen die Zweifel an der tatsächlichen sozialen und lebensweltlichen Kompetenz der Kirche, speziell an der der Pfarrerschaft, an die die Kirchenmitglieder ihr soziales Gewissen ein Stück weit delegiert hatten.

> Die letzte Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung konstatiert, daß die Mitgliedschaftsbegründungen je nach Nähe zur Kerngemeinde völlig disparat sind; die mit der Kirche "Hochverbundenen" suchen inneren Halt, Trost, Antworten auf die Sinnfrage usw.; von den weniger Kirchenverbundenen wird die Kirche "vorrangig... identifiziert (mit) Nächstenliebe und Hilfe, Diakonie und sozialer Betreuung" (Hanselmann u.a., 44). Daß es ev. Diakonie gibt, ist also eine ganz maßgebliche, zugleich aber auch recht "säkulare" Kirchenmitgliedschaftsbegründung. Dieser Befund war bereits der vorauslaufenden Untersuchung zu entnehmen (H.Hild, Hg., Wie stabil ist die Kirche ?, 1974; vgl. auch den interpretierenden Band: J.Matthes, Hg., Erneuerung der Kirche, 1975); jetzt läßt sich sagen: ohne ev. Diakonie würden noch schneller noch mehr "Unbestimmte" und "weniger Verbundene" aus der Kirche austreten, zugleich zeigen andere Parteien der Umfrage, daß eine bestimmte Wahrnehmung von der Diakonie auch ein Identifikationshindernis ist für Menschen, die sich selbst für eher autark, eigeninitiativ u.ä. halten.

Charakteristisch ist also z.Z. ein seltsames Ineinander von Identifikation und Abgrenzung. Auch enttäuschte Erwartungen und negative Erfahrungen mit der Diakonie in ihrer gegenwärtigen Gestalt werden offenbar empirisch relevant (so in: Institut f.Demoskopie Allensbach, Die Stellung der freien Wohlfahrtspflege, 1986; u.a. gaben 62% der Befragten an, ihnen sei in Notlagen nicht geholfen worden).

Festzuhalten bleibt, daß in der Frage der diakonischen Funktionen der Kirche zwischen "Kern" und "volkswirtschaftlichen Rändern" eine erhebliche Diskrepanz besteht: die "Masse" an den "Rändern" begründet ihr In-der-Kirche-Bleiben überwiegend durch die Diakonie; die "Kerngemeinde" wäre auch dann Kerngemeinde, wenn es keine kirchliche Diakonie gäbe...

> Die sog. nicht-theologischen Mitarbeiterschaften in der Diakonie arbeiten einerseits eher als die Pfarrer/-innen im "eigentlich-volkswirtschaftlichen" Erwartungshorizont, sind aber in diesem als sinnvoll erachteten Tätigkeitsspektrum nicht oder nicht deutlich genug als Kirche auszumachen. Die neueren diakonischen Mitarbeiterschaften konnten bislang kaum so etwas wie diakonische Spiritualität entwickeln; eher ist es hier und dort zu "Geltungskonflikten" gekommen, weil z.B. die Sozialarbeit "religionsanaloge Daseinsinterpretationen" (Daiber) ausbilden kann.

> Umgekehrt fehlt der Pfarrerschaft soziales Grundwissen in großem Ausmaße: auch die tatsächliche diakonisch-soziale bzw. sozialpolitische Funktion der Kirche in der

Gesellschaft, die gesellschaftliche Dimension der Diakonie, ist den meisten gar nicht annähernd bekannt. In der Ausbildung der Pfarrerschaft fehlen sowohl die diakonietheologischen Elemente als auch systemisch-organisatorische Praxisansätze, durch die z.B. vorhandene Gemeinde-Diakonie (Diakoniestation, Kindergarten) sachgerecht mit dem pastoralen Handlungskonzept verbunden werden könnte.

> Für andere als die eigenen pastoralen Handlungsformen haben die Pfarrer/-innen kaum ein Kooperationsmodell. Für den Umgang mit diakonischen Handlungsträgern wurde jahrzehntelang lediglich das Indienstnahme-Modell, wie es in der Dialektischen Theologie entwickelt wurde, in Anwendung gebracht - ein wissenschaftstheoretisches Übel. Dieses Modell förderte eine Entwicklung, in deren Verlauf sich die Autonomie der Sozialwissenschaften u.ä. hinter dem Rücken derer, die sie vermeintlich in Dienst nahmen, längst durchgesetzt hat.

> Eine neuere religionspsychologische Großuntersuchung (über Stufen des religiösen Urteils, hrsg. v. Prof. Fritz Oser und Anton Bucher vom Päd. Institut der Universität Fribourg/Schweiz, knapp dargestellt in einem Forschungsbericht: Deutscher Forschungsdienst, Berichte aus der Wissenschaft 34/31 vom Juli 1987, 7ff) vertritt die These - wie auch schon andere Studien zuvor -, daß die Kommunikation des Evangeliums, wie sie weithin in der Volkskirche geschieht, die Menschen auf einer vor-diakonischen Religiositätsstufe fixiert, einer nicht "ausgereiften" Stufe, für die bezeichnend ist, daß man guten Gewissens unterhalb seiner religiös-sozialen Möglichkeiten bleibt.

> Ein ganz erheblicher Veränderungsdruck geht derzeit vom anderen Partner der Diakonie, vom Sozialstaat, aus. Was als "Partnerschaft" angelegt war (s.o.) und z.T. noch so deklariert wird, hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt:

- Die Abhängigkeit der Diakonie von staatlicher Politik und staatlicher Verwaltung nahm dramatisch zu (mehr und mehr werden freie Träger, so auch die Diakonie, faktisch zu Subunternehmern - zu sog. "beliehenen Unternehmern" - der Kostenträger.

- Die Unterschiede zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege wurden ständig eingeebnet (durch wachsende Verrechtlichung und Bürokratisierung im praktischen Vollzug sozialer Aufgaben, auch aufgrund der Professionalisierungsmuster = Angleichung der Mitarbeiterschaften; wachsendes Ersetzen spezieller christlicher Wertorientierungen durch allgemein-professionelle Standards usw.).

- Die Unterschiede zwischen den einzelnen freien "Anbietern" sozialer Arbeit wurden ständig eingeebnet (aus vergleichbaren Gründen, aber auch wegen z.T. kartellartiger Abspracheformen usw.).

> Schließlich besteht ein gewichtiges Dilemma gegenwärtiger Diakonie-Strukturen schlicht darin, daß von den Diakonischen Werken als richtig Erkanntes gegenüber Kirche und gegenüber eigenen Rechtsträgern nicht durchgesetzt werden kann: das, was als sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Veränderungsdruck im Blick auf Organisationsformen vorhanden ist, etwa "Verbundmodelle" oä.

Die z.Z. renommierteste Studie (Prognos AG, Entwicklung der Freien Wohlfahrtspflege

bis zum Jahr 2000) formuliert: "Auf konzeptioneller Seite bestehen aus unserer Sicht an die Weiterentwicklung der Hilfen der Verbände... vor allem folgende Anforderungen:

- Die bessere Integration der ambulanten Hilfen.
- Der Aufbau gemeindenaher, alle 'Betreuungsstufen' umfassender Netze.
- Die Anpassung vorhandener Dienste an sich ändernde Erwartungen der Nutzer...

Schließlich bleibt als ungelöstes Problem bzw. Aufgabe, nach neuen Ansätzen der Einbeziehung des sozialen Engagements der Bürger und damit einer vernünftigen Einbindung der Selbsthilfebewegung zu suchen... Ohne eine solche Einbeziehung sind die sozialen Aufgaben der Zukunft nicht zu bewältigen" (aa0, 90).

Konsequenzen für Diakonie und kirchliche Sozialarbeit

Vor allem drei Erfordernisse bestimmen m.E. angesichts unserer Geschichte und in Anbetracht der gegenwärtigen Tendenzen die Lebensfähigkeit der Diakonie:

1. ein Mehr an konzeptioneller und faktischer Profilierung; 2. ein Mehr an Öffentlichkeitswirksamkeit und 3. organisatorische Innovationen.

1. Profilierung

Nur wenige diakonische Konzeptionen zeigten bislang das wissenschaftstheoretische Reflexionsprofil, das heutzutage möglich und erforderlich wäre: meistens sind diakonische Konzepte nach der Art der "sekundären Addition"(E.Herms) konstruiert, theologische Absichtserklärungen und sozialwissenschaftliche Praxisbeschreibung stehen meist unverbunden nebeneinander.

Hier muß sorgfältiger und kompetenter gearbeitet werden, etwa in der Art des Sinnparallelitätsansatzes nach H.Schelsky (z.B. in: Auf der Suche nach Wirklichkeit, 1965); weitergehend der Kompatibilitätsansatz nach E.Herms (Forderung, daß zwei Erkenntniszusammenhänge, etwa ein theologischer und ein sozialwissenschaftlicher, "de facto durch kategoriale Leitannahmen gesteuert werden, die miteinander kompatibel, das heißt ein einziger in sich logisch konsistenter Begriffszusammenhang" sind; vgl. ZEE 4/1977, 278 ff.), u.ä.

Profilierte Konzepte führen über kurz oder lang auch zu Gestaltungen der sozialen Wirklichkeit, selbst gegen einseitige Widerstände (vgl. oben).

Diakonische Konzepte müssen theologisch und sozialwissenschaftlich stimmig sein.

Profilierung beinhaltet sicher auch ein neues Nachdenken über zeitgemäße Transfers der "alten" diakonischen Spiritualität und über notwendige Vergemeindlichung diakonischen Handelns. "Diakonische Spiritualität" bestand im wesentlichen aus drei Elementen, die freilich in den verschiedenen diak. Gruppen, Bruderschaften, Schwesterschaften usw. unterschiedlich ausgebildet wurden: in bestimmten Formen von Verbindlichkeit, im Ineinander und Beieinander von "Intimität" und "Zeigehandlungen", von Reflexion und Demonstration, und schließlich in einem komplexen Dienstverständnis (Diakonie = Dienst am leidenden Mitmenschen, am Herrn, vgl. Matth. 25, Dienst an der und in der Dienstgemeinschaft).

Die aktuellen Studien zum "diakonischen Gemeindeaufbau" sind evtl. weiterführend.

2. Öffentlichkeitswirksamkeit

Die Kommunikationsforschung hat einen unzweifelhaften Zusammenhang von Motivation, Akzeptanz und Legitimation aufgewiesen. Dieser Zusammenhang ist für die Zukunft der Diakonie deswegen wichtig, weil sich hierin Klienten-, Kirchen-, Verbands- und Gesellschaftsinteresse sachgemäß verbinden ließen (wenn die Prognosen stimmen, stehen Kirche und Diakonie gleichermaßen in der Gefahr, zusammen mit einem Image-einen beträchtlichen Bedeutungsverlust zu erleiden). Nach unserer gesellschaftlichen Logik wird das Gemeinwesen durch schwache oder geschwächte (Interessen-)Verbände selbst auch geschwächt; die Funktion, Anwalt der Armen, Mund der Stummen zu sein, könnte Diakonie bei steigendem Bedeutungsverlust kaum mehr ausüben.

Verschärft wird die Situation durch das neue Faktum der Konkurrenz (durch kommerzielle Anbieter sozialer Dienste, aber auch durch öffentliche Amtsinhaber und zwischen den etablierten Verbänden selbst; hinzu kommt die erhebliche Bedeutung der Selbsthilfe-Bewegung, der "autonomen Sozialarbeit" usw.).

Angemessene Öffentlichkeitsarbeit, die persönliche Motivation, soziale Akzeptanz und gesellschaftliche Legitimation in einem bewirken soll und in einem bearbeiten muß, sollte zudem auch noch theologisch verantwortbar sein (wenn sie dem o.g. Profilspruch genügen soll).

Folgende Intentionen sollten verstärkte Bemühungen um Öffentlichkeitswirksamkeit der Diakonie haben:

- zur Veränderung der sozialen Wahrnehmung beitragen (Menschen sollen Menschen anders sehen lernen; Vorurteile, Stereotypen sollen bearbeitet werden; zudem sollen Menschen wollen, daß Menschen geholfen wird; sollen auch an sich neue Möglichkeiten und Gaben wahrnehmen und so fähig werden, anderen diakonisch zu begegnen);

- zur Veränderung der sozialen Kommunikation beitragen (von sozialer Kommunikation Abgeschnittene sollen wieder in öffentlichen Kommunikationsprozessen vorkommen, beteiligt sein, sollen "ins Gespräch" gebracht werden - was selbst ein unabdingbarer Bestandteil sozialarbeiterischen Handelns ist; gute Öffentlichkeitsarbeit ist selbst ein Stück Diakonie! Kirche, Gemeinden, Diakonie sollen als Orte sozialer Kommunikation ausgewiesen werden und auf diesen Anspruch hin behaftbar sein);

- zur Veränderung der spezifisch religiösen Kommunikation beitragen (über Diakonie kann religiöse Verständigung neu und anders in Gang kommen; diakonische Kommunikation verändert das gemeindliche Klima).

Öffentlichkeitsarbeit erweist sich künftig mehr und mehr nicht als ein Additivum zusätzlich zum "eigentlichen" Auftrag von Diakonie und Kirche, sondern als überaus notwendiger Bestandteil des Auftrags.

3. Organisatorische Innovationen

Verkettungen, Vernetzungen, Verbundsysteme aus stationärer Diakonie, ambulanten sozialen Diensten und gemeindlicher Gruppenarbeit sind notwendig: sozialwissenschaftlich, als Sozial-Prognose und im theologischen Anspruch. Wo solche Verbundsysteme ansatzweise realisiert wurden (vor allem in der Altenhilfe), zeigen sich ihr Nutzen und ihre Erschwernisse:

Der Nutzen liegt vor allem darin,

daß die primären Hilfesysteme (Familie, Nachbarschaft, Gemeinde uä) ebenso gestärkt werden wie die soziale Kompetenz der Gemeinde;
zugleich werden die sekundären Hilfesysteme - also etwa auch die professionelle Diakonie - wieder stärker an ihren sozialen Ursprung zurückgebunden.

Was die Entwicklung solcher Modelle erschwert, ist die Tatsache, daß dabei schmerzhaft Prozesse vonstatten gehen: wenn Aufgaben verlagert werden, können nicht nur Zuwächse benannt werden, sondern muß auch das Aufgebbare definiert werden. An rechtliche Selbständigkeit gewohnte Träger diakonischer Arbeit ist nur sehr schwer die Überlegung heranzutragen, "welche (abzubauenen) Teilbereiche aus der stationären Versorgung durch (aufzubauenen) Teilbereiche im ambulanten Bereich ersetzbar sind - und welche nicht"(Prognos). Umstrukturierungen sozialer Arbeit, auch von Arbeitsplätzen, wirtschaftliche Umschichtungen uä hängen daran.

Die Verbund-Diakonie, die der Gemeinde zukunftsnotwendige neue Motive und der Diakonie zukunftsnotwendige neue Vernetzungen eröffnet, wird nur realisierbar sein mit "aufgeschlossenen" Mitarbeiterschaften, die sich in der Gemeinde auskennen müssen, mit den Strukturen stationärer Diakonie vertraut sein müssen und ebenso mit den Abläufen im Feld ambulanter sozialer Dienste.

WAS BEDEUTET DIE DIAKONIE FÜR DIE KIRCHE?

Referat zum Dekanatstag Frankfurt/M.-Innenstadt am 28.10. 1995

Um zu zeigen, was die Kirche von ihrer Diakonie hat und was sie ohne Diakonie ist, will ich eine kleine Geschichte der Diakonie erzählen. Von den Anfängen bis zu unserer Zeit. Von den Anfängen, die vor der Kirche liegen, in den Geschichten des Neuen Testaments, wo über so manchem notorischen Unglücksraben und Dreckspatz plötzlich ein lachender Himmel aufging. Jesus von Nazareth widerspricht einer alten Ansicht: Gott gehe es um den guten, reinen, feinen Menschen. Jesus behauptet: die Freude Gottes über den in die Gemeinschaft Zurückgeholt, die Freude über den geretteten Verlorenen übersteige Gottes Interesse an den Gerechten. Was wiederum die ordentlichen Leute nicht unbedingt erfreute. Eine Spur von Provokation und Anstößigkeit ist von Anfang an der Diakonie Teil. Die Berührung mit dem Unreinen nämlich, mit der offenen Wunde, dem Aussatz, der Sünde.

Umfragen zeigen: Bürger erwarten eigentlich auch von der heutigen sozialen Arbeit zu allererst so etwas wie soziale Problemlösung - um nicht selbst in Berührung kommen zu müssen mit dem Unreinen, der offenen Wunde, dem Aussatz, der Sünde. Gegen diese ganz alte und ganz aktuelle Gefährdung sind auch die helfenden Berufe selbst nicht gefeit. Als der Psychiater und Historiker Klaus Dörner vor einigen Jahren den Prozeß gegen Pflegerinnen kommentierte, die ihre Patienten umgebracht hatten, sprach er vom tödlichen Mitleid. Die Pflegerinnen, so meinte er, hätten einfach das Elend ihrer Patienten nicht mehr ertragen, vor allem aber die eigene Ohnmacht, nicht helfen zu können, nicht mehr ausgehalten. Es gibt, meinte er, ein Mitleid, das, wenn es nichts gegen das Leiden von Menschen tun kann, sich dann lieber den ganzen

Menschen wegwünscht.

Das Aushalten, das Ertragen der Berührung mit dem, womit wir zutiefst nicht fertig werden, ist aller Diakonie Anfang: bei Jesus und heute noch.

Jesu Zeitgenossen warteten bekanntlich auf das Reich Gottes, das der Römerherrschaft, überhaupt der gottlosen Herrschaft in der Welt ein Ende machen würde. Jesus heilt Menschen und sagt: Jetzt ist das Reich Gottes mitten unter euch, jetzt, wenn ich euch von Dämonen befreie, von Mächten, die euch beherrschen, von dem Abgründigen in euch, vor dem euer Verstand am Verstehen scheitert. So ist das Reich Gottes unter euch, als heilende, befreiende Diakonie, als das, was euch wirklich dienlich ist. Diakonie als Anfang der wahren Zukunft. Das künftige Heil greift vor, greift voraus nach uns im Heilwerden von Menschen. Die Herrschaften sind bereits entmachteter, Not, Tod und Teufel. Punktuell zeigt sich das. Wenn Kranke geheilt werden, Not beseitigt, Hunger gestillt wird: dann ist etwas Neues unterwegs zu uns.

Jesu Leiden und Sterben werden von den ersten Christen als Diakonie gedeutet, als überhaupt der Dienst Jesu uns zugute. Diakonie heißt ja Dienst. Alternative Messianität: Jesus herrscht, indem er dient. Im Abendmahlsgottesdienst, in dem schon bald die ersten christlichen Gemeinden des Leidens, Sterbens und Auferstehens Jesu gedenken, hat Diakonie deswegen ihren ersten gemeindlichen Ort: die Armenspeisungen, die früheste Form gemeindlichen Armendienstes, findet im Gottesdienst statt.

Überhaupt: die ersten Christen leben diakonisch. Sie sind bekümmert über das Elend und kümmern sich. Sie sagen nicht: Keine Arbeit, kein Geld, keine Wohnung... das ist doch deren eigene Angelegenheit!, sondern: wo einer leidet, da leiden wir alle mit. Deine Beschädigung beschädigt auch mich, deine Verletzung verletzt mich mit und tut auch mir weh. Nicht zuletzt diese Lebensform macht die Ausstrahlung des frühen Christentums aus: für Arme, für Sklaven, für die rechtlosen Frauen. Diese Schwachen, sie bilden den Kern jener Gemeinden, denen dann alle Macht der Cäsaren nichts wird anhaben können. Es war keineswegs nur die Predigt, aus der die frühe Kirche erwuchs. Auch Diakonie machte Kirche.

Die ersten Christen hatten noch dieses ominöse "...wie dich selbst" im Ohr. Man ist es nicht nur anderen schuldig, ihnen zu helfen: man ist es vor allem auch sich selbst schuldig - um nicht allzu weit hinter den gottgegebenen Gaben zurückzubleiben, um nicht zu sehr unter den eigenen Möglichkeiten zu bleiben, dem eigentlich Menschenmöglichen.

Diese Tradition ist nie ganz versiegt, auch wenn dann die Hierarchie in die Kirche kam, das allzu weltliche Muster von Oben und Unten, das sich gern mit den Herren der Welt ein Stück Herrschaft teilt; die soziale Tradition ist nie mehr versiegt, auch wenn die Theologie immer philosophischer, immer verkopfter, immer theoretischer wurde. Die Gebrochenheit der Kirchengeschichte spiegelt sich auch in der christlichen Diakonie. Da gab es über Jahrhunderte beides nebeneinander: die Hingabe und die höchste Glaubwürdigkeit - und das Fragwürdige auch.

Überall im christlichen Abendland entstanden Hospize, christliche Häuser, in denen die kaputtsten menschlichen Ruinen mit größter Ehrerbietung empfangen wurden - so, als käme der Herr Jesus selbst zu Besuch; in denen die eiternden Wunden aufopfernd

behandelt wurden, als gelte es, die Wunden, die die Welt Jesus geschlagen hatte, an den Ärmsten der Armen quasi wiedergutzumachen. Das gab es mitten in Zeiten, in denen es gang und gäbe war, den geistlichen und weltlichen Herrschaften zu dienen: das Bemühen, den Schwächsten und Geringsten dienlich zu sein. Sich Stärkeren unterzuordnen, ist nichts Besonderes; sich in den Dienst von Schwächeren zu stellen, ist christlich. Die Achtung gerade auch vor dem hilfebedürftigen Menschen: sicher eine selten bedachte Wurzel unserer Sozialordnung. Wo diese Achtung verlorengeht, verlieren wir uns - in einem vorkulturellen Dschungel.

Diese Gestaltung christlicher Liebe blieb nicht ungefährdet. Offenbar mußten die meisten der Getauften mit einigem Druck zu sozialem Verhalten gebracht werden. Augustinus sagte das so: Die Armen sind die Lastesel für eure Seelen in den Himmel. Füttere deinen Esel! Der heilige Chrysostomos sagte: Gäbe es keine Armen, dann würden viele eurer Sünden nicht erlassen; die Armen sind es, die eure Wunden heilen. Gemeint war: wenn du den Armen dienst, dienst du dir auch selbst, tust etwas für deiner Seelen Seligkeit in Zeit und Ewigkeit. Barmherzigkeit als Himmelsgeschäft, Seelenkommerz. Den Armen war's recht, fiel doch bei diesem Handel auch einiges für sie ab.

Luther hielt dagegen: Ich werde durch Gutestun nicht besser. Das ist Werkgerechtigkeit, ein untauglicher Versuch der Selbstheiligung. Umgekehrt sei es: "Wo der Glaube ist gerechtfertigt, so folget gewiß Frucht hernach." Ich soll nicht helfen, um vor Gott gerecht dazustehen, sondern wenn ich vor Gott gerechtfertigt bin, kann ich gar nicht anders, als Liebe zu verströmen. Luther schrieb mit an Armenordnungen für Städte und evangelische Kirchengemeinden: in einer fast modern anmutenden Ordnung für die kleine Gemeinde Leisnig entwarf er ein Sozialprogramm mit vielen interessanten Elementen: wie Selbsthilfe und Selbstverantwortung gestärkt werden können; über vorbeugende Maßnahmen, damit es in vielen Fällen gar nicht erst zur Verarmung kommen muß; Schuldnerberatung und Entschuldungsmöglichkeiten kommen zur Sprache; oder daß Bildung wichtig ist gegen das soziale Verkommen. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß dieser Luther-Text fast unbekannt geblieben ist.

Es waren dann vor allem angelsächsische Protestanten, die den Lutherischen vorwarfen, sie hingen an billiger Gnade, sie dächten halt: wenn ich durch Gutestun nicht besser werden kann, warum sollte ich dann überhaupt allzu viel Gutes tun? Aus lauter Angst vor Werkgerechtigkeit taten sie fast gar keine guten Werke mehr. Und so kamen die Anstöße für die neuzeitliche evangelische Diakonie zu einem großen Teil aus der angelsächsisch geprägten Erweckungsbewegung. Der reformatorische Glaube bedurfte selbst neuerlicher sozialer Reformanstöße.

Zuvor schon hatte es einen starken Gegendruck gegeben: aus den mittelalterlichen Städten heraus, die in vielem an reformatorisches Gedankengut anknüpften, sich aber von reformatorischen Sozialtraditionen auch früh emanzipierten. Es entstand hier - erstmals in Europa - ein säkulares Gemeinwesen-Gefühl. "Objekt der Fürsorge wurden nur noch die eigenen, die städtischen Armen, die sich durch entsprechende Ausweise kenntlich machen mußten; das Hospital- und Armenwesen wurde wie andere städtische Einrichtungen durchgeplant und effektiviert, und die Armen wurden im Sinne bürgerlicher Vorstellungen zu erziehen, umzuformen, auf den rechten Weg zu bringen versucht" (B.Schneidmüller). Helfen wurde zum In-die-Reihe-Bringen, wurde zu einer bestimmten Form der Einpassung und der auch durchaus gewalt-samen Einfügung in die allgemeine Zucht und Ordnung. Die vielen Armen und Pflegebedürftigen wurden

nicht mehr als Herausforderung an unser Potential an Mitmenschlichkeit angesehen, sondern als Bedrohung des Gemeinwesens. Helfen und Bestrafen rückten nahe zusammen.

Es setzten damals schon vier Entwicklungen ein, die fortan neben den christlichen Vorstellungen herliefen, sie z.T. in den Hintergrund drängten oder sich mit ihnen vermischten:

- die Kommunalisierung der Hilfe,
- die Rationalisierung, die vieles am seitherigen Helfen als Sentimentalität abtat,
- die Bürokratisierung, die die Hilfebedürftigen erfaßte und ordnete,
- und die Pädagogisierung des Helfens.

Es traten Programme zwischen Gefühl und Mensch, zwischen Wahrnehmung und Handeln. Von der Spannung aus diesen neuen Prinzipien und den einfachen Zuwendungsformen der Menschenliebe haben sich Hilfeklima und Helfermentalität bis heute nicht befreit. Und nicht so selten geschah und geschieht es seitdem, daß wir den hilfebedürftigen Menschen nach unserem Bilde machen.

Bis ins 18. Jahrhundert hinein waren Heilkunst und Glaube, Medizin und Christentum, noch gemeinsam gegangen. Körper, Seele und Geist sollte in einem geholfen werden. Dann kam es zu einem großen Bruch. Die Medizin schwenkte zur wissenschaftlichen Rationalität über, und die Theologie besann sich dementsprechend wieder auf ihr scheinbar Eigentliches, das Geistliche. Beide blieben fortan dem ganzen Menschen einiges schuldig.

Im 19. Jahrhundert schlug die große Stunde der evangelischen Diakonie. Anknüpfend an urchristliche Vorbilder wurden der Diakon und die Diakonisse neu erfunden. Und der nahezu sensationelle Erfolg dieses evangelischen Modells hing sicher damit zusammen: die Diakonissen pflegten nicht nur, sondern sie beteten auch mit und für die Kranken. Sie agierten genau an der Bruchstelle zwischen den helfenden Systemen. Sinn und Funktion fanden in ihrem Handeln wieder zusammen. Sie arbeiteten nicht nur an der körperlichen und seelischen Heilung, sondern auch an der Heilung der Zerstückelung des Helfens, an seinem Zerfallen in Zuständigkeiten. Helfende Rationalität und Spiritualität waren in ihrem Tun wieder beieinander.

Das Zusammenbekommen von Sinn und Funktion ist bis heute ein Problem. Am stärksten sinnbedürftig sind Menschen nach wie vor, wenn sie an den Apparaten hängen.

Überall im Land entstanden im letzten Jahrhundert evangelische Hilfsvereine, Vereine der Inneren Mission; evangelische Christen konnten und wollten sich nicht mehr abfinden mit der nahezu undiakonischen Staatskirche, die die sozialen Probleme der Industriearbeiterschaft - natürlich heftig diskutierend - vertändelte. Evangelische Bürger machen die Diakonie zu ihrer Sache. Und die Sache wurde groß. Christliche Vereine gründeten und unterhielten Kindergärten, Waisenhäuser, Behindertenheime und vieles

andere. Ohne diese evangelische Diakonie wäre das Ansehen der Kirche bei den Arbeitern und den kleinen Leuten ganz zum Teufel gegangen.

Das Vereins- und Verbands-Modell zog Kreise; 50 Jahre nach der Inneren Mission entstand katholischerseits die Caritas; auch ein bedeutender jüdischer Wohlfahrtsverband; und auch die Arbeiterbewegung suchte einen vergleichbaren sozialverbandlichen Zusammenschluß, auch er existiert noch: in Gestalt der Arbeiterwohlfahrt. Freiwilliges soziales Engagement wurde Träger und Ausdruck für Gesinnung. Dieses Engagement war man sich schuldig: als solidarischer Arbeiter, als evangelischer, katholischer oder jüdischer Bürger. Und hatte zuvor die Kritik an den sozialen Verhältnissen immer subversiv geklungen und nach Revolution gerochen, so konnte man jetzt als Bürger und Arbeiter sozial sein, ohne radikal sein zu müssen.

Und dann setzte Sozialpolitik ein: weil die sozialen Risiken der Industriegesellschaft einfach zu groß waren; viele hatten ja nichts als ihre Arbeitskraft - und die war unter gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen ständig gefährdet. Sozialpolitik: Aus dem hilfebedürftigen Menschen sollte fortan ein Bürger mit einem Rechtsanspruch auf Hilfe werden - gerade nicht allein auf gesinnungsethische Freiwilligkeit und Zufälligkeit angewiesen. Gesetze zum Arbeitsschutz entstanden, zur Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung; aus der kaiserlichen Reichsversicherungsordnung sind heute noch Teile gültig. Gleichzeitig wurde z.B. das Elternrecht eingeschränkt, ein Streikverbot erlassen, die Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Die Zeit beginnender Sozialpolitik im letzten Jahrhundert war ein Gemenge aus Fürsorge und Unterdrückung.

Und: Sozialpolitik änderte die sozialen Einstellungen. Natürlich wurde vieles viel besser, versicherungs-, versorgungs- und fürsorgemäßig - aber ich mußte nun auch nicht mehr meines Bruders Hüter sein, sondern als erwerbstätiger Mensch setze ich den Staat durch meine Abgaben instand, sozial zu handeln. Und es sind ja genug Abgaben! Darüberhinaus bin ich zu nichts verpflichtet. Sozialpolitik ersetzte in gewisser Weise Solidarität. So konnte es geschehen, daß, als in der Bundesrepublik der Sozialstaat in höchster Blüte stand, eine deutliche soziale Abkühlung einsetzte, die Gleichgültigkeit gegenüber der Not wuchs. Und manche Sozialwissenschaftler prognostizieren ja Eiszeiten.

Und: die Zeit beginnender Sozialpolitik war der Beginn eines historischen Arrangements, das bis heute nachwirkt. Der werdende Sozialstaat hätte ohne die Hilfevereine, Schwestern- und Brüderschaften und ihr freiwilliges Engagement kein Fundament gehabt, wäre nie geworden, was er geworden ist. Andererseits konnte es bei rein freiwilliger Sozialarbeit nicht bleiben. Es mußte ein Weg gefunden werden, wie die von Vereinsmitgliedsbeiträgen und Spenden finanzierte soziale Arbeit mit der staatlichen Verpflichtung zur sozialen Hilfe verbunden werden konnte. Wie kann man die Dinge verlässlich regeln, ohne das Engagement kaputtzumachen? Die in der Welt einmalige Lösung bestand in einer Soziallogik, die in der Fachsprache Subsidiarität heißt und im Bundessozialhilfegesetz z.B. so klingt: "Wird die Hilfe im Einzelfall durch die freie Wohlfahrtspflege gewährleistet, sollen die Träger der Sozialhilfe von der Durchführung eigener Maßnahmen absehen..." Wozu sich die freie Wohlfahrtspflege imstande sieht, das soll sie mit Vorrang auch tun können, und der Staat soll sie instand setzen, ihre profilierte soziale Arbeit zu tun. Eine Art Treuhänderschaft, erstmals in der Weimarer Republik gesetzlich verankert, von den Nazis abgeschafft, dann wieder 1961 im Bundessozialhilfegesetz und Jugendwohlfahrtsgesetz eingeführt.

Immer mehr staatliche Mittel flossen auch ans Diakonische Werk, wie der evangelische Hilfeverband heute heißt. Schon längst würden die Vereins-Mitgliedsbeiträge, die Spenden und Kollekten, aber auch die durchaus erheblichen Zuschüsse aus den Kirchensteuern nicht mehr ausreichen. Denn die soziale Arbeit ist teuer geworden, nicht nur, weil sie umfänglicher und fachlicher geworden ist. Die helfenden Berufe verdienen noch immer nicht glänzend, aber sie wurden doch aufgewertet; evangelische Schwestern arbeiten nicht mehr für Gotteslohn oder ein kleines Gestellungsgeld, sondern werden nach den Tarifen des Öffentlichen Dienstes bezahlt, genießen schlicht die Normalität öffentlichen Dienstrechts. Und das wurde bis vor kurzem noch als wichtige soziale Errungenschaft betrachtet: die soziale Absicherung der sozial Tätigen.

Seit kurzem gibt es privatwirtschaftliche soziale Arbeit, etwa Pflegevereine, die, um ins Geschäft zu kommen, zu Dumpingpreisen arbeiten; ich kenne Pflegerinnen, die sich radikal selbstausbeuten, die mit einem 8-Stunden-Tag dann natürlich nicht hin kommen und gern auf Urlaubsansprüche verzichten, um im Geschäft zu bleiben. Was ist passiert?

Früher waren sich alle Regierungen und Parteien darin einig, daß es wenigstens einen gesellschaftlichen Bereich geben sollte, in dem die beinahe allumfassenden Spielregeln der industriell-wirtschaftlichen Geschäftslogik nicht gelten sollten: der soziale Bereich. Deshalb mußten z.B. die helfenden Vereine gemeinnützig sein, durften keine Rücklagen, kein Kapital bilden. Seit einer Änderung im Bundessozialhilfegesetz Mitte des letzten Jahres ist das Bedarfsdeckungssystem abgeschafft, ist der soziale Markt eröffnet, und er weitet sich wie ein Lauffeuer aus. Hilfeeinrichtungen werden zu Dienstleistungsunternehmen, Anbieter werden zu Konkurrenten, Patienten werden zu Kunden. Das Soziale soll und wird wohl auch etwas Geschäftsmäßiges werden, etwas Kommerzielles. Die industriell-wirtschaftliche Marktlogik hat nun die letzte Bastion gestürmt. Das war nicht schwer, denn die Tore waren politisch weit aufgestoßen. Der Markt wird als Reich der Freiheit hochstilisiert, die Privatisierung sozialer Sorge wird wie ein Licht der Befreiung illuminiert. Da ich auch den anderen Märkten schon nicht glaube, daß dort der Kunde König ist, weil ich in Kunden Opfer z.T. recht gewaltsamer Marktstrategien sehe und weil alle Märkte ihre Marktversager produzieren: darum sehe ich diesen Bruch mit unserer seitherigen Soziallogik mit gemischten Gefühlen. Der Sturm auf den Sozialkunden hat auf jeden Fall begonnen.

Merkwürdige Dinge geschehen mit und in der freien Wohlfahrtspflege...

Vielleicht steckt eine Chance in der gegenwärtigen Krise. Als sich im letzten Jahrhundert die Diakonie eher neben als in der Kirche formierte, weil die Staatskirche nicht diakonisierbar erschien, sagte man, das sei ein Provisorium. Das Provisorium wuchs sich aus, wurde groß und lebte immer auch über seine Verhältnisse, die Diakonie nahm mehr soziale Arbeit an, als sie Christen hatte, sie zu tun. Vieles wurde verwechselbar. Und auch die Kirche konnte ganz gut leben mit der Diakonie neben sich, konnte bei sich und ihren idealistisch-philosophischen Gewohnheiten bleiben und die Handarbeit der Diakonie überlassen. Die Predigt störte nicht die Sozialarbeit, und die Sozialarbeit hatte keinen Einfluß auf die Theologie. Beide konnten sich bei Bedarf auch kräftig kritisieren. Die Theologie ist doch sozial funktionslos, sagten die einen und hatten größtenteils recht. Und die anderen konnten sagen: diese säkulare Sozialarbeit hat doch mit Jesu Diakonie nichts gemein - und hatten auch recht.

Es könnte sein, daß es mit diesem eingefahrenen Ritual vorbei ist, und das wäre nicht das Schlechteste, was Kirche und Diakonie widerfahren könnte. Entscheidungen stehen

an. Entweder die Theologie findet zu einer den Sozialbereich betreffenden Sozialethik und die Gemeinde erinnert sich diakonischer Lebensgestaltungen - oder wir überlassen den sozialen Markt den Marktgesetzen. Entweder die Diakonie bekommt wirklich evangelisches Profil - oder sie reiht sich schlicht ein in den grassierenden Sozialkommerz. Und würde überflüssig. Entweder Kirche und Diakonie denken sehr bald gemeinsam darüber nach, wie und ob man Effizienz und Ethik neu zusammenbekommt, oder so mancher Pleitegeier schwebt über so mancher diakonischen Einrichtung - oder so manche diakonische Einrichtung entflattert der kirchlichen Bindung.

Das Dilemma ist klar: Gesichtslos darf die Diakonie nicht werden; dafür hat sie zuviel Geschichte. Sie hat aber auch zuviel Gewicht, um einfach auszusteigen.

Die klassische Formulierung besagt, die Diakonie sei Lebens- und Wesensäußerung der Kirche. Die neue soziale Dienstleistungslogik: sie zwingt dazu, dieses eigentlich Konkurrenzfähige zu benennen, das Evangelische in unserer Sozialarbeit, das Rechtfertigende, Versöhnende, Befreiende. Und, genau betrachtet, stehen die Chancen für eine kirchliche Diakonie nicht schlecht.

Alte und pflegebedürftige Menschen stellen nämlich gerade auch Rechtfertigungsfragen. Sie fragen offen oder verdeckt nach dem Sinn ihres Leidens, nach der Rechtfertigung ihres Lebens. Sie fragen, ob sie noch Zukunft haben. Warum gerade mir das ?, fragen sie, und: wie habe ich das verdient? Und: warum besucht mich keiner?

Mit helfenden Handgriffen ist es nicht getan, wenn Menschen nach der Rechtfertigung eigentlich ihres ganzen Lebens fragen. Dann ist es gut, wenn jemand da ist, der davon weiß: "Wenn ich auch darniederliege, so werde ich wieder aufstehen; und wenn ich auch im Finstern sitze, so ist doch der Herr mein Licht." So steht es im Alten Testament.

Dem Menschen zum Wiederaufstehen verhelfen! Und dieses Wiederaufstehen: es kann das Aufstehen, der Aufstand gegen die Lebenslügen sein.

Carl Rogers, einer der Väter der modernen Beratungsarbeit, schreibt im Vorwort seines Buches über die "klientbezogene Gesprächstherapie" (1972), das Buch handle "von dem Klienten und mir, wie wir mit Verwunderung die starken ordnenden Kräfte erleben, die in diesem ganzen Vorgang sichtbar sind, Kräfte, die tief zu wurzeln scheinen im Universum"; das Buch handle "vom Leben, wie es sich im therapeutischen Prozeß offenbart mit seiner blinden Gewalt und seiner furchtbaren Zerstörungskraft, die doch mehr als aufgewogen wird durch seine strukturierende Kraft, wo immer ihm Gelegenheit zur Entwicklung gegeben ist." Das klingt ganz anders, als sich viele Beratung vorstellen - und viel religiöser: von wegen, daß da gleichsam et-was von außen kommt, das dem Ganzen eine Wendung gibt.

Also: Menschen kommen in unsere Beratungsstellen mit ihren Konflikten. Und wenn die Beratung in die Tiefe gegangen ist, dann gerät sie nicht selten an den Punkt, den die Fachleute den Nullpunkt nennen.

Es kann der Augenblick der Wahrheit sein: Zwei Menschen, die sich gegenüber sitzen und miteinander sprechen, werden sich der letzten Ausweglosigkeit und der Verstrickung bewußt. Und wissen eigentlich nicht mehr weiter. Sie erfahren schlagartig:

Eigentlich kann ich dir nicht mehr helfen, und eigentlich kannst du mir nicht helfen, im Grunde können wir uns gegenseitig nicht mehr helfen. Ich werde mir durch dich meiner Verlorenheit bewußt, und du wirst dir durch mich deiner Verlorenheit bewußt. Diakonie geschieht noch immer an den Grenzen des eigentlich Menschenmöglichen. Da stellt sich dann die große Angst ein: vorm Absturz, die Angst, ins Nichts zu fallen. Und schlechte Beratung wird dann nach allen möglichen Krücken und Halteseilen suchen, um es nicht so weit kommen zu lassen, um nicht ins Leere zu stürzen. Luther sagt: "Es kann nicht etwa auch noch außerhalb der Hand Gottes fallen, wer außerhalb seiner selbst fällt. Stürze also hindurch durch die Welt; wohin stürzest du dann? - doch in die Hand und den Schoß Gottes".

Wenn wir uns und andere um diese Erfahrung bringen, werden wir die zentrale evangelische Erfahrung nicht machen können, nicht erfahren können, was eigentlich Gnade ist, daß man tatsächlich aus Gnade leben kann, daß da, wo man denkt, es sei alles aus, alles verloren, sich Sinn neu einstellt; daß wir gehalten sind, gerade, wo wir denken, wir gingen verloren. Daß man aus der Enttäuschung leben kann, daß das vermeintliche Ende ein neuer Anfang ist. Das predigt die ev. Kirche. Die Diakonie erlebt jeden Tag: Welt ging verloren für jemanden, und er wurde neu geboren, konnte sich und andere wiederfinden, Leben neu entdecken. Nicht durch Ausweichen und Verstecken.

Oder: Was bedeutet es eigentlich für unser Leben und Zusammenleben, wenn in der Kirche für das Wichtigste gehalten wird, daß wir versöhnt werden, entschuldigt, daß wir nichts so nötig brauchen, wie daß uns jemand von dem befreit, von dem wir uns selbst nicht freisprechen können? Wie es etwa beim Propheten Micha heißt: "Er wird sich unser wieder erbarmen und all unsere Sünden in die Tiefe des Meeres werfen."

Manchmal höre ich Leute sagen, wenn sie ein Kind mit einer Zigarette im Mund sehen: man müßte sie ihm wegnehmen! Oder: man müßte dem jungen Burschen das Motorrad, das er sich angeschafft hat, eigentlich wegnehmen; er ist doch der Kraft dieses Maschine noch gar nicht gewachsen. So etwas höre ich öfter, und ich überlege dann immer, ob da echte Besorgtheit ist - oder vielleicht auch so etwas wie Neid. Bei Menschen wird's halt nicht ganz eindeutig. Gott, so predigen wir, ist eindeutig: im Geben und im Nehmen.

Wir hören im Religions- und Konfirmandenunterricht von dem Gott, der uns viel gibt: das Leben, die Freude, die Fähigkeit zu lieben, das Glück, geliebt zu werden, den Geist der Erkenntnis, die anderen Menschen, ohne die es nicht zu leben lohnte. Doch Gott ist nicht nur im Geben barmherzig, sondern auch im Nehmen, im Weg-nehmen, im Auf-sich-Nehmen. Es war ja auch dein und mein Kreuz, das Jesus sich auflud und getragen hat.

Menschen spülen ihre Angst, ihr schlechtes Gewissen, ihr ungeklärtes Problem hinunter. Menschen gehen unter in ihrer Wehmut, wollen ihr Leben mit-wegwerfen, zusammen mit dem, womit sie nicht fertig werden. Beispielsweise in der diakonischen Suchtkrankenhilfe oder der Beratungsarbeit mit jungen Menschen, die versucht hatten, sich das Leben zu nehmen, oder auch in der Arbeit mit Straffälliggewordenen: da ist es ein Stück unverwechselbar religiöser Therapie, daß wir Menschen sagen können: Gott schmeißt nicht dich weg, aber deine Schuld.

Wenn einer in Beratung und Gespräch sich dem stellt, was ihn fertig macht, ihn belastet, und wenn er das glauben lernt, daß Gott alles Belastende von ihm nehmen will

und ins tiefste Meer wirft, dann kann er gesund werden. Diese Erfahrung machen wir in der Diakonie tatsächlich. Wenn Erziehung, Beratung und Pflege wirklich gelingen, dann ist das immer Arbeit und Gnade, Leistung und Geschenk, Fachlichkeit und Offenheit für eine Hoffnung.

Was da zusammenkommt, läßt sich eigentlich nicht kommerzialisieren, hält aber jeder Konkurrenz stand.

Was Gemeinden tun können für Arme

Referat am 8.3.1994 in Lampertheim

Zur Logik des Sozialen

Als der später heiliggesprochene römische Diakon Laurentius im Jahre 258 n.Chr. vom kaiserlich-heidnischen Richter aufgefordert wurde, den vermuteten Kirchenschatz herauszurücken, wies er auf die eigens herbeigeführten Armen aus seiner Gemeinde und sagte, sie seien der Schatz der Kirche. Wegen dieser ebenso despektierlichen wie enttäuschenden Äußerung wurde Laurentius auf glühenden Rosten gebraten.

Arme gibt es nicht an und für sich; ihnen wird eine Rolle zugeschrieben. Was sie für uns sind, hängt mit den gerade geltenden Konventionen, gesellschaftlichen oder gruppenmäßigen, zusammen. Wenn wir Armut definieren, legt sich ein Denken über die Wahrnehmung. So ist es mit aller Erkenntnis. Der Rahmen, innerhalb dessen wir etwas erkennen, bestimmt mit über das Wahrgenommene. Und entsprechend ist es mit den Abhilfen, die wir uns ausdenken. Auch sie sind niemals nur patienten- oder klientenorientiert, auch wenn manche Konzepte dies immer wieder behaupten. Oft definiert die Lösung die Aufgabe, die Therapie die Notlage entscheidend mit. Viele Hilfen, die gegeben werden, entsprechen den Bedürfnissen der Helfer mindestens ebenso wie denen der Hilfebedürftigen. So steht es sicher auch mit der Interessenlage an Armutsinitiativen. Davon später.

Bleiben wir bei gesellschaftlichen Konventionen und dabei, was Armut in ihnen ist und wie ihr abgeholfen werden kann. Der Soziologe N.Luhmann hat den Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Sicht einer Notlage und den gesellschaftlichen Hilfeformen einmal für drei Gesellschaftstypen nachgezeichnet: für die archaischen Gesellschaften, für die Hochkulturen und für die moderne Industriegesellschaft.

Archaische Gesellschaften waren Großgruppen nach dem Verwandtschaftsprinzip, eigentlich waren alle darin grundsätzlich gleich, es gab keine erheblichen sozialen Unterschiede. Die protoisraelitischen Stämme haben diese Struktur. Die Verarmung einzelner oder eines Sippenanteils kann unter diesen Umständen nur eine Art Unfall sein, ein Unglück, Folge unverschuldeter Beeinträchtigung, Folge einer Gewalttat oder einer Naturkatastrophe. Und weil die Armut des einen das Ganze bedrohen kann, ist es im Interesse der andern, die Defizite möglichst rasch wieder auszugleichen, die Gleichheit, aus der einer oder eine Familie gefallen sind, wiederherzustellen. Die frühe israelitische

Sozialgesetzgebung ist auf dieser reziproken Solidarethik aufgebaut: dauerhafte Verarmung soll es in Jahwes Land nicht geben. Reziprok ist diese Soziallogik deswegen, weil von jedem, der helfen kann, erwartet wurde, daß er hilft - so wie ihm die andern helfen bei eigener Hilfebedürftigkeit. Wenn einer nicht helfen kann, sich Helfen nicht leisten kann, wurde es auch nicht erwartet. Wer aber hätte helfen können und tat es nicht, der fiel aus der gemeinschaftlichen Logik heraus, war eigentlich das Modell des Sünders.

Hochkulturen, die diese Lebensform ablösten, waren Stadtkulturen mit einem oder mit mehreren Zentren. Auch beim Übergang der israelitischen Stammeskultur in eine Hochkultur wird alles zentralisiert: die Herrschaft geht von den Familienoberhäuptern oder von Familienversammlungen über auf eine Zentralgewalt, auf den König; es gibt fortan eine zentrale Verwaltung mit beamtenähnlichen Vasallen, ein zentrales Heer, einen zentralen Tempel sogar. Die Einführung der Geldwirtschaft ermöglicht die Finanzierung der zentralen Strukturen. Aber das Abgabensystem schafft auch soziale Differenzierung, Ungleichheit. Viele verarmen, überschulden sich, und keiner macht sie mehr den andern gleich. Andere werden auf Kosten anderer reich. Amos, Jesaja oder Micha beklagen den Zerfall der alten Solidarethik, sie kritisieren, daß Menschen ohne Landbesitz, asylsuchende Fremdlinge, Witwen und Waisen umfassend benachteiligt werden. Mit der Gleichheit verkam das Recht. Und damit werde, so die zornigen Gottesmänner, die gerechte göttliche Weltordnung diskreditiert. Die grundsätzliche Gleichheit aller Menschen vor Gott zog nun keinen Sozialausgleich mehr nach sich. Was die Appelle an die Reichen erreichen konnten, war, daß sie freiwillig etwas für die Armen abgeben. Die Almosenpraxis war die kleinere religiöse Lösung des Armutsproblems angesichts völlig veränderter Lebensbedingungen.

In dieser Logik wird Armenhilfe zur "guten Tat", Helfen wird zur anerkannten Tugend. Und die Religion konnte durchaus einen gewissen Druck auf die Reichen ausüben. Bis an den Rand der Neuzeit waren Predigten oder Katechesen über Mt 25 diesbezüglich recht leistungsfähig: den Armen zu helfen, hilft einem im Gericht. Dein Schicksal, du Reicher, hängt nolens volens doch mit dem der Armen zusammen. Das System war aus heutiger Sicht sicher nicht sozial optimal, aber es hielt wenigstens an, über Zusammenhänge nachzudenken. Und solange Menschen religiös fundiert waren, war es ein starkes Argument, daß mein Heil in Zeit und Ewigkeit von den Armen abhängt. Aus dem Angesicht eines Armen sieht mich der leidende Christus an. Mit jedem Obdachlosen, der bei mir anklopft, will mich der Herr besuchen. Der Arme war eine nahezu religiöse Figur. In dieser Armenhilfelogik muß ich nicht mehr helfen - wie in den archaischen Gesellschaften; aber ich soll helfen. Wer die Hilfe verweigerte, obwohl er hätte helfen können, wurde nicht mehr ausgestoßen, aber sehr wohl ethisch und religiös verpönt. Es war nurmehr ein moralischer Druck da. Er war über viele Jahrhunderte recht und schlecht wirksam, brachte z.T. Großes zustande und war oft hilflos, etwa angesichts mittelalterlicher Pauperismuswellen.

Charakteristisch für die Hochkulturen ist übrigens noch, daß in ihnen die ersten Hilfeberufungen entstehen, z.B. Heiler, Pfleger, Ärzte, oder im christlichen Sozialzusammenhang spezialisierte gemeindliche Dienste, z.B. Diakone, Menschen, die planvolle Hilfeprozesse im Gemeinwesen zu organisieren hatten. Die antiken Ärzte z.B. halfen ohne familiäres Interesse am Hilfebedürftigen. Sie erwarteten auch nicht Dankbarkeit und die Bereitschaft zu einer sozialen Gegenleistung bei eigener Hilfebedürftigkeit. Das soziale Handeln beruhte nicht mehr, wie in den archaischen Gesellschaften, auf Dankbarkeit. Die Hilfeberufungen lassen sich bezahlen. Geld wird

auch zum Dankbarkeitsäquivalent. Hilfe wird privatisiert, spezialisiert, professionalisiert und honoriert. Jede Gesellschaft entfaltet mit einem Bild des Hilfebedürftigen auch ein Bild vom Helfer.

Helfen wird mit der Entstehung der alten Hochkulturen und bis ins 18./19. Jh. hin Folge einer sozialen Differenz und wird regelrecht Ausdruck eines sozialen Gefälles. Hilfe kann man sich leisten. Adlige geben einen Teil ihres Vermögens, manchmal sogar ihr ganzes Vermögen, in eine wohltätige Stiftung. Menschen, die es sich leisten können, tun sich zusammen, um Menschen zu helfen, die sich nicht helfen können. Das ist die Logik noch der ersten bürgerlichen Hilfe- und Rettungsvereine, die am Anfang der neuzeitlichen Diakoniegeschichte im letzten Jahrhundert entstehen. Armut ist noch kein Thema des Staates, sondern Anliegen engagierter Bürger.

Es sei vorweggenommen: danach gehen die Definition von Armut und die Armenhilfe für rund 100 Jahre auf den Staat, den modernen Sozialstaat, über. Es sieht so aus, als würde gegen Ende dieses Jahrhunderts die Hilfe für die Armen wieder (zumindest teilweise) an die Bürger zurückdelegiert. Oder sie holen sie sich wieder, weil der Eindruck übermächtig wird, daß die sozialstaatlichen Maßnahmen allein nicht mehr fangen, daß die Hilfen nicht mehr helfen.

Aber soweit bin ich noch nicht. Dieser sozialgeschichtliche Urknall der industriellen Revolution (Dörner) muß zuerst noch einmal reflektiert werden; nachempfinden können wir ihn ohnehin nicht mehr recht, weil wir die industrielle Logik längst in allen Lebensbereichen, auch im Helfen selbst, adaptiert haben.

Mit der Industrialisierung "wurde die einheitliche Lebenswelt in drei Segmente zerschnitten. Es wurden Räumlichkeiten geschaffen, die ausschließlich dem Zweck dienen, industriell zu produzieren, zu arbeiten - ein Raum also, in dem man produktiv, nicht aber sozial, sein sollte, um die Produktivität zu vergrößern. Damit solche Einrichtungen (Fabriken, Büros) ihre Produktivität bis heute immer weiter steigern konnten, wurden auf der anderen Seite soziale Institutionen erforderlich" (Klaus Dörner). Nach dieser Analyse mußte die Gesellschaft desto sozialer werden, je industrieller es wurde. Weiter Dörner: "Und so entstanden in den Grundzügen damals schon... diese flächendeckenden Netze von Altenheimen, Pflegeheimen, Waisenhäusern, Kindergärten, Gefängnissen (damals auch zum ersten Mal!), Irrenanstalten, Einrichtungen für Körperbehinderte, für geistig Behinderte, Obdachlosen-Asyle und andere Einrichtungen. Die in diesen Einrichtungen untergebrachten Menschen sollten nicht arbeiten, sondern sozial sein: ernährt werden, gepflegt werden, verwaltet werden, bearbeitet werden, auch erzogen werden - vor allen Dingen aber die anderen, die Produktiven, nicht bei der Arbeit stören." Ich darf hier vielleicht den Gedanken einwerfen, daß also die aktuellen Verwerfungen unseres Sozialwesens etwas mit der Krise des industriellen Systems zu tun haben könnten, daß die Krisen des Industriellen auch die nach industrieller Logik entstandenen Hilfesysteme in Frage stellen.

Das dritte Segment neben Industriearbeit und Sozialwesen ist das des Privaten, der Familie. Nicht mehr die Mehrgenerationen-Lebens- und Wohngemeinschaft der alten Großfamilien, die ja auch Arbeitsgemeinschaften und Versorgungsgemeinschaften waren. Bis an den Rand des 19. Jahrhunderts lebten 3/4 der Deutschen in solchen Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften: gruppiert um einen landwirtschaftlichen oder handwerklichen Betrieb (Bolte/Aschenbenner). In der Landflucht und der

Verstädterung, dem Wegzug vor allem der Jüngeren in die aufstrebenden Industriemetropolen, wurden die Familien immer kleiner, waren als Familie von der gemeinsamen Produktion entlastet, andererseits auch von der sozialen Fürsorge. Daher: "gleichzeitig veränderten sich Aufgaben und Funktionsbeschreibungen: geringere soziale Verpflichtungen, dagegen höheres Bedürfnis nach Erholung, Rekreation der Arbeitskraft, verstärkte Tendenzen in den Bereich des Psychischen hinein, Entstehung der psychischen Kultur der bürgerlichen Familie" (ders.).

Im modernen Sozialstaat, wie er mit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung in Deutschland begann, sollte der Arme kein almosenempfangender Untertan mehr sein, sondern ein Bürger in Not, der - und das war das eigentlich Neue - nicht mehr auf Freiwilligkeit und Beliebigkeit der Helfer oder helfender Gruppen und deren soziale Motivation angewiesen sein sollte, sondern der nun einen Rechtsanspruch auf Hilfe hatte. In der Logik des modernen Sozialstaats sollte keiner mehr Bittsteller sein; umgekehrt war man als Nicht-Armer entlastet: ich muß fortan nicht mehr meines Bruders Hüter sein, denn ich bezahle ja meine Steuern und Abgaben, mit denen der Sozialstaat zu helfen hat. Er tat dies fortan durch "organisierte Sozialsysteme", die Hilfe als erwartbare und abrufbare Leistung vorzuhalten haben. Jeder Notlage entspricht eine organisierte Hilfestruktur.

Daß ich im modernen Sozialstaat nicht mehr meines Bruders Hüter sein mußte, daß also Sozialpolitik Solidarität ersetzte, ist gewiß einer der Gründe dafür, warum gerade in den Jahren des blühendsten Sozialstaatswesens die soziale Abkühlung unter uns immer größer wurde, die Gleichgültigkeit gegenüber dem in Not geratenen Mitmenschen. Die Profis der sozialen Arbeit haben jahrzehntelang diese sozialstaatliche Selbstverständlichkeitsstruktur verinnerlicht, haben überhaupt nicht mehr daran gedacht, daß eine Bevölkerung auch wollen muß, daß andern geholfen wird. Und unsere Bevölkerung entzieht scheinbar seit vielen Jahren der sozialen Arbeit ihr Wohlwollen in vielen Sektoren. Vertreter der Politik nahmen öffentlich keinen Schaden daran, daß sie bestimmten Gruppen die sozialen Leistungen gekürzt haben, daß die Armen nachweislich ärmer wurden, wie ich nachher noch ausführen werde.

Noch dramatischer ist, daß die Bedingungen, auf denen um die Jahrhundertwende in Deutschland der moderne Sozialstaat zu errichten begonnen wurde, mehr und mehr zerbrechen. Unser soziales Sicherungssystem beruht auf den drei Pfeilern Versorgung, Versicherung und Fürsorge. Diese drei Säulen stehen sicher bei wirtschaftlichem Wachstum und einigermaßen ausgewogenem Generationenvertrag. Die Finanzierung von Sozialleistungen und großteils das Inanspruchnehmenkönnen von sozialen Leistungen sind an Erwerbstätigkeit gebunden. Vor allem Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Bei andauernder Massenerwerbslosigkeit kommt das ganze System automatisch an seine Grenzen. Je mehr Nichterwerbstätige, desto mehr auf Dauer Nichtanspruchsberechtigte. Die Koppelung an Erwerbstätigkeit führt unser Sozialsystem in nicht allzu ferner Zukunft in den Kollaps.

Doch nicht nur die Koppelung an Erwerbstätigkeit führt in unlösbare Lagen, sondern auch die generative Solidarlogik: die gegenwärtig Erwerbstätigen müssen soziale Transfermittel für mindestens drei nicht-erwerbstätige Generationen verdienen und bereitstellen, unter Einbeziehung von sich selbst Mittel zur sozialen Sicherung von vier Generationen; der Trend geht hin zum 5-Generationen-Vertrag...

Die Logik, auf der unser soziales Sicherungssystem basiert, geht schon heute nicht

mehr auf, sie täte es auch dann auf Dauer nicht, wenn wir keine Massenarbeitslosigkeit hätten und kein Armutsproblem (und die Langzeitarbeitslosen bilden ja ein Armutshauptkontingent).

Die bisherigen politischen Gegenmaßnahmen zeigen wenig oder keine Neugestaltungsphantasie; als Mittel zur Krisensteuerung werden uns zur Zeit offeriert: mehr Eigenbeteiligung an sozialen Leistungen, Einsparungen und dequalifizierende Planungen, d.h., das Zurückfahren sozialer Standards. Für die Bürger heißt das: sie zahlen immer mehr und bekommen immer weniger an sozialen, medizinischen u.a. Leistungen. Aber auch diese Steuerungsinstrumente, die in Wahrheit keine sind, werden nur kurzfristig wirken: "Große Bevölkerungsgruppen haben derzeit nicht die finanziellen Ressourcen, zusätzliche Lasten zu übernehmen" (Uwe Schwarzer). So ist unser soziales Sicherungssystem mit Sicherheit nicht zu retten. Es mündete schon in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten sozialklimatisch in eine große Mitleidlosigkeit, in weitverbreitete Sozialapathie. Ohne daß die Strukturen eines Umbaus oder eines Neubaus des Systems erkennbar sind, ist deutlich, daß wieder einmal ein Armutsdefinitions- und Hilfemuster-Zeitraum zuende geht.

Zu den ideellen Grundlagen unserer Sozialgesetzgebung, vor allem des BSHG, gehört der Glaube an die Selbstheilungskräfte der Familie und die sozialtherapeutische Erfolgsträchtigkeit sozialpolitischer Maßnahmen und Professionalität. Armut unter uns erwächst aber am unabweisbarsten am Schnittpunkt zwischen ungenügender Eigenhilfe (Familien können sich immer seltener selber helfen) und unzureichender professioneller Hilfe durch Sozialpolitik (Sozialarbeit kann wenig ausrichten in der Wirtschaftspolitik und kann auch z.B. Arbeitsplatzsicherung nicht als Bürgerrecht durchsetzen; und was die "große Politik" angeht: aus dem Glauben heraus, daß florierende Wirtschaftspolitik automatisch auch gute Sozialpolitik ermögliche, flossen immense öffentliche Mittel in die Wirtschaft; z.B. wurden seit 1991 ca.50 Milliarden DM der Rentenversicherung entnommen für die Ost-Wirtschaft - der Rentenversicherung, d.h.: Mitteln, die die Solidargemeinschaft für die Altersversorgung angespart hatte; das meiste davon wurde in Rationalisierungsmaßnahmen gelenkt, schuf mithin nur wenige neue Arbeitsplätze; die Teufelskreise der alten Systemlogik werden immer ruinöser). Damit sind wir mitten in den aktuellen Armutsproblemen.

Definitionen und Situationen

Einige unserer Schwierigkeiten im Umgang mit der Armutsproblematik zeigen sich schon an unserem Sprechen. Armut gibt es in der Sprache der Fachleute z.B. als alte und neue Armut, als offene und verdeckte Armut, als relative und absolute Armut. Und die Grenzen sind jeweils fließend. Die Unschärfen sind erheblich.

Mit neuer Armut meint man vor allem das Abstiegsrisiko, das seit längerem auch die bis dahin sozialstabile Mittelschicht betreffen kann: aufgrund der Arbeitsmarktlage. Die alte Armut meint die Armut der Nichtseßhaften und Obdachlosen; aber unter die Armutsgrenze geraten seit langem auch alte Menschen, deren Renten und Pensionen nicht für Pflege reichen; Geschiedene mit versorgungsberechtigten Kindern; nahe Verwandte von Sozialhilfeempfängern, die vom Sozialhilfeträger bis zur eigenen Armutsgrenze regreßpflichtig gemacht werden können; langfristig Arbeitslose; vor allem auch Haftentlassene und Drogenkranke; arm sind faktisch geistig, körperlich, psychisch Kranke, die in Heimen leben, die weithin im Grunde besitzlos sind.

Die offene Armut liegt auf der Straße und steht Schlange bei Ämtern. Verdeckte Armut gibt es z.B. bei Kleinstrentenempfängern, vor allem unter älteren, alleinlebenden Frauen, oder bei kinderreichen Familien mit nur einem verdienenden Elternteil; oder in überschuldeten Familien. Ende der siebziger Jahre bezog nur etwa die Hälfte der Sozialhilfeempfängsberechtigten Sozialhilfe. Aktuelle Untersuchungen gehen von ca. 70%-igem Ausschöpfungsgrad aus.

Die Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Armut hängt an Definitionen. Und diese orientieren sich an relativen Meßgrößen. Hierin liegt ein Grundproblem: Armut wird mit einem Zustand verglichen. Und das ist wiederum Sache gesellschaftlicher Festlegung. Was in Deutschland absolute Armut ist, ist, verglichen mit den Elendsgebieten der Dritten Welt, nur relativ. Eigentlich sind solche Vergleiche absolut unstatthaft. Daß sie geschehen, zeugt von einiger Willkür und von Verdrängungsabsicht. Aber selbst wenn man ein deutschlandinternes Existenzminimum definiert, an dem man absolute Armut mißt, ist das problematisch, weil rein materielle Vergleichsmodelle für unsere gesellschaftlichen Verhältnisse eigentlich nicht taugen. Die moderne Sozialforschung hat klar gezeigt, daß in einer der größten Armutsgruppen, unter den Langzeitarbeitslosen, die immaterielle Not fast noch größer ist als die materielle, daß diese Armen nicht hungern, aber die mit der Einkommensarmut einhergehenden Einschränkungen und Unterversorgungen regelrecht krank machen, die Bewegungseinschränkungen in gesellschaftlichen Feldern, im sozialen und kulturellen Leben, in der Gesundheit, im Wohnen. Wer sich mit diesen Zusammenhängen beschäftigt, bezweifelt mehr und mehr überhaupt die Eignung des Armutsbegriffs zur Beschreibung der Lage von immer mehr Menschen in unserem Land. Wie kann man Armut messen? Die Unterausstattung mit ökonomischen Mitteln (wobei in der Regel der Haushalt als wirtschaftliche Verbrauchsgemeinschaft zugrunde gelegt wird) ist sicher nicht die einzige Meßlatte.

In unserem Bundessozialhilfegesetz ist der Begriff "Menschenwürde" eine sich von rein materiellen Definitionen unterscheidende Meßeinheit, von Rechts wegen wird ein soziokultureller Mindeststandard festgeschrieben. Demnach wären auch nur Personen, die unterhalb der Sozialhilfeschwelle im materiellen Sinn leben, arm. Da es aber soweit gar nicht kommen kann, weil ja dann die Sozialhilfe als letzter Ausfallbürge einspringt, gibt es eigentlich gar keine Armut in Deutschland. Ich glaube, diese Logik steht hinter den sozialen Wahrnehmungsproblemen der letzten Jahrzehnte.

Das ist die Crux: das BSHG denkt an Mittel der Einzelfallhilfe; dieses Gesetz ist - wie später etwa auch das Arbeitsförderungsgesetz - nicht für Massenarbeitslosigkeit konzipiert worden. Seit aus dem letzten Ausfallbürgen in extremer Not eine Art Regelversorgung für Unterversorgte geworden ist, wird es mit der Wahrung der Menschenwürde entsprechend schwieriger; da müssen dann schon manchmal Gerichte erklären, welche Beschäftigungen mit der Menschenwürde noch vereinbar sind oder daß es menschenwürdig ist, gebrauchte Kleidung zu tragen. Will sagen: der an sich schöne Wert "Menschenwürde" wird ebenfalls immer unschärfer, wird selbst Gegenstand negativer Abgrenzung unter der Fragestellung: Was ist noch mit der Menschenwürde vereinbar? Und wo das Arbeitsförderungsgesetz massenhaft praktiziert werden muß, fallen die Dauerarbeitslosen zunehmend heraus; im Grunde sind sie von den Ämtern aufgegeben, auch wenn das keiner so sagt; Untersuchungen haben gezeigt, daß die, die Vermittlungshilfen am meisten brauchten, diese am wenigsten offeriert bekommen. Einer der vielen Teufelskreise im Armutszusammenhang!

Wir haben an sich sehr soziale Gesetze, die aber nicht mehr recht funktionieren in einer Gesellschaft, der die Arbeit ausgeht.

Es gibt internationale Definitionen mit Definitionsmerkmalen, die über das Materielle hinausweisen. Die Vereinten Nationen definierten Armut in Abgrenzung zu dem "Maß an Lebenschancen, Lebenskomfort und Selbstrespekt, das die Gemeinschaft, der sie angehören, als normal ansieht". Und der Ministerrat der EG definierte: "Verarmte Personen sind Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat ,in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist". Das klingt ganz passabel; die europäische Realität ist freilich ernüchternd. Die bisherige Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts hat nicht, wie behauptet, die Arbeitsmarktsituation in Europa verbessert, sondern durchgängig verschlechtert; die Zahl der Arbeitslosen wächst europaweit zuletzt um ca. eine Million pro Jahr, liegt zur Zeit bei über 17 Millionen.

Und was sind einigermaßen gesicherte Zahlen für Deutschland? Folgende z.B. (die ich allerdings nur an Sozialhilfe- und Arbeitsamt-Statistiken festmachen kann, auch wenn dies eigentlich, wie ich ausführte, m.E. nicht die einzigen Meßlatten sein dürften):

> Zwischen 1974 und 1985 waren 15 Millionen Personen mindestens einmal arbeitslos gemeldet, also immerhin 32% der in diesem Zeitraum erwerbstätigen Personen.

> Die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG wurde vom Reallohn abgekoppelt. Von 1962 bis 1985 stiegen die Netto-Realverdienste um 80%, die Regelsätze nur um 45%. Das heißt: Sozialhilfeempfänger leben heute relativ schlechter als vor 20 Jahren. Es gibt innerhalb der Armutslandschaft Verschiebungen und Verwerfungen.

> Zwischen 1963 und 1986 hatte sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger auf ca. 3 Millionen verdoppelt.

> Innere Verschiebungen lassen sich auch aus den Statistiken der Arbeitsämter ablesen, wo zwischen Arbeitslosen und nicht-arbeitslosen Arbeitsuchenden unterschieden wird. Langzeitarbeitslose sind Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet sind. 1980 waren 13% aller Arbeitslosen dauerarbeitslos, acht Jahre später waren es schon 33%.

Unter den Benachteiligten gibt es besonders Benachteiligte bei der Arbeitsvermittlung: Ungelernte, Menschen mit gesundheitlicher Einschränkung, ältere Menschen - und Langzeitarbeitslose, denn Langzeitarbeitslosigkeit an und für sich ist ein Vermittlungshindernis. Da sind nicht nur Vorurteile im Spiel; Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet oft das Verlernen voriger Fähigkeiten.

> Innere Disparitäten lassen sich vor allem auch regional festmachen: In Nagold gibt es zur Zeit 12% Dauerarbeitslose, in Essen 49%. Es entstehen Armutsschwerpunkte, deren Probleme regional immer weniger zu lösen sind mit den seitherigen Mitteln und Initiativen. Realität ist regionales Krisenmanagement, wir bekommen immer mehr Strukturen "kommunaler Sozialstaatlichkeit" (Wollmann). Und immer mehr Sozialghetto-ähnliche Stadtentwicklungsprozesse. Anfänge der z.B. in den USA zu beobachtenden chronischen Unterschichtsbildung sind in Deutschland festzustellen: Räume, in denen sich Armut und Gewalt gleichsam fortpflanzen, sich aus sich selbst

reproduzieren. Abhängig sind solche Entwicklungen nicht nur vom regionalen Arbeitsmarkt, sondern z.B. auch davon, ob und welche Einrichtungen sozialer Infrastruktur es gibt. Die Einrichtung von Hilfen ist allerdings selbst wiederum von Konjunkturen abhängig, von denselben, die viele arbeitslos und arm machen. Auch hier wieder ein Teufelskreis.

> Und meßbar ist auch, daß derzeit das Netto-Einkommen eines Dauerarbeitslosenhaushalts bei 40% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens liegt.

Abhilfe-Versuche

Mitte der achtziger Jahre waren weniger als 1% der Arbeitslosen in Arbeitsloseninitiativen aktiv. Vor allem die Situation der reinen Selbsthilfegruppen war äußerst instabil. Arbeitslose lehnen mit größter Mehrheit Selbsthilfegruppen u.ä. ab. Prinzipiell. Sie halten sie, wie Morgenroth kürzlich erhoben hat, für einen Auffangort für noch viel Tieferstehende und für eine Beschäftigung für selbst beschäftigungslose Sozialberufler; sie unterstellen also nicht ganz uneigennützig Interessen der Helfer an der Hilfe.

Menschen, die seit Jahren Objekte staatlichen Handelns geworden sind, lassen sich kaum aktivieren. Systemkonform haben wir gelernt: politisch durchsetzungsfähig kann man in unserer Gesellschaft nur sein, wenn man glaubhaft Leistungsverweigerung androht. Arbeitslose können nicht streiken. Zumindest nicht im herkömmlichen Sinne.

Lutz Finkeldey beschreibt in seinem 1992 erschienenen Buch über "Armut- und Arbeitslosenprojekte zwischen Freizeit und Markt", wie sich Initiativen verschlissen, die zugleich psychosozial helfen wollten, öffentlichkeitsmäßig Arbeitsplätze einklagten und sich gegen den Abbau sozialer Leistungen zur Wehr setzten; wie sie eine Niederlage nach der andern hinnehmen mußten. Bis die Aktivisten nicht mehr wußten, was sie mehr wollen sollten: auf einen neuerlichen Arbeitsplatz hinarbeiten und -lernen oder gleich nur auf eine Verbesserung der Armutslage - was meist ein Sich-Einrichten in der Armut auf Dauer bedeutete und Hilfen zur möglichst cleveren Ausnützung der institutionell gewährten Hilfen. Finkeldey nennt es "Selbstverstaatlichung". In sozialwissenschaftlicher Sicht sind die größten Probleme, daß alternative Arbeit, selbstverwaltete Betriebe, also die Schaffung und Stabilisierung von Arbeitsplätzen, keine nennenswerten Größenordnungen erreichten; und daß die Pioniere der Armutsozialarbeit zunehmend erschöpft sind, resigniert an der Realität, nur einige wenige Folgen, aber nicht die Ursachen der Armut bearbeiten zu können - zudem von den Trägern und den Klienten in Legitimationszwänge verwickelt, vom Eindruck überwältigt, selbst eine Art marginalisierter Sozialarbeit zu tun.

Ich meine, selbst wenn nur in vielen Einzelfällen individuelle Hilfe und persönliche Stabilisierung erreicht wurden oder eine Form sozialer Freizeitgestaltung angeboten werden konnte, war das viel: auch wenn es, gemessen am hochgesteckten Selbstanspruch der sozialen Arbeit, wenig erscheint. Aber in der Tat muß neu darüber nachgedacht werden, was man wollen kann.

In kirchlicher und diakonischer Trägerschaft gibt es höchst unterschiedliche Modelle. Sie lassen sich m.E. in etwa folgendermaßen klassifizieren:

> Angebote nachgehender und offener sozialer Arbeit, Streetwork, Mitternachts- und

Bahnhofsmissionen u.ä.

> Angebote von Beratung und Begegnung; Arbeitslosenzentren, Arbeitslosentreffs, Teestubenarbeit für alle Armutsgruppen, auch Fachtagungen und Freizeiten mit Arbeitslosen.

> Projekte, die auf Lernen in Schule und Werkstatt abheben; meist Projekte für biografisch und sozial benachteiligte arbeitslose Jugendliche; z.T. kann man Schulabschlüsse nachholen und sich in verschiedenen Werkstattbereichen auf spätere Berufsausbildung vorbereiten. Bei einigen Projekten ist eine reguläre Berufsausbildung möglich; teilweise sind auch Unterkunftsmöglichkeiten angegliedert, um wohnungslosen Jugendlichen eine Chance zu geben.

> Arbeitslosenabgabe-Aktionen, Fondsbildung zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Benachteiligte. In nahezu allen Landeskirchen gibt es derlei inzwischen, in manchen auf kirchliche und Sozialberufe beschränkt, in andern, wie in Hannover, auch außerhalb kirchlicher Grenzen wirksam.

> Firmengründungen wie durch die Neue Arbeit GmbH, lange vor allem vom Diakonischen Werk propagiert. Ziel ist die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für schwer vermittelbare Langzeit-Arbeitslose; in der Regel "Nischen"-Arbeit.

> Und es gibt Mischformen aus alldem.

Was kann eine Kirchengemeinde noch tun?

> Eine Kirchengemeinde kann Finanzhilfe gewähren, kann z.B. von Zahlungen für Kindergartenplätze befreien; Kollekten für extreme Notfälle erheben.

> Kirchengemeinden könnten mehr Arbeitsplätze schaffen, die öffentlich subventioniert werden müssen, vor allem im sozialen Bereich im weitesten Sinne (z.B. in der Altenhilfe).

> Gemeinden könnten mehr Veranstaltungstypen schaffen, die erfahrungsgemäß auch die ärmere Bevölkerung ansprechen, z.B. allmonatliche Tauschbörsen, Flohmärkte usw., nicht nur zum Waren- oder Kleidungs-, sondern auch zum Informationstransfer unter Betroffenen.

> Viel gewonnen wäre schon, wenn in Kirchengemeinden so etwas wie regionale Armutserhebung betreiben würde, wenn ein Kreis Verantwortlicher systematisch Materialien zur Arbeitslosigkeit sammelt und aufarbeitet und ggf. auch bei Anfragen zur Verfügung stellen kann; wenn diese Arbeit vernetzt würde (ein Hauptmangel der meisten Initiativen ist ihre Vereinzelung). Derlei wäre angesichts so vieler Unschärfen und Verschiebungen innerhalb der Armutsproblematik ein wichtiger Schritt zur Klärung und Selbstverständigung [etwa mithilfe des Loccumer Armutstagnungs-Fragebogens (Loccumer Protokolle 53, 119f); vgl. Anhang].

Mit derlei Wissen und Material versehen, ließen sich Aktionen usw. gegenüber regionalen politischen Gliederungen und Personen fundierter durchführen und auch so etwas wie eine Öffentlichkeitsarbeit für die Armen und über Armut (z.B. im Gemeindebrief regelmäßige Veröffentlichung der Arbeitslosenstatistik der Kommune,

des Kreises; Stellungnahmen dazu usw.) eher installieren sowie Gespräche mit Unternehmern, Geschäftsleuten u.ä. Kurz: Armutsberichtserstattung für die Gemeinde bzw. die Region mit allen Implikationen und Anwendungen.

> Intention homiletischer und katechetischer Angebote müsste m.E. sein, die industriegesellschaftlich begründeten Denkmodelle öffentlich zu hinterfragen (z.B. das Beieinander von Erwerbsarbeit und Lebenssinn).

> Die zur Zeit m.E. aussichtsreichste Form der Hilfe bzw. Selbsthilfe ist die Schaffung "kleiner Sozialsysteme" (vgl. Projekt "Einkäufer- und Tauschgemeinschaft" in Hannover, wo etwa 50 arbeitslose Personen "eine Einkäufer- und Tauschgemeinschaft bilden, in der sie nach einer Einführungsphase eigenständig den Einkauf, Lagerungsformen, Verteilungsmodelle von Gütern des unmittelbaren Lebensbedarfs und desgleichen die Produktion sowie den Tausch von selbstergetelltem Güterbedarf organisieren", so Finkeldey). Kirchengemeinden könnten bei der Schaffung kleiner Sozialsysteme auf vielfältige Weise behilflich sein: inhaltlich, räumlich, wirtschaftlich.

ANHANG

Fragebogen (aus: Loccumer Protokolle 53)

Frage 1: Was weiß ich über die Arbeitsbedingungen der Gemeindeglieder?

- a) In welchen Arbeitszweigen ist die Mehrzahl der Bevölkerung beschäftigt?
- b) In welcher Weise hat sich die berufliche Zusammensetzung der Bevölkerung in den letzten Jahren verändert?
- c) Bei welchen Unternehmen gibt es Einstellungsstop / Kurzarbeit / Entlassungen?
- d) Hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze verändert?
- e) Welche wirtschaftlichen Entwicklungen sind in den nächsten Jahren zu erwarten?

Frage 2: Was weiß ich über die Arbeitslosigkeit in der eigenen Gemeinde?

- a) Hat sich die Zahl der Arbeitslosen wesentlich erhöht?
- b) Welche Gruppen sind am stärksten betroffen?
- c) Gibt es spezielle Ursachen für ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in der Gemeinde?
- d) Wie treten Arbeitslose überhaupt in Erscheinung?
- e) Welche sozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit werden in der Gemeinde sichtbar?
(Familie, Freizeitverhalten....)

Frage 3: Wer reagiert auf die Arbeitslosigkeit?

- a) In welcher Weise reagieren Parteien und Gewerkschaften?
- b) Haben sich neue Gruppierungen gebildet, die das Problem Arbeitslosigkeit aufgreifen?
(Arbeitsgruppen, Vereine....)
- c) Welche Folgerungen haben sich für die Kirchengemeinde ergeben?

Frage 4: Wie kommen in der Gemeindegliederarbeit Begegnungen mit Arbeitslosen zustande?

- a) Treten Arbeitslose bei Gemeindeveranstaltungen in Erscheinung?
- b) Was habe ich in Kasualgesprächen über Arbeitslosigkeit und ihrer psychosozialen

Folgen erfahren?

- c) Nehmen arbeitslose Jugendliche die Angebote kirchlicher Jugendarbeit wahr?
- d) Wenden sich Arbeitslose mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an die Kirchengemeinde?

Frage 5: Was kann die Kirchengemeinde tun, um das Problem Arbeitslosigkeit aufzugreifen? Welche Erfahrungen habe ich dabei bereits gemacht?

- a) In Welcher Weise wird die Gemeindegarbeit überhaupt durch die wachsende Arbeitslosigkeit berührt?
- b) Was habe ich erfahren über die Erwartungen, die Arbeitslose an ihre Kirchengemeinde haben? Haben sie überhaupt Erwartungen?
- c) In welcher Weise kommt das Thema Arbeitslosigkeit vor im Gottesdienst, im KU, in der Jugend- und Erwachsenenarbeit?
- d) Welche Möglichkeiten bieten Seelsorge und Beratung?
- e) Welche speziellen Angebote für Arbeitslose gibt es bereits / sind denkbar / wären dringend erforderlich?

Literatur (Auswahl):

aus den achtzigern z.B. Themenheft der Zeitschrift DIAKOINIE 2/1980: Armut in Deutschland; Loccumer Protokolle 53 von 1984 (zur Tagung: Armut auch bei uns. Eine Herausforderung an die Kirche). W.Balsen/H.Nakielski: Die neue Armut, Köln 1984. U.Beck: Risikogesellschaft, Ffm. 1986; Caritas-Report 1987, Freiburg 1987. K.-A.Chassé, Armut nach dem Wirtschaftswunder. DP WV: ...wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land... Armutsbericht, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 11/12-1989. Diak.Werk in Kurhessen-Waldeck: Die neue Armut, Kassel 1985. EKD: Beschluß der EKD-Synode "Armut in der Bundesrepublik Deutschland", in: epd-Dok.49a/ 1989. R.Hauser/B.Engel: Soziale Sicherung - Einkommensverteilung. Empirische Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, Ffm./NY 1985. S.Leibfried/F.Tennstedt: Politik der Armut und Spaltung des Sozialstaates, Ffm. 1985. J.Roth: Zeitbombe Armut, Hamburg 1985.

Aus den neunzigern (nur einige Empfehlungen): K.Dörner: Aufgaben diakonischer Ethik. Die Wende von der Professionalität zur Kompetenz aller Betroffenen, in: M.Schibilsky (Hg.), Kursbuch Diakonie, Neukirchen 1991. L.Finkeldey: Armut, Arbeitslosigkeit, Selbsthilfe. Armuts- und Arbeitslosenprojekte zwischen Freizeit und Markt, Bochum 1992. Harry Noormann: Armut in Deutschland, Stuttgart 1991. H.Wollmann: Stadtpolitik - Erosion oder Erneuerung des Sozialstaats "von unten", in B.Blanke/A.Evers (Hg.), Die Zweite Stadt, Opladen 1986.

DIE FAMILIE IST TOT - ES LEBE DIE FAMILIE!

(Referat in der Ehe- und Lebensberatungsstelle Bensheim/Bergstr., 1998)

Das Thema, das mir gestellt wurde, kann einen hilflos machen oder auch zynisch - auf jeden Fall ist es paradox gestellt.

Die Lage i s t paradox. Für Dichter und Schriftsteller unserer Tage ist sie sogar absurd. Auf Bühne und Bildschirm tobt der unterhaltsame, im Extrem tödliche Ehekrieg. Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst, wird suggeriert. Verzweiflung hinter

umgekehrtem Vorzeichen.

So wie in der hübschen kleinen ZDF-Serie "Hotel Mama", von der Frau, die nicht dazu kommt, ihr eigenes Glück neu zu organisieren, weil ihre zwei erwachsenen Kinder, zwei typische "Mittelstandskletten", das Mutterhaus als preiswerte Service-Station nutzen. Wie kriege ich meine Kinder aus dem Haus?, ist die heiter-verzweifelte Frage der Mutter, während ihre egoistische Brut eisern den Geist der Familiarität beschwört. Familie als Ausbeutungsvorwand.

Der Hintergrund ist real: Die Hälfte der 55jährigen Verheirateten lebt noch mit Kindern im gemeinsamen Haushalt; wissenschaftlich meßbar haben dabei die Eltern als Vorbilder allerdings weitgehend abgedankt, und der Verfall elterlichen Orientierungswissens grassiert. Zugleich sind Mütter und Väter von ihren Kindern psychisch abhängig wie anscheinend nie zuvor. Kindliches Ungemach, etwa in der Schule, kann Mütter in tiefe seelische Krisen stürzen.

Wiederum andererseits setzen sich Erwachsene, wie es scheint, bei Trennungswünschen brachial über Kindererfordernisse hinweg - und haben im Grunde ein schlechtes Gewissen und werden so erpreßbar. Paul Watzlawick beschreibt dies als Spirale von Teufelskreisen: die Lösungen unserer Probleme gebären aus sich heraus neue Probleme, für die wir Lösungen suchen, die wieder einen Sack voll Problemen mit sich bringen usw. Wir sind ebenso beschäftigt mit den Problemlösungen wie mit den Folgeerscheinungen unserer Lösungen. Befreiungsschläge schaffen neue Zwänge, aus denen wir uns befreien müssen.

Auch den an sich ernstesten Wissenschaften fallen zur Beschreibung der Lage zunehmend Gleichnisse ein, die ebenso komisch wie eigentlich zum Verzweifeln sind. Der Soziologe U.Beck beschreibt den Gegenwartsmenschen als einen, der ständig seine Wurzeln ausreißt, um zu sehen, ob sie noch gesund sind.

Und wenn man das, was Habermas die neue Unübersichtlichkeit nennt, an unseren Partnerschaftsformen veranschaulicht, weiß man im Grunde nicht mehr, ob man lachen oder weinen soll. Beck: "Es ist nicht mehr klar, ob man heiratet, wann man heiratet, ob man zusammenlebt und nicht heiratet, heiratet und nicht zusammenlebt, ob man das Kind innerhalb oder außerhalb der Familie empfängt oder aufzieht, mit dem, mit dem man zusammenlebt, oder mit dem, den man liebt, der aber mit einer anderen zusammenlebt, vor oder nach der Karriere oder mitten drin."

Die Beschreibungen unserer Lage provozieren ein Lachen unter der Gänsehaut.

BILD ist ja tatsächlich ein Zeitgeist-Seismograph. Die letzte BILD AM SONNTAG fragte: Die wievielte Ehe ist die beste, die dritte oder vierte?

In den Städten wird jede zweite Ehe geschieden, wurde berichtet, und auch die Scheidungsquoten der wiederverheirateten Paare steigen rapide. Es entsteht bei den Wiederverheirateten ein "Dschungel elterlicher Beziehungen": da gibt es in immer mehr Ehen "...meine, deine, unsere Kinder, mit den jeweils damit verbundenen unterschiedlichen Regelungen, Empfindlichkeiten und Konfliktzonen" (U.Beck).

Und in den Zeiten zwischen der beendeten und der nächsten Beziehung wachsen den Kindern Rollen zu, die sie mächtig machen - und gerade deswegen überfordern.

Kinder müssen Erwachsenenrollen substituieren, etwa auf Zeit den erwachsenen Partner ersetzen oder zum Bundesgenossen werden gegen den aktuellen oder ehemaligen Partner, den neuen Feind im jeden Fall. H.E. Richter beschrieb die vielen denkbaren Rollen anschaulich in seinem Buch "Eltern, Kind und Neurose".

Und der Trendforscher Matthias Horx beschreibt viele "Kinder als überforderte Therapeuten, als Tröster in der Midlife-Crisis, als Beziehungersatz für wackelige Erwachsenenpsychen", aber zugleich auch "als Schachfiguren in den Ehekriegen der Scheidungsgeneration."

Kinder werden mächtig und zugleich unendlich geschwächt. Nur eins werden sie immer seltener: erzogen. Statt Erziehung entstünde, so Horx, zwischen den Generationen eine "Gummiwand", zu der vor allem auch die Kumpelei gehöre. "Der Vater wird zum guten Onkel, die Mutter zur fürsorgenden großen Schwester".

Angesichts dieser gehäuften Phänomene wird auch die Wissenschaftslage paradox. Wenn man nämlich darüber nachdenkt, wie man mit dieser Lage umgehen soll, muß ein Urteil gefällt werden. Haben wir es mit einer Krise von Ehe und Familie zu tun? Oder ist das Rennen tatsächlich gelaufen, und zwar in Richtung auf künftig ganz normale postmoderne Lebensformen? Multiple Formen, auf die sich traditionelles Bewußtsein und schwerfällige Institutionen der Gesellschaft lediglich noch nicht eingestellt haben?

Krisenmodell oder Auslaufmodell?

Das Krisenmodell bedeutet: Ehe und Familie brauchen Hilfen in der Krise und zu deren Bewältigung; die Zeitläufte sind ehe- und familienwidrig, also hat die Gesellschaft ehe- und familienentlastende Angebote bereitzustellen, familienstützende, -fördernde, -begleitende Maßnahmen. Kindergärten, sozialpädagogische Familienhilfe, Ehe- und Familienberatung. Leitinteresse: Ehe und Familie als fundamentale oder gar "natürliche" Ordnungen müssen auch unter völlig gewandelten Existenzbedingungen sinnvolle Funktionen haben können, lebensfähig sein können. Ehe und Familie geraten hier in den Sog von "Therapie" im weitesten Sinne. Ehe und Familie leiden unter widrigen Verhältnissen, werden krank, aber ihnen kann geholfen werden. Modell "Patient Familie" halt.

Die andere Betrachtungsweise hält die Trends für unumkehrbar. Sie sind Teil eines gesellschaftlichen Umbaus, eines epochalen gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses. Ehe und Familie sind darin zu immer mehr Selbstmanagement gezwungen. Der Sozialstaat versteht sich nicht mehr vorrangig als Reparaturbetrieb, nimmt sich Stück um Stück zurück. Zugleich soll die Eigenverantwortung wachsen. Wer Risiken eingeht, soll auch dafür bezahlen. Umgekehrt: Nach unserer politisch gewollten neuen Soziallogik kann z.B. die Pflege der Alten in der Familie zum Teil des Familieneinkommens werden. Entweder ihr machts selber und kriegt Geld dafür - oder ihr laßt's andere machen und bezahlt dafür.

Familiarität gerät in den Sog der Dienstleistungslogik.

Krise oder neue Normalität? Wir gebrauchen zur Zeit noch beides: unser gutes Recht, die alten Formen in neuer Freiheit aufzulösen - und unser gutes Recht, auf die bewährten Therapeutika zurückzugreifen, die die alte Ehe immer wieder retten sollen.

Die Lage ist schwierig zu beurteilen. U.Beck dazu: "Wir schlittern ... in ein neuartiges gesellschaftliches Gefüge, für das wir noch keinen Begriff und damit auch keinen Blick haben." Er meint, wenn man mittendrin ist in solchen Prozessen, kann man im Grunde keinen Überblick über sie haben, sie eigentlich auch noch nicht verstehen. Das könnte man nur, wenn man gleichsam darüber stünde. Aber soweit sind wir noch nicht. Das relativiert meine Ausführungen - wie alle ähnlichen Unternehmungen.

Die Dinge sind auf jeden Fall paradox - wie das mir gestellte Thema und wie die Bilder und die Gefühle.

Einige Ehebilder dieser Zeit

Neue Untersuchungen zeigen: in Gegenden, in denen die Dauerarbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit besonders hohe Raten haben, liegen auch die Scheidungszahlen besonders hoch (P.H.Hartmann, K.D.Opp u.a.). Und da auch dort die Frauen doppelt so häufig die Scheidung einreichen wie die Männer, läßt sich daraus z.B. schließen, daß vor allem die Ehebilder der Frauen mit der Wirklichkeit kollidieren. Die Ehebilder in puncto wirtschaftlichem und sozialem Status.

Diese Bilder erweisen sich insgesamt bei näherem Hinsehen als verhältnismäßig konservativ. Die Repräsentativuntersuchung des Deutschen Jugendinstituts über junge Paare (die Veröffentlichung wurde vor 9 Jahren begonnen, also in einer Phase, die man der fortgeschrittenen weiblichen Selbst-Bewußtheit zurechnen kann) hatte z.B. folgende Ergebnisdetails:

Die Wunschbild-Rollenverteilung ist traditionell, und zwar in solchem Ausmaße, daß man zuerst zweimal auf die Zahlen schaut, weil mans für ein Versehen hält; demnach erwarten 86% der jungen Frauen mit Kindern und 80% der Frauen ohne Kinder von ihren Partnern, daß er sie und ihre Kinder versorgt. Zur Begründung gaben die Frauen mehrheitlich an, ihr Partner habe ohnehin beruflich bessere Chancen als sie, außerdem gebe es für sie keine geeigneten Teilzeitstellen. "Eine gesicherte finanzielle Situation wird allgemein als Voraussetzung dafür angesehen, Kinder zu haben: 95% der Befragten gaben an, man solle zuerst seine Ausbildung abschließen. Allerdings waren nur 33% der Frauen der Ansicht, es komme auf die berufliche Absicherung der Frau an. Dagegen erschien 89% die Stellung des Vaters ausschlaggebend."

D.h., in Sachen wirtschaftlicher Absicherung der Ehe ist - im Wortsinne - alles beim Alten.

Weiter: "Niedrig ist der Prozentsatz junger Leute, ... die im Beruf den Sinn ihres Lebens sehen. Nur 18% der Männer und sogar nur 9% der Frauen vertreten diese Auffassung. Dagegen gaben 24% der Männer und 28% der Frauen an, daß sie Kinder als Sinn ihres Lebens ansehen."

Der sinngebende Kinderwunsch verknotet sich mit der wirtschaftlichen Absicherung. Träume vom Sinn sind da, scheitern aber an den realen Märkten oder binden sich an alte Rollenklischees. Und da die heutigen Frauen und Mütter die Arbeitsmarktprobleme nicht lösen können, lösen sie andere Bindungen. Schafft man gemeinsam den Status nicht, der den Kinderwunsch sozial absichert und sinnhaft rechtfertigt, taucht die Hoffnung auf die zweite Chance auf. Vielleicht kommt da beides zusammen. Drei Viertel aller geschiedenen Frauen würden wieder heiraten, steht in der Studie von Eva Dane an

der TU Braunschweig. In diesen Prozessen werden alle Beteiligten immer noch ärmer, im übertragenen und im ganz materiellen Sinne.

Oder Kinderwünsche werden hinausgeschoben, zeitlich verschoben, um die Lage zunächst zu entspannen. Und nicht selten gehen auf dem langen Weg die Wünsche verloren. Sie verlieren sich ins noch kleinere Glück; mit 35 denken dann manche: Vielleicht sind Kinder gar nicht der Sinn meines Lebens, vielleicht ist's mein Partner, vielleicht bin ich der Sinn meines Lebens.

Das Ehebild ist demnach materialistischer geworden - und das Sinngebende bindet sich ans Materielle. Es ist nicht identisch damit, aber daran gebunden. Es ist der Denkfehler, die Ideologie politischer oder geistlicher Mahner, Ehe- und Familienideale einzufordern: Die Menschen sind gar nicht unidealistisch. Aber das Ideal steht längt nicht mehr für sich. Kann es wohl auch nicht.

Unser gesellschaftlicher Fortschritt schien ja gerade auch darin zu bestehen, daß wir die materiellen Ehebegründungen überwinden. Wir stoßen hier auf ein generelles Paradox.

Die früheren Familienformen hatten nämlich eindeutig eine wirtschaftliche Grundlage; das machte erforderlich, daß ein ausscheidendes Mitglied rasch ersetzt werden mußte, wenn der Hof oder der Handwerksbetrieb erhalten werden sollte. Zum einen mußte schon ein ungewöhnlich gravierendes Problem vorliegen, um sich scheiden zu lassen; zum andern mußte man die leergewordenen Positionen rasch wieder besetzen, wenn man z.B. Witwer oder Witwe wurde. Die Zahl der Zweit- und Dritt-Ehen war früher, was viele nicht mehr wissen, sehr groß. Bezeichnend war die kurze Ehedauer. Z.B. in Berlin im Jahr 1875 wurden 36% aller Ehen innerhalb der ersten zehn Jahre beendet - durch den Tod eines Ehepartners. Erst heute besteht die statistische Möglichkeit, mit einem Ehepartner sein ganzes Leben verbringen zu können - aber jetzt, da man lange zusammenleben könnte, läßt man sich scheiden. Statt des biologischen Eheendes haben wir das psychosoziale. Der Fortschrittsgewinn längerer Lebenserwartung und der Möglichkeit der Liebesheirat hat für die Institution Ehe keinen Stabilitätsgewinn gebracht.

Ein anderes Familienbild ist: Familie als Gegengesellschaft. Im Horizont von Harmonie und Selbstverwirklichung.

In ihrem Buch "Vom ganz normalen Chaos der Liebe" handeln Elisabeth Beck-Gernsheim und Ulrich Beck z.B. davon, daß Ehe und Familie immer öfter als Gegenmilieu erhalten müssen, daß immer mehr Menschen ihre Wirklichkeit nur noch dadurch ertragen, daß sie strikt trennen zwischen öffentlichem und privatem Leben. Wir sind eine privatisierende und individualisierende Gesellschaft. Das ist eine weitere der vielen Paradoxien. Noch nie waren in Deutschland so viele Menschen verheiratet wie zur Zeit. Erst 1868 wurden die vielen standesbedingten Ehehindernisse abgeschafft. Zuvor war die Heiratserlaubnis z.B. an den Nachweis einer Vollerwerbsstelle gebunden. Viele Menschen mußten früher von Gesetzeswegen ledig bleiben, durften sich gar nicht an der Sozialgestaltung der Gesellschaft beteiligen. Heute, wo wir's können, stellen wir die Ehe mehr und mehr in den Dienst der Privatisierung unseres Lebens, aus sozialen Bezügen bewußt herausgelöst.

H.E.Richter beschrieb, daß die Privatisierung von Ehe und Familie auch direkt

sozialschädliche Erscheinungen zeitigt: in ihren extremen Formen, die er symptomneurotisch nennt. Er schildert z.B. den symptomneurotischen Familientyp "Festung". Ich kann aus der Sozialarbeit diese Darstellung nachvollziehen: Der Sozialarbeiter besucht einen Jungen daheim, der auf einem Fest einen anderen mit dem Messer verletzt hat; die Mutter sagt: "Das Messer hat er von mir - man muß sich heute doch verteidigen". Familientyp Festung: die Familie betrachtet die sie umgebende feindliche Welt wie aus Schießscharten, ihre Berührungen mit der Umwelt ähneln Ausfälle aus einer belagerten Burg.

Das an sich richtige Wissen, daß es in Sachen Familie etwas zu verteidigen gibt: pervertiert. Aber alles in allem nicht untypisch.

Die Fachleute sprechen vom Individualisierungsdruck, der auf Ehe und Familie lastet - eigentlich auf der ganzen Gesellschaft. Weil es nicht nur einen Gewinn an Individualität gibt, sondern auch Verluste einschließt: wenn mein Partner oder mein Kind den ganzen Sinn meines Lebens ausmachen, dann überfordert sie das, was wiederum bei mir zu Enttäuschungen führt.

Die Ehe, die keinen überindividuellen Sinn hat, sondern den Sinn nur in sich selbst, ist auflösungsgefährdet. Wie ich vorhin schon sagte: Früher mußten die Scheidungsgründe erheblich sein, überindividuell, denn es hingen da landwirtschaftliche oder handwerkliche Betriebe o.ä. mit ihrer Existenz dran. Man war nicht nur Privatperson, sondern hatte zugleich eine Rolle - als Bäuerin oder Bauer, als Meister oder Meisterin. Heute reicht die Überzeugung vom Scheitern einer Ehe für die Trennung aus - und es muß noch nicht einmal die gemeinsame Überzeugung sein. Individualisierung kennzeichnet Begründung, Gestaltung und Beendigung der Ehe. Oder in den Worten von Menne/Adler: "Wenn Ehe und Familie durch soziale Rollen bestimmt sind, die vom einzelnen erfüllt werden müssen, ist es folgerichtig, eine Scheidung an einen schweren Verstoß gegen die von der Gemeinschaft getragenen Normen zu binden. Sobald ins Zentrum aber die individuelle Beziehung zweier ... Partner rückt, die in dieser Beziehung ihr Liebesglück suchen, entsteht ein Erwartungshorizont, der eine Enttäuschung wahrscheinlicher macht und deren Eintreten nur innerhalb der Beziehung beurteilt werden kann."

Wenn wir uns als moderner Mensch dauernd den Sinn unseres Lebens selber geben müssen, so auch den der Ehe, müssen wir auch deren Scheitern privatisieren. Im Begründen, Gestalten und Beenden der Ehe verhalten wir uns, als obs unsere Privatsache wäre.

Dabei sind die Privatisierung und die Pluralisierung familiärer Lebenswelten alles andere als eine Privatangelegenheit. Horx, der Trendforscher, formuliert es fast dramatisch: vor allem Paare mit Kindern seien dabei, "eine gewaltige Schlacht zu verlieren: die um die Tonangabe in der Gesellschaft. Noch bis vor zwanzig Jahren dirigierte die Majorität der Familien mit Kindern Politik, Ökonomie und Kultur. Alle wichtigen Errungenschaften, sei es die Vierzig-Stunden-Woche, die Wochenend-Freizeit, der Sozialstaat oder das öffentliche Schulwesen, wurden von den Familien gefordert, durchgesetzt und bewahrt. Die Kleinfamilien bestimmten den Wohnungsbau und die Urlaubsangebote, die Bausparkassen-Verträge und das Erbrecht. Ihre Interessen dominierten die Warenwelt, die Kulturwelt und die soziale Feinregulierung der Gesellschaft, also das, was sich gehört (und was nicht). Ihre Interessen ermöglichten Wahlsiege, schufen Institutionen und entfachten Ideologien. Familien mit Kindern waren sozusagen der Stoff, aus dem Gesellschaft war. Das ändert sich radikal."

Was für ein Bild! Es zeichnet Ehe und Familie als die großen gesellschaftlichen Verlierer, Industrie und Politik und Medien ohnmächtig ausgeliefert.

Und dabei steht der Familie eine der größten Herausforderungen ins Haus, die die Geschichte kennt: die Bewältigung der generativen Krise, das horrende Altern der Gesellschaft.

Bilder von gestern: die Bilder von morgen?

Was wir haben, ist aus langen Generationen- und Geschlechterkämpfen hervorgegangen. Das Gefühl dafür kommt uns abhanden. Dafür, daß unser kultureller Status verletzbar ist und daß darunter die blanke Gewalt schlummert.

Schon mittelfristig werden uns durch Wissenschaftler heftige Verteilungskämpfe zwischen den wenigeren Jüngeren und den vielen Älteren vorausgesagt - wenn wir bis dahin unsere generativen Probleme nicht "sozialverträglich" lösen.

Diese Kampfvisionen haben archaisch-mythische Dimensionen; es sind sehr alte Bilder von der Generationenkonkurrenz, die da wieder auftauchen: die Mythen, die jahrtausendealten vorwissenschaftlichen Welterklärungsgeschichten, handeln unentwegt auch von solchen Kämpfen. Dies vor dem Hintergrund eines ähnlich wie heute gebrochenen Bildes vom gütigen, weisen, zumindest abgeklärten und bescheidenen Alten und dem bedrohlichen, verbitterten Alten, der um seine Herrschaft gebracht werden muß.

In den alten Geschichten mit ihren aggressiven Sinn-Bildern toben die generativen Kämpfe im Himmel und auf Erden. Die jungen Göttersöhne stürzen die Götterväter, töten sie oder schicken sie in die Verbannung, aufs Altenteil. Von Kronos und Zeus, dem europäischen Zentralmythos, gibt es beide Versionen.

Auch die Austreibung der das Alter repräsentierenden alten Götter ist eine Art Tod: Kronos, der Alte, darf gerade noch die ihm gnädig zugewiesene Insel der Seligen verwalten, die Abenddämmerung. Das Reich der Alten, das sie gelassen bekommen, ist Abend-Land, Lebensabend-Land, der Ort, an dem die alten Götter in ihrer Götterdämmerung dämmern.

Auch in vergleichsweise komfortablen Seniorenparks wird man noch heute halt doch irgendwie geparkt, abgestellt...

Volkskundler und Psychologen sind der Überzeugung, daß unsere Volksmärchen eine pragmatische Vermittlung in dem alten symbolgewordenen Generationenkonflikt sind: der Sohn ist nicht mehr - wie in den alten Mythen - der "gefährliche Jüngste", vor dem sich die Alten hüten müssen, sondern eher ein gutmütiger, ungefährlicher Dummling; der alte König wird auch nicht mehr gestürzt oder getötet, sondern geläutert, überzeugt, sanft gemacht, geheilt. Der Dummling wird zum Thronfolger, indem er für den kranken Alten auf dem Thron z.B. das Wasser des Lebens holt - und sich danach mit ihm die Herrschaft teilt, sein Teilhaber wird. Das wäre also das direkter auf uns gekommene Modell: mit den Alten leben, indem man sie versorgt und die Macht mit ihnen teilt.

Wie die Märchen- und manche Sozialpsychologen meinen, hatte dieses neuere Sinn-Bild eine selten bedachte, aber für unsere Familienkultur wichtige Konsequenz: der alte Konflikt zwischen den Generationen wurde umgebogen, verlagert in den Konflikt zwischen... den Kindern; die Geschwisterkonkurrenz ersetzte die generative. Der Dummling sticht seine viel stärkeren Brüder in der Gunst des alten Machthabers aus. H.-E. Richter hat viele Fälle beschrieben, in denen heutige Eltern das offenbar zu ihrem Nutzen ganz gut hinbekommen: die Konfliktverschiebung von sich und den Kindern weg - unter die Kinder.

Werden diese gebrochenen mythischen Sinn-Bilder vom Alter künftig wieder ganz aktuell? Waren sie jemals ganz verschwunden? Oder waren sie unter uns für ein paar Jahrzehnte nur quasi sozialpolitisch kaschiert?

Der moderne Sozialstaat hatte ja vieles befriedet zwischen den Generationen. Noch im letzten Jahrhundert war eine von Mißtrauen geprägte gegenseitige Absicherungsmentalität zwischen Alten und Jungen weit verbreitet. Lassen Sie mich einen kleinen Abschnitt aus dem Buch von Barbara Beuys "Familienleben in Deutschland" vorlesen:

"Als Johannes Kohlstetter, ein reicher Kiebinger, im vorigen Jahrhundert seinen Besitz verteilte, war er 72 Jahre alt. Die älteste Tochter zählte zu diesem Zeitpunkt schon 43, der älteste Sohn 41 Jahre, und er war seit 13 Jahren Ehemann. Die beiden Alten ließen es sich schriftlich geben, daß jedes der 5 Kinder ihnen 'für die Dauer ihrer Lebenszeit unweigerlich in guter Qualität und kostenfrei in ihre Behausung liefern: 4 Scheffel Dinkel, 2 Scheffel Gerste, 1 Vierling Erbsen und Bohnen, 1 Pfund Butter, 7 Pfund Schmalz und von jedem wöchentlich 2-3 Hafem süßer Milch'. Wie groß muß das Mißtrauen zwischen Eltern und Kindern gewesen sein, wenn ausdrücklich auf die gute Qualität gepocht wird! Wer ärmer war, wie z.B. die Witwe Anna Maria Walter, bekam jährlich 1 Schffel Dinkel, 1 Viertel Gerste, 1/2 Klafter Holz und 25 Büschel Reisig. Der Witwe schwante offenbar nichts Gutes von seiten ihrer Kinder. Sie ließ in den Vertrag aufnehmen, falls 'eines oder das andere sie lieblos behandle, ja sogar mißhandle, oder aber das Leibgeding nicht abrichte oder solches in schlechter Ware abmühen wolle, so behält sie sich ausdrücklich das Recht vor, von einem solchen das Vermögen wieder an sich zu ziehen und damit nach ihrem Gutdünken zu halten und zu walten'."

Doch, die sozialgeschichtlichen Zeugnisse zeigen, daß in unseren Breiten noch vor kurzem Zuneigung und Sicherung aus der Balance waren und daß die mythischen Generationenkämpfe ersetzt waren durch ökonomische Ersatzkämpfe mit ihren vielen fragwürdigen Friedensschlüssen. Was die Kämpfe abflauen ließ, war, daß die Jungen von den Alten und die Alten von den Jungen dank sozialpolitischer Sicherungssysteme voneinander unabhängiger wurden. An die Stelle persönlicher Vertragsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern trat der gesellschaftliche Generationenvertrag. Dieser wird zur Zeit brüchig, manche halten ihn für eigentlich schon kaputt, viele Jüngere möchten ihn ganz und gar aufkündigen, weil die Vertragskosten längst zu drücken begonnen haben, und der Sozialstaat selbst nimmt sich scheibchenweise zurück.

Das Generationengefüge gerät durcheinander wie nie zuvor. Und Familiarität wird nötiger werden denn je. Es wird höchste Zeit, darüber nachzudenken. Darüber, wie wir tatsächlich zusammenhängen, die Älteren und die Jüngeren, und wie wir aneinander gewiesen sind. Es lebe die Familie! Das wäre ein ebenso notwendiger wie ein vernünftiger Wunsch.

Und wie steht es mit den Geschlechterkrieg?

Verschmelzungstrieb und sexueller Bemächtigungs- und Verschlingungsdrang schufen sich einst martialische Formen der Partnerbemächtigung: Ehe kam einst zustande durch Raub, Kauf und Tausch.

Am Anfang der heute nachvollziehbaren Ehegeschichte steht Gewalt, primär männliche, väterliche, die erst allmählich kulturell gemildert wurde. Religion hat ihren Anteil an der Legitimation dieser Gewalt wie an ihrer Milderung, an der Umformung der Bemächtigungsmittel in Symbolisierungen.

Die Eheringe beispielsweise stammen aus der Zeit der Kaufehe. Der Kaufvertrag wurde mit einem Geschenk besiegelt. In alten Zeiten - in Israel, bei den Griechen, Römern, Germanen - war der Ring ein weitverbreitetes Geschenk beim Frauenkauf, und zwar für den Brautvater. Bei den Germanen wurde der Ring dem jeweiligen Überbringer und Verkäufer der Braut übergeben: häufig Brüder und Vormünder der Mädchen. Im 12. Jahrhundert - erst im 12. Jahrhundert ! - hörte unter kirchlichem Einfluß der Brautkauf weitgehend auf. Die Ringe wurden fortan unter den Verlobten ausgetauscht: als Symbol g e g e n s e i t i g e r Bemächtigung. Ein symbolischer Schritt auch zur Menschwerdung der Frau in diesen Breiten!

Ein gewichtiges Frauenerwerbsmittel war auch, die Arbeitskraft für eine Zeit dem Schwiegervater zur Verfügung zu stellen. Im Alten Testament stehen spannende Veranschaulichungen. Die Ehe, ihre Grundformen, Frühformen, sind aller Kultur voraus, und wo sie faßbar sind, begegnen sie unter der Vormundschaft der Familie. Die Ehe hat familiäre Zwecke; sie, die Familie, soll erhalten werden. Deswegen arrangiert die Familie die Ehen ihrer Mitglieder. Eheschließung ist weitgehend ein Handel zwischen Familien, möglichst adäquaten Familien. Und dabei setzt man sich brachial über Menschen hinweg. Die Sicherung der Nachkommenschaft muß mit allen Mitteln erreicht werden.

Zunächst noch eher zaghaft setzen sich auf die naturistischen Elemente kulturistische auf: Rechtmäßigkeit und Dauer wurden unumstößliche Ehekriterien; der Schutz der Frau gegen männliche Willkür fand langsam Eingang in das priesterliche Repertoire.

Die naturistischen Ehebegründungen - Nachwuchserzeugung vor allem - erhielten eine symbolische Qualität zusammen mit einem metaphysischen Überbau, und dies veränderte die Beziehungsqualität der Ehe. Die Ehe bekam eine Funktion im Rahmen der göttlichen Verheißung. Kinder waren sozusagen die Garanten für die Kontinuität des göttlichen Segens und waren insofern selber ein Segen. Vereinzelt taucht dann das zarte Pflänzchen einer Liebeskultur auf - entgegen der übermächtigen patriarchalischen Normierung, in der die Ehe und die Liebe nicht unbedingt zusammenkommen mußten. Die schönste "Grammatik der Liebesrede" (H.Timm) finden wir im Hohenlied: "Mein Geliebter ist mein, und ich bin sein" heißt es dort unter anderem (2,16), und hier ist die uralte Besitzbegrifflichkeit überkreuz gesetzt; nicht mehr einer besitzt den andern, sondern beide gehören einander, beide sind voneinander besessen. Andere Überkreuz-Sätze leuchten von weitem: das "Lieben wie dich selbst", auch das alte Erkennungswort "Das ist ja Fleisch von meinem Fleisch !" blitzt hier auf und rückt die Liebesbeziehung in den Schöpfungszusammenhang.

Die Freiheit, sich aneinander zu verschenken und dabei seine Freiheit aneinander zu

verlieren, weil Sichverlieben auch ein Sichverlieren ist: d a s ist eine Freiheitsberaubung, die um Welten geschieden ist von den alten Raubformen der Ehe. Die Freiheit, sich aneinander zu verschenken und dabei seine Freiheit aneinander zu verlieren

Was zur Zeit im Gange ist, hat grundsätzliche Bedeutung: die Loslösung der Ehe aus der Vormundschaft der Familie. Die bewußt kinderlose Ehe ist eben a u c h eine Verweigerung gegenüber der Familie. Zugleich sind die nicht-eigentlich-familiären Phasen der Ehe viel länger als früher: am Anfang einer Ehe ist meist eine ziemlich lange kinderlose Zeit, und - von wegen höherer Lebenserwartung - am Ende der Ehe auch. Viele Ehepaare haben sich - nach Erfüllung ihrer "familiären Pflichten" - noch fünfzehn, zwanzig oder mehr Jahre lang wieder ganz für sich.

Der tragfähigen Gattenliebe kommt in unserer Zeit tatsächlich existentielle Bedeutung zu.

Die "seelsorgerlichen" Aufgaben sind gestellt. Viele Menschen bedürfen neu der Symbolisierung, der Versprachlichung ihrer Liebe, von der heute mehr abhängt als früher, die aber der Sprach- und Ausdrucksform bedarf: Formen, die viele vergessen oder verloren haben; gerade im Lebenstragenden gibt es große Sprachlosigkeit und wachsende Ausdrucksarmut - in allen Schichten. Die popularisierte Sexualwissenschaft hat a u c h Verwüstung angerichtet, indem sie den Zauber der Liebe entmythologisierte. Und nun steht der aufgeklärte Mensch oft ratlos vor der Situation, die Hermann Timm so beschreibt: "Zwar zählt die freie Partnerwahl zu den großen Errungenschaften der nachromantischen Neuzeit, die idealtypische Liebe aber wird weiterhin als Schicksal erlitten, das einen - gewollt oder ungewollt - übermächtig".

Erinnert sei an die alte Grammatik der Liebesrede mit ihrer überkreuzten Logik. Mit dieser Grammatik vermittelt sich auch, daß Gott Liebe ist - vielleicht die einzige überzeugende Weise, in der viele heute an die Gotteserfahrung herangeführt werden können.

Der Ehe bleiben, auch heute, viele wichtige Aufgaben und Möglichkeiten und muß entsprechende Ausdrucksformen, Symbolisierungen, gestalten:
sie ist der Ort, an dem die Beteiligung des Menschen am göttlichen Schöpfungs- und Erhaltungswerk in besonderer Weise erfahrbar werden kann;
wo erlernt werden kann, wie Konflikte und Aggressionen ausgetragen und aufgelöst werden können, ohne einander zu zerstören;
wo Vergebung eingeübt werden kann;
wo Geben und Nehmen, Gelten und angstfreies Gelten-Lassen erprobt werden und Menschen miteinander und aneinander reifen;
wo sich Individualität und Gemeinschaftsfähigkeit, ja "Gesellschaftsfähigkeit", miteinander entwickeln können;
wo in Intimität und Nähe und Liebe Lebenssinn fundiert wird;
wo am Ende auch das Einander-Lassen und -Loslassen geübt wird.

Wie Kirche Zukunft haben könnte

Referat am 23.10.1998 im Stiftskirchensaal Darmstadt

Seit geraumer Zeit entstehen neue Märkte, religiöse und soziale.

Die Gemeindegründungsbewegungen warten in Sachen religiöser Markt mit imposanten Zahlen auf: über tausend neue Gemeinden in Deutschland im Jahr; für meist jüngere Menschen, die sich dort besser aufgehoben und religiös besser "bedient" fühlen als in der Kirche.

Die klassischen und die neuen Sekten nehmen der Kirche in der Regel nichts weg, was ihr nicht ohnehin schon abhanden gekommen wäre. Der Gemeindegründungsmarkt aber bietet Menschen, denen die "fremde Heimat Kirche" zuwenig gibt, eine Alternative. Es sind häufig gerade noch kirchlich Aktivgewesene, die abwandern. Und: manche der jungen Leute fühlen sich von der Kirche ja auch ungewollt, verstoßen - ohne die Chance zu haben (wie die an sich ungewollten Vikare der EKHN), sich in den Kirchendienst einzuklagen.

Der Sozialmarkt ist politisch gewollt. Daher handelt es sich nicht einfach um eine mehr oder weniger stürmische "Entwicklung", sondern um einen kalkulierten Bruch mit der seitherigen Soziallogik. Dafür spricht die Gleichzeitigkeit dreier marktfördernder Neuerungen, die sich gegenseitig in ihrer Wirkung verstärken: das Selbstkostendeckungsprinzip im Sozialhilferecht wurde abgeschafft, die Pflegeversicherung wurde eingeführt; und Marktmechanismen wurden dadurch in Gang gebracht, daß es nun selbständig wirtschaftende Anbieter geben muß. Zugleich greifen die Kommunen immer häufiger zum Mittel der Budgetierung und verwandeln sich in Holdings, die nur noch den output der sozialen Anbieter kontrollieren - und diese Anbieter kräftig unter Konkurrenzdruck setzen.

Gefördert wird diese Entwicklung auch durch "Europa". Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes fallen auch Tätigkeiten von Religionsgemeinschaften, wenn sie Dienstleistungscharakter haben, unter die Marktgesetze.

Von dieser politisch gewollten Entwicklung sind unterschiedliche kirchliche und diakonische Arbeitsfelder und unterschiedliche Organisations- und Trägerstrukturen unterschiedlich betroffen: in der Gemeindefrankenpflege haben wir die Installation klar privatgewerblicher Kategorien; wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Diakoniestationen etwas mehr tun als das, was die Kassen bezahlen, dann bezahlen sie selbst es mit einem Stück Freizeit, einem Stück eigenen Lebens. In anderen Feldern versuchen die Kostenträger gern, zu einem Handel, einem Deal, zu kommen; der Deal bei der Umstellung der kommunalen Zuwendungen auf Leistungsverträge mit Budgets besteht z.B. darin: eine gewisse Sicherheit auf Zeit gegen Leistungserhöhung, z.B. durch Erhöhung von Gruppengrößen, Bereitschaft zu Selbstevaluation, Leistungsdarstellung/-kontrolle, Kostenrechnung usw..

Was die Märkte mit Kirche und Diakonie machen, ist dramatisch. Entstehende Brüche zwischen fachlichen Ansprüchen und Kosten-/Nutzen-Erwägungen sind vorprogrammiert. Seriosität in der sozialen Arbeit wird z.Z. eher bestraft. Oder auch die Anständigkeit, Mitarbeiterschaften wenigstens nach dem öffentlichen Dienstrecht zu bezahlen (die soziale Sicherung der in sozialen Berufen Arbeitenden galt bislang als

soziale Errungenschaft). Oder auch, daß man die Arbeit schon lange macht, ist eher ein Nachteil auf diesem Markt. Geschichtslose Anbieter sind bevorteilt.

Werden wir noch einmal herauskommen aus der Deckelung von Geldern, von Menschen, von Ethik? Wieweit können wir da überhaupt noch mitmachen? Für mich entscheidet sich die Zukunft unserer Kirche vor allem auch an der Frage ihrer Selbstachtung - wann wird sie aufhören, die Deals mitzumachen; wann wird sie anfangen zu kämpfen? Für die Würde der Menschen, um die sich die Kirche kümmert, und für die Würde der Menschen, die sich tagtäglich kümmern. Die Heilungsgeschichten des Neuen Testaments zeigen auch Kampfmotive: Jesus rang und kämpfte um Menschen; sie von bösen Geistern zu befreien, kostete Kämpfe.

Unsere kirchlichen Verlautbarungen sind dieser Tage irgendwie hochmütig und kleinmütig zugleich. Hochmütig im Umgang mit denen, die der soziologischen und rechenhaften Argumentation überdrüssig sind, von ihrer Kirche solides Handwerk, aber auch Inspiration erwarten; kleinmütig im Blick auf die eigene Zukunft, auf die Chancen des Glaubens. Ich hoffe auf eine Kirche, die entdeckt, daß es zwischen Hochmut und Kleinmut ein entscheidendes Drittes gibt: den Mut. Wenn Kirche Zukunft haben und die Achtung vor allem jüngerer Menschen wiedergewinnen will, braucht sie diesen Mut.

Jedes kirchliche Dilemma hat Geschichte: Daß wir z.B.

- a) die neue soziale Dienstleistungsideologie so rasch verinnerlicht haben, daß wir
- b) vor dem Staat wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen.

zu a)

Das kam ja u.a. heraus bei den kirchensoziologischen Erhebungen der letzten Jahrzehnte: die Evangelischen fragen nicht mehr so sehr: Was ist die Kirche? Was bedeutet mir die Kirche? Sondern vielmehr: Was leistet die Kirche?

Die evangelische Kirche, aus dem Protest gegen das römisch-katholische Leistungschristentum entstanden - Was muß ich religiös leisten, um vor Gott besser zu sein? -, wird heutzutage selbst an Leistungskategorien gemessen. Noch ärger vielleicht: sie läßt sich daran messen!

Dabei liegt es evtl. nur an der Art, wie manche Soziologen die Leute befragen: eher nach Funktion als nach Sinn, daß solche Dinge herauskamen. Sei's drum. Unsere ev. Kirche hat diese Kompromittierung nicht dadurch beantwortet, daß sie sich, theologiestützt, kritisch mit dieser Art, mit ihr umzugehen, auseinandersetzt. Sondern sie hat sich den Schuh angezogen - und sitzt irgendwie in der Falle soziologischer, leistungsethischer u.a. Selbstrechtfertigung.

zu b)

Es gibt ein altes protestantisches Problem mit der Obrigkeit, z.B. mit der Zuordnung von gemeindlicher und politischer Verantwortung. Den Protestantismus hätte es gar nicht auf Dauer geben können, wenn er sich nicht mit dem Autonomieanspruch deutscher Fürsten gegen die päpstliche und die kaiserliche Zentralgewalten getroffen hätte. Die Freiheit von Rom wurde mit der Abhängigkeit von den Fürsten und Stadtregierungen bezahlt. "Thron und Altar": in gewisser Weise lebensnotwendig. Deshalb bestand im Blick auf die soziale Verantwortung und die Wahrnehmung sozialer Aufgaben der Spagat der Reformation darin, die Zuständigkeit der einzelnen und der Gemeinden und zugleich die der Herrschaften zu formulieren (zwei Reiche usw.).

Das ist in gewisser Weise bis heute unser Problem: daß wir vor allem den Staat nicht aus der Verantwortung lassen wollen und Schwierigkeiten haben, das persönliche und gemeindliche Engagement diesem Interesse zuzuordnen. Wir rufen in Kirche und Diakonie viel zu oft, auffällig oft, nach dem Staat - und predigen den Leuten zugleich: Ihr dürft nicht dauernd nach dem Staat rufen, sondern müßt selbst einmal Hand anlegen, eigenverantwortlich werden.

Gravierender noch vielleicht: unsere staatsanaloge Struktur, unsere strukturelle Verstaatlichung. Als sich 1918 am Ende des Kaiserreichs der Vorhang senkte über dem Schauspiel "Staatskirche", da wurde zwar der Titel des Stücks verändert - in "Volkskirche" -, aber die Rollen und die Kulissen blieben die gleichen. Kirche wird immer noch amtsmäßig, behördenmäßig verwaltet: von Inspektoren und Amtmännern, Räten und Oberräten. Da sind auch noch Reste staatlicher Privilegierung, Beamtung z.B. Der Umgang mit Pfarrerschaft und Mitarbeiterschaft ist behördlich. Vor allem auch in Krisen - und unsere Lage ist ja gewissermaßen krisenhaft. Prof. D. Aschenbrenner kennzeichnete kürzlich die Situation dahingehend, daß "die objektive Entwicklung einer schrumpfenden Kirche... zu einer verstärkten Hierarchisierung der Strukturen einschließlich bürokratischer Abstützungsmaßnahmen" führe. Er beobachtet z.Z. eine Betonung hierarchischer Formen, Lust an neuen Zwischenhierarchien und verstärkte bürokratische Abstützungsmuster, die das Gewollte durchsetzen und sichern.

Auf dieser Linie beschreibt im neuesten Hessischen Pfarrblatt Pfr. Christoph Bergner aus Bensheim die gegenwärtigen Planungen unserer Landeskirchenbehörde: sie reduzieren "die Verantwortung der Gemeinden und bürden ihnen zusätzliche finanzielle Verpflichtungen auf"; sie werden "die Kirche teurer und unflexibler machen"; es agiere hier "eine Kirche der Funktionäre" (Hess.Pfarrbl. 5/98, 160).

Das gehört zu meinen Wunschbildern für eine künftige Kirche: eine Kirche, die nicht die alte Kleinstaaterei leitungs- und verwaltungsmäßig fortschreibt, Staat nachäfft, sondern zeitgemäß-rational und geschwisterlich geleitet wird.

Ich sagte eingangs: es entstehen soziale und religiöse Märkte. Wir verlieren auf beiden an Boden, auf jedem für sich. Wir dachten bislang: Naja, mögen andere z.B. Pflege anbieten - wir haben mehr zu bieten, wir sind diejenigen, die die Sinnkompetenz für Leben und Tod haben, für die religiöse Frage. In Wahrheit machen uns andere auch das längst streitig. Es gibt private Anbieter, die auch so etwas wie Seelsorge bereithalten. Wir verlieren auf beiden Märkten die Kompetenz. Mit Verwaltungs- und Strukturreformen ist dem nicht beizukommen, auch nicht mit Umschichtungen von Mitteln innerhalb der Kirche (Bergner kennzeichnet die gegenwärtige Reformsituation in unserer Landeskirche so: sie "geht von einer kirchensteuerbestimmten Kirche aus, die ihre Einnahmen von oben nach unten gnädig verteilt").

Meine Kirche der Zukunft würde versuchen, vom Zusammenhang, von der nicht zufälligen Gleichzeitigkeit der beiden Märkte etwas zu lernen. Es ist ja bedeutungsvoll, daß heutzutage die therapeutischen Randszenen religiös erheblich aufgeheizt sind, daß es an den religiösen Rändern therapeutisch zugeht. Das findet Interesse - und mehr als das. Es ist gerechtfertigt. Es weist auf einen sinnvollen, uralten, urchristlichen Zusammenhang hin: den von Heil und Heilung. In unserer kirchlichen Theorie und Praxis sind die Dinge auseinandergetreten. Eine Kirche, die Zukunft haben will, muß -

wie an ihren Ursprüngen - Theologie und Therapie zusammendenken und zusammen betreiben können, spirituelle und soziale Kompetenz in einem wiedergewinnen.

Exkurs zu den

sozial-spirituelle "Errungenschaften" im letzten Jahrhundert in systemischer Betrachtung.

Im letzten Jahrhundert entstanden zwei gemeindediakonische Formen: es sind die gesellschaftlich erfolgreichsten Modelle der Kirche überhaupt, Kindergarten und Gemeindefrankenflege. Wir sollten zu verstehen versuchen, warum sie so erfolgreich waren - und daraus lernen.

Die Diakonissen waren Grenzgängerinnen zwischen den ca. 100 Jahre zuvor zerbrochenen großen Hilfesystemen Medizin und Religion; beide waren, seit sie getrennte Wege gingen, dem Menschen bzw. seiner Ganzheit viel schuldig geblieben. Der ungeheure Erfolg des Diakonissenmodells im 19. Jh. erklärt sich u.a. daraus, daß die Diakonissen (und z.T. auch die Diakone) an der Nahtstelle beider Systeme tätig waren und einen Zerbruch heilten. Mit pflegerischer und religiöser Kompetenz.

Es gibt unzählige Bruchstellen in unseren Systemen. Hier könnte intentional eine Zukunftsaufgabe liegen. Der Bedarf ist groß, aber die Märkte sind z.T. schon verteilt.

Der Kindergarten war - wie der Schrebergarten für die Arbeiterschaft in der Zeit der industriellen Revolution - tatsächlich die ins Chaos gesetzte Insel, eine Zwischenwelt: die Kinder gehörten nicht mehr ganz nur ihren Eltern, waren aber auch noch nicht völlig vergesellschaftet; Kindergartenzeit: eine Zeit der milden Sozialisation zwischen Privatheit und Gesellschaftsfähigkeit, eine kinderdiakonische Statuspassage. In ihr wurde und wird vermittelt zwischen elterlichen Erwartungen, kindlichen Entwicklungsmöglichkeiten und gesellschaftlichen Anforderungen. Auch heute muß wieder über die Schaffung von Inseln, Zwischenwelten "zwischen Wildnis und Zivilisation" (H.-P.Duerr) nachgedacht werden.

Wie die Studie von Peter Carlberg jüngst zeigte (Wo bleibt der neue Paulus?, in: H.Seibert, Kommunikation der Nächstenliebe, 1998), suchen das jüngere Menschen in der Kirche, vor allem solche mit Kindern, sogar - wie er sie kennzeichnet - "liberale Intellektuelle".

Und wenn um uns schon alles zum Markt wird, dann müßte meine Kirche der Zukunft etwas vorhalten für diejenigen, die sich auf dem Markt der Sinnangebote einkaufen können, was sie anspricht. Auf diesem Markt nicht präsent zu sein, hieße, ihn ändern zu überlassen. Natürlich bliebe es paradox, auf den Markt zu gehen und die gute Nachricht zu verkaufen, daß man leben kann - nur aus dem Geschenk der Gnade.

Und meine Kirche hätte etwas vorzuhalten für die, die sich auf den materiellen und immateriellen Märkten nichts kaufen können, für die sich die diversen Sinnhändler auch nicht interessieren, weil man an ihnen nichts verdient.

Eine solche Kirche der spirituellen und sozialen Kompetenz würde die ebenso verzweifelten wie irgendwie komischen Zeitgenossen ansprechen und sich ihnen geschwisterlich beigesellen, Menschen, von denen Ulrich Beck sagt: Sie reißen sich ständig ihre Wurzeln aus, um zu sehen, ob sie noch gesund sind; sie riskieren sich, um zu sehen, ob sie noch zu retten sind.

DIAKONIE ZWISCHEN MARKT UND AUFTRAG

Referat am 11. Juni 1996 in Ludwigshafen

Seit altersher ist der Markt ein Umschlagplatz, ein Ort des Austausch. Menschen tauschen sich aus und bestimmen den Tauschwert von Informationen und Waren. Auf dem europäischen Markt wird auch der Tauschwert von Humanität diskutiert. Ich komme darauf zurück.

Von woher der Auftrag kommt und wie er in der Kirche je und je verstanden wurde, das will ich als eine kleine Geschichte der Diakonie erzählen. Von den Anfängen bis zu unserer Zeit. Von den Anfängen, die vor der Kirche liegen, in den Geschichten des Neuen Testaments, wo über so manchem notorischen Unglücksraben und Dreckspatz plötzlich ein lachender Himmel aufging. Jesus von Nazareth widerspricht einer alten Ansicht: Gott gehe es um den guten, reinen, feinen Menschen. Jesus behauptet: die Freude Gottes über den in die Gemeinschaft Zurückgeholten, die Freude über den geretteten Verlorenen übersteige Gottes Interesse an den Gerechten. Was wiederum die ordentlichen Leute nicht unbedingt erfreute. Eine Spur von Provokation und Anstößigkeit ist von Anfang an der Diakonie Teil. Die Berührung mit dem Unreinen nämlich, mit der offenen Wunde, dem Aussatz, der Sünde.

Umfragen zeigen: Bürger erwarten eigentlich auch von der heutigen sozialen Arbeit zu allererst so etwas wie soziale Problementorgung - um nicht selbst in Berührung kommen zu müssen mit dem Unreinen, der offenen Wunde, dem Aussatz, der Sünde. Gegen diese ganz alte und ganz aktuelle Gefährdung sind auch die helfenden Berufe selbst nicht gefeit. Als der Psychiater und Historiker Klaus Dörner vor einigen Jahren den Prozeß gegen Pflegerinnen kommentierte, die ihre Patienten umgebracht hatten, sprach er vom tödlichen Mitleid. Die Pflegerinnen, so meinte er, hätten einfach das Elend ihrer Patienten nicht mehr ertragen, vor allem aber die eigene Ohnmacht, nicht helfen zu können, nicht mehr ausgehalten. Es gibt, meinte er, ein Mitleid, das, wenn es nichts gegen das Leiden von Menschen tun kann, sich dann lieber den ganzen Menschen wegwünscht.

Das Aushalten, das Ertragen der Berührung mit dem, womit wir zutiefst nicht fertig werden, ist aller Diakonie Anfang: bei Jesus und heute noch.

Es ist auf eine selten bedachte Weise auch die Wurzel aller Gesellschaftsdiakonie. Horst-Eberhard Richter hat in mehreren Abhandlungen dargestellt, daß eigentlich alle Prozesse der Emanzipation des Menschen von einem alles beherrschenden Gott - seit dem Mittelalter schon der Antrieb gesellschaftlicher Modernisierung - darin bestanden, die eigenen Ohnmachtsängste zu verdrängen, um dafür die Illusion der eigenen, gottähnlichen Allmacht umso größer werden zu lassen. Richter schreibt: "Der psychische Hintergrund unserer so imposant scheinenden neueren Zivilisation ist nichts anderes als ein von tiefen, unbewältigten Ängsten genährter infantiler Größenwahn".

Wer z.B. aidskranke Menschen begleitet, muß etwas leisten, wogegen wir uns seit der mittelalterlichen Gesellschaft auflehnen: die Angst vor der eigenen Ohnmacht ertragen. Dieses Stück Diakonie ist aber nicht nur Überwindung von Berührungs-ängsten und das Aushalten paradox gewordener Werte (schließlich bringt nicht selten die Liebe den Tod), sondern Arbeiten an den Rändern eines großen gesellschaftlichen Selbstbetrugs, des gesellschaftlichen infantilen Größenwahns.

Jesu Zeitgenossen warteten bekanntlich auf das Reich Gottes, das der Römerherrschaft, überhaupt der gottlosen Herrschaft in der Welt ein Ende machen würde. Jesus heilt Menschen und sagt: Jetzt ist das Reich Gottes mitten unter euch, jetzt, wenn ich euch von Dämonen befreie, von Mächten, die euch beherrschen, von dem Ab-gründigen in euch, vor dem euer Verstand am Verstehen scheitert. So ist das Reich Gottes unter euch, als heilende, befreiende Diakonie, als das, was euch wirklich dienlich ist. Diakonie als Anfang der wahren Zukunft. Das künftige Heil greift vor, greift voraus nach uns im Heilwerden von Menschen. Die Herrschaften sind bereits entmachtet, Not, Tod und Teufel. Punktuell zeigt sich das. Wenn Kranke geheilt werden, Not beseitigt, Hunger gestillt wird: dann ist etwas Neues unterwegs zu uns.

Jesu Leiden und Sterben werden von den ersten Christen als Diakonie gedeutet, als überhaupt d e r Dienst Jesu uns zugute. Diakonie heißt ja Dienst.

Alternative Messianität: Jesus herrscht, indem er dient. Im Abendmahlsgottesdienst, in dem schon bald die ersten christlichen Gemeinden des Leidens, Sterbens und Auferstehens Jesu gedenken, hat Diakonie deswegen ihren ersten gemeindlichen Ort: die Armenspeisungen, die früheste Form gemeindlichen Armendienstes, findet im Gottesdienst statt.

Überhaupt: die ersten Christen leben diakonisch. Sie sind bekümmert über das Elend und kümmern sich. Sie sagen nicht: Keine Arbeit, kein Geld, keine Wohnung... das ist doch deren eigene Angelegenheit!, sondern: wo einer leidet, da leiden wir alle mit. Deine Beschädigung, liebe Schwester, lieber Bruder, beschädigt auch mich, deine Verletzung verletzt mich mit und tut auch mir weh. Nicht zuletzt diese Lebensform macht die Ausstrahlung des frühen Christentums aus: für Arme, für Sklaven, für die rechtlosen Frauen. Diese Schwachen, sie bilden den Kern jener Gemeinden, denen dann alle Macht der Cäsaren nichts wird anhaben können. Es war keineswegs nur die Predigt, aus der die frühe Kirche erwuchs. Auch Diakonie machte Kirche.

Die ersten Christen hatten noch dieses ominöse "...wie dich selbst" im Ohr. Man ist es nicht nur anderen schuldig, ihnen zu helfen: man ist es vor allem auch sich selbst schuldig - um nicht allzu weit hinter den gottgegebenen Gaben zurückzubleiben, um nicht zu sehr unter den eigenen Möglichkeiten zu bleiben, dem eigentlich Menschenmöglichen.

Diese Tradition ist nie ganz versiegt, auch wenn dann die Hierarchie in die Kirche kam, das allzu weltliche Muster von Oben und Unten, das sich gern mit den Herren der Welt ein Stück Herrschaft teilt; die soziale Tradition ist nie mehr versiegt, auch wenn die Theologie immer philosophischer, immer verkopfter, immer theoretischer wurde. Die Gebrochenheit der Kirchengeschichte spiegelt sich auch in der christlichen Diakonie. Da gab es über Jahrhunderte beides nebeneinander: die Hingabe und die höchste Glaubwürdigkeit - und das Fragwürdige auch.

Überall im christlichen Abendland entstanden Hospize, christliche Häuser, in denen die

kaputtsten menschlichen Ruinen mit größter Ehrerbietung empfangen wurden - so, als käme der Herr Jesus selbst zu Besuch; in denen die eiternden Wunden aufopfernd behandelt wurden, als gelte es, die Wunden, die die Welt Jesus geschlagen hatte, an den Ärmsten der Armen quasi wiedergutzumachen. Das gab es mitten in Zeiten, in denen es gang und gäbe war, den geistlichen und weltlichen Herrschaften zu dienen: das Bemühen, den Schwächsten und Geringsten dienlich zu sein. Sich Stärkeren unterzuordnen, ist nichts Besonderes; sich in den Dienst von Schwächeren zu stellen, ist christlich. Die Achtung gerade auch vor dem hilfebedürftigen Menschen: sicher eine selten bedachte Wurzel unserer Sozialordnung. Wo diese Achtung verlorengeht, verlieren wir uns - in einem vorkulturellen Dschungel.

Diese Gestaltung christlicher Liebe blieb nicht ungefährdet. Offenbar mußten die meisten der Getauften mit einigem Druck zu sozialem Verhalten gebracht werden. Augustinus sagte das so: Die Armen sind die Lastesel für eure Seelen in den Himmel. Füttere deinen Esel! Der heilige Chrysostomos sagte: Gäbe es keine Armen, dann würden viele eurer Sünden nicht erlassen; die Armen sind es, die eure Wunden heilen. Gemeint war: wenn du den Armen dienst, dienst du dir auch selbst, tust etwas für deiner Seelen Seligkeit in Zeit und Ewigkeit. Barmherzigkeit als Himmelsgeschäft, Seelenkommerz. Theologisches Helfersyndrom. Den Armen war's recht, fiel doch bei diesem Handel auch einiges für sie ab.

Luther hielt dagegen: Ich werde durch Gutestun nicht besser. Das ist Werkgerechtigkeit, ein untauglicher Versuch der Selbstheiligung. Umgekehrt sei es: "Wo der Glaube ist gerechtfertigt, so folget gewiß Frucht hernach." Ich soll nicht helfen, um vor Gott gerecht dazustehen, sondern wenn ich vor Gott gerechtfertigt bin, kann ich gar nicht anders, als Liebe zu verströmen. Luther schrieb mit an Armenordnungen für Städte und evangelische Kirchengemeinden: in einer fast modern anmutenden Ordnung für die kleine Gemeinde Leisnig entwarf er ein Sozialprogramm mit vielen in-teressanten Elementen: wie Selbsthilfe und Selbstverantwortung gestärkt werden können; über vorbeugende Maßnahmen, damit es in vielen Fällen gar nicht erst zur Verarmung kommen muß; Schuldnerberatung und Entschuldungsmöglichkeiten kommen zur Sprache; oder daß Bildung wichtig ist gegen das soziale Verkommen. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß dieser Luther-Text weniger bekannt ist.

Es waren dann vor allem angelsächsische Protestanten, die den Lutherischen vor-warfen, sie hingen an billiger Gnade, sie dächten halt: wenn ich durch Gutestun nicht besser werden kann, warum sollte ich dann überhaupt allzu viel Gutes tun? Aus lauter Angst vor Werkgerechtigkeit täten sie fast gar keine guten Werke mehr. Und so kamen die Anstöße für die neuzeitliche evangelische Diakonie zu einem großen Teil aus der angelsächsisch geprägten Erweckungsbewegung. Der reformatorische Glaube bedurfte selbst neuerlicher sozialer Reformanstöße.

Zuvor schon hatte es einen starken Gegendruck gegeben: aus den mittelalterlichen Städten heraus, die in vielem an reformatorisches Gedankengut anknüpften, sich aber von reformatorischen Sozialtraditionen auch früh emanzipierten. Es entstand hier - erstmals in Europa - ein säkulares Gemeinwesen-Gefühl. "Objekt der Fürsorge wurden nur noch die eigenen, die städtischen Armen, die sich durch entsprechende Ausweise kenntlich machen mußten; das Hospital- und Armenwesen wurde wie an-dere städtische Einrichtungen durchgeplant und effektiviert, und die Armen wurden im Sinne bürgerlicher Vorstellungen zu erziehen, umzuformen, auf den rechten Weg zu bringen

versucht" (B.Schneidmüller). Helfen wurde zum In-die-Reihe-Bringen, wurde zu einer bestimmten Form der Einpassung und der auch durchaus gewalt-samen Einfügung in die allgemeine Zucht und Ordnung. Die vielen Armen und Pflegebedürftigen wurden nicht mehr als Herausforderung an unser Potential an Mitmenschlichkeit angesehen, sondern als Bedrohung des Gemeinwesens. Helfen und Bestrafen rückten nahe zusammen.

Es setzten damals schon vier Entwicklungen ein, die fortan neben den christlichen Vorstellungen herliefen, sie z.T. in den Hintergrund drängten oder sich mit ihnen vermischten:

- die Kommunalisierung der Hilfe,
- die Rationalisierung, die vieles am seitherigen Helfen als Sentimentalität abtat,
- die Bürokratisierung, die die Hilfebedürftigen erfaßte und ordnete,
- und die Pädagogisierung des Helfens.

Es traten Programme zwischen Gefühl und Mensch, zwischen Wahrnehmung und Handeln. Von der Spannung aus diesen neuen Prinzipien und den einfachen Zuwendungsformen der Menschenliebe haben sich Hilfsklima und Helfermentalität bis heu-te nicht befreit. Und nicht so selten geschah und geschieht es seitdem, daß wir den hilfebedürftigen Menschen nach unserem Bilde machen.

Bis ins 18. Jahrhundert hinein waren Heilkunst und Glaube, Medizin und Christentum, noch gemeinsam gegangen. Körper, Seele und Geist sollte in einem geholfen werden. Dann kam es zu einem großen Bruch. Die Medizin schwenkte zur wissenschaftlichen Rationalität über, und die Theologie besann sich dementsprechend wieder auf ihr scheinbar Eigentliches, das Geistliche. Beide blieben fortan dem ganzen Menschen einiges schuldig.

Im 19. Jahrhundert schlug die große Stunde der evangelischen Diakonie. Anknüpfend an urchristliche Vorbilder wurden der Diakon und die Diakonisse neu erfunden. Und der nahezu sensationelle Erfolg dieses evangelischen Modells hing sicher damit zusammen: die Diakonissen pflegten nicht nur, sondern sie beteten auch mit und für die Kranken. Sie agierten genau an der Bruchstelle zwischen den helfenden Systemen. Sinn und Funktion fanden in ihrem Handeln wieder zusammen. Sie arbeiteten nicht nur an der körperlichen und seelischen Heilung, sondern auch an der Heilung der Zerstückelung des Helfens, an seinem Zerfallen in Zuständigkeiten. Helfende Rationalität und Spiritualität waren in ihrem Tun wieder beieinander.

Das Zusammenbekommen von Sinn und Funktion ist bis heute ein Problem. Am stärksten sinnbedürftig sind Menschen nach wie vor, wenn sie an den Apparaten hängen.

Überall im Land entstanden im letzten Jahrhundert evangelische Hilfsvereine, Vereine der Inneren Mission; evangelische Christen konnten und wollten sich nicht mehr abfinden mit der nahezu undiakonischen Staatskirche, die die sozialen Probleme der Industriearbeiterschaft - natürlich heftig diskutierend - vertändelte. Evangelische Bürger machen die Diakonie zu ihrer Sache. Und die Sache wurde groß. Christliche Vereine gründeten und unterhielten Kindergärten, Waisenhäuser, Behindertenheime und vieles andere. Ohne diese evangelische Diakonie wäre das Ansehen der Kirche bei den Arbeitern und den kleinen Leuten ganz zum Teufel gegangen.

Das Vereins- und Verbands-Modell zog Kreise; 50 Jahre nach der Inneren Mission entstand katholischerseits die Caritas; auch ein bedeutender jüdischer Wohlfahrtsverband; und auch die Arbeiterbewegung suchte einen vergleichbaren sozialverbandlichen Zusammenschluß, auch er existiert noch: in Gestalt der Arbeiterwohlfahrt. Freiwilliges soziales Engagement wurde Träger und Ausdruck für Gesinnung. Dieses Engagement war man sich schuldig: als solidarischer Arbeiter, als evangelischer, katholischer oder jüdischer Bürger. Und hatte zuvor die Kritik an den sozialen Verhältnissen immer subversiv geklungen und nach Revolution gerochen, so konnte man jetzt als Bürger und Arbeiter sozial sein, ohne radikal sein zu müssen.

Aus dem im Grunde kirchenkritischen Ansatz der Vereinsdiakonie entstand eine Haltung, die sich bis heute weiterentwickelt hat - und die eigentlich ein Dilemma geworden ist, an das sich die Kirche der Reformation nicht gewöhnen konnte: Diese Kirche war entstanden in Abkehr von einer werkgerechten Leistungsreligion. Die Mitgliedschaftsbefragungen der letzten Jahrzehnte zeigen: Die Mitglieder fragen nicht so sehr "Was ist die Kirche?", "Was bedeutet Kirche?", sondern sie fragen "Was leistet diese Kirche?" Die im Protest gegen religiöse Leistung und gegen fromme Selbstrechtfertigung entstandene Kirche kann sich heute anscheinend für viele nur noch durch soziale Leistung rechtfertigen. Die Kirche daran zu bemessen: darauf wäre vor dem letzten Jahrhundert wohl kaum jemand verfallen.

Und dann setzte Sozialpolitik ein: weil die sozialen Risiken der Industriegesellschaft einfach zu groß waren; viele hatten ja nichts als ihre Arbeitskraft - und die war unter gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen ständig gefährdet. Sozialpolitik: Aus dem hilfebedürftigen Menschen sollte fortan ein Bürger mit einem Rechtsanspruch auf Hilfe werden - gerade nicht allein auf gesinnungsethische Freiwilligkeit und Zufälligkeit angewiesen. Gesetze zum Arbeitsschutz entstanden, zur Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung; aus der kaiserlichen Reichsversicherungsordnung sind heute noch Teile gültig. Gleichzeitig wurde z.B. das Elternrecht eingeschränkt, ein Streikverbot erlassen, die Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Die Zeit beginnender Sozialpolitik im letzten Jahrhundert war ein Gemenge aus Fürsorge und Unterdrückung.

Und: Sozialpolitik änderte die sozialen Einstellungen. Natürlich wurde vieles viel besser, versicherungs-, versorgungs- und fürsorgemäßig - aber ich mußte nun auch nicht mehr meines Bruders Hüter sein, sondern als erwerbstätiger Mensch setze ich den Staat durch meine Abgaben instand, sozial zu handeln. Und es sind ja genug Abgaben! Darüberhinaus bin ich zu nichts verpflichtet. Sozialpolitik ersetzte in gewisser Weise Solidarität. So konnte es geschehen, daß, als in der Bundesrepublik der Sozialstaat in höchster Blüte stand, eine deutliche soziale Abkühlung einsetzte, die Gleichgültigkeit gegenüber der Not wuchs. Und manche Sozialwissenschaftler prognostizieren ja Eiszeiten. Und nun beginnt der Sozialstaat, der Solidarität verzichtbar erscheinen ließ, sich zurückzunehmen - was ist unter uns noch da an Anteilnahme am Geschick der Armen? Wenig, sagt die Sozialforschung: dazu ist auch die eigene Ab-stiegsangst viel zu groß geworden.

Die Zeit beginnender Sozialpolitik war der Beginn eines historischen Arrangements, das bis heute nachwirkt. Der werdende Sozialstaat hätte ohne die Hilfevereine, Schwestern- und Bruderschaften und ihr freiwilliges Engagement kein Fundament gehabt, wäre nie geworden, was er geworden ist. Andererseits konnte es bei rein freiwilliger Sozialarbeit nicht bleiben. Es mußte ein Weg gefunden werden, wie die von

Vereinsmitgliedsbeiträgen und Spenden finanzierte soziale Arbeit mit der staatlichen Verpflichtung zur sozialen Hilfe verbunden werden konnte. Wie kann man die Dinge verlässlich regeln, ohne das Engagement kaputtzumachen? Die in der Welt einmalige Lösung bestand in einer Soziallogik, die in der Fachsprache Subsidiarität heißt und im Bundessozialhilfegesetz z.B. so klang: "Wird die Hilfe im Einzelfall durch die freie Wohlfahrtspflege gewährleistet, sollen die Träger der Sozialhilfe von der Durchführung eigener Maßnahmen absehen..." Wozu sich die freie Wohlfahrtspflege imstande sah, das sollte sie mit Vorrang auch tun können, und der Staat sollte sie instand setzen, ihre profilierte soziale Arbeit zu tun. Eine Art Treuhänderschaft, erstmals in der Weimarer Republik gesetzlich verankert, von den Nazis abgeschafft, dann wieder 1961 im Bundessozialhilfegesetz und Jugendwohlfahrtsgesetz eingeführt. Und wenn es nach Bonner Vorstellungen geht, demnächst wieder praktisch abgeschafft. Wofür sich Adenauers CDU bis vorm Bundesverfassungsgericht verkämpfte, wird den politischen Nachfahren zu teuer.

Durch die subsidiaritätsgestützte Einbindung der Wohlfahrtsverbände in die Erbringung sozialer Pflichtleistungen flossen immer mehr staatliche Mittel auch in die Diakonie. Schon längst würden die Vereins-Mitgliedsbeiträge, die Spenden und Kollekten, aber auch die durchaus erheblichen Zuschüsse aus den Kirchensteuern nicht mehr ausreichen. Denn die soziale Arbeit ist teuer geworden, nicht nur, weil sie umfänglicher und fachlicher geworden ist. Die helfenden Berufe verdienen noch immer nicht glänzend, aber sie wurden doch aufgewertet; evangelische Schwestern etwa arbeiten nicht mehr für Gotteslohn oder ein kleines Gestellungsgeld, sondern werden nach den Tarifen des Öffentlichen Dienstes bezahlt, und die seit den 70er Jahren akademisierten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter genießen mit ihren BAT-identischen Gehältern schlicht die Normalität öffentlichen Dienstrechts. Und das wurde bis vor kurzem noch als wichtige soziale Errungenschaft betrachtet: die soziale Absicherung der sozial Tätigen.

Seit kurzem gibt es privatwirtschaftliche soziale Arbeit, etwa Pflegevereine, die, um ins Geschäft zu kommen, zu Dumpingpreisen arbeiten; ich kenne Pflegerinnen, die sich radikal selbstausbeuten, die mit einem 8-Stunden-Tag dann natürlich nicht hin kommen und gern auf Urlaubsansprüche verzichten, um im Geschäft zu bleiben. Was ist passiert?

Früher waren sich alle Regierungen und Parteien darin einig, daß es wenigstens einen gesellschaftlichen Bereich geben sollte, in dem die beinahe allumfassenden Spielregeln der industriell-wirtschaftlichen Geschäftslogik nicht gelten sollten: der soziale Bereich. Deshalb mußten z.B. die helfenden Vereine gemeinnützig sein, durften keine Rücklagen, kein Kapital bilden. Seit Änderungen im Bundessozialhilfegesetz vorletztes Jahr ist das Bedarfsdeckungssystem praktisch abgeschafft, ist der soziale Markt eröffnet, und er weitet sich wie ein Lauffeuer aus. Hilfeeinrichtungen werden zu Dienstleistungsunternehmen, Anbieter werden zu Konkurrenten, Patienten werden zu Kunden. Und zu Quasi-Käufern sozialer Dienstleistungen. Das Soziale soll und wird wohl auch etwas Geschäftsmäßiges werden, etwas Kommerzielles. Die industriell-wirtschaftliche Marktlogik hat nun die letzte Bastion gestürmt. Das war nicht schwer, denn die Tore waren politisch weit aufgestoßen. Von Bonn wie von Brüssel her. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes fallen auch Tätigkeiten von Religionsgemeinschaften, wenn sie Dienstleistungscharakter haben, unter die Marktgesetze. Ein einheitlicher europäischer Sozialraum ist zwar noch nicht da, aber die Träger der freien Wohlfahrtspflege kommen künftig wohl nicht umhin, der Qualitätsstrukturierung des europäischen Marktes durch die DIN EN ISO 9000ff.

entsprechen zu müssen und sich vermehrt gegeneinander und gegen ausländische Anbieter in Konkurrenz behaupten zu müssen.

Der Markt wird als Reich der Freiheit hochstilisiert, die Privatisierung sozialer Sorge wird wie ein Licht der Befreiung illuminiert. Da ich auch den anderen Märkten schon nicht glaube, daß dort der Kunde König ist, weil ich in Kunden Opfer z.T. recht gewaltsamer Marktstrategien sehe und weil alle Märkte ihre Marktversager produzieren: darum sehe ich diesen Bruch mit unserer seitherigen Soziallogik mit gemischten Gefühlen. Der Sturm auf den Sozialkunden hat auf jeden Fall begonnen.

Rasch hat sich in Fachliteratur und politischen Texten die Sprache verändert: statt des Klienten - das war auch schon kein berückend schönes Wort - begegnet uns nun der Leistungsanwender, der Nutzer oder eben besagter Kunde. Gern geht ein neues Sprechen einer veränderten Wirklichkeit voraus, der Boden wird sprachlich bereitet. Ich werde nun eine Weile diese Sprache sprechen, um Entwicklungen zu veranschaulichen - und will zum Ende meines Vortrags hin wieder zur menschenfreundlichen Sprache zurückzufinden versuchen.

Merkwürdige Dinge geschehen augenblicklich mit und in der freien Wohlfahrtspflege. Zahlreiche freie Träger sozialer Arbeit, auch diakonische, haben bemerkenswert rasch auf den sozialpolitischen Kurswechsel reagiert:

> Altherwürdige Vereine oder Stiftungen mutierten zur Gesellschaft mit Aufsichtsrat (statt der alten ehrenamtlichen Vereinsvorstände) oder wurden zweigeteilt in einen Idealverein (nach dem seitherigen Modell) und ein davon rechtlich abgetrenntes Segment, das durch und durch ökonomisch geführt werden kann, z.B. auch Rücklagen erwirtschaften, Kapital ansammeln kann.

> Es entstehen Holdings, die GmbHs unter sich versammeln und damit außerhalb der üblichen kirchlich-diakonischen wie der staatlichen Planungsstrukturen arbeiten, auch außerhalb des öffentlichen Dienst- und Arbeitsrechts; die sich also darstellen wie jene "Privaten", die ansonsten in Konkurrenz zu diakonischen Anbietern stehen. Herkömmliche diakonische Anbieter bekommen also Außen- und Binnenkonkurrenz. Gesellschaften unter Holdings entwickeln in der Regel ein eigenes Gehalts- und Leistungsmodell und Managementstrukturen. - Das mühsam geschaffene kirchlich-diakonische Arbeitsrecht geht, glaube ich, schweren Zeiten entgegen.

> Daß man künftig - getreu der Service-Logik - im Extrem eigentlich nur noch ein Haus und ein Management braucht und alles andere durch "angemietete" Service-Unternehmen (von denen man sich ggf. auch wieder risikolos trennen kann) tun lassen kann - also Ernährung, Reinigung und ... die Pflege ! - , realisierte z.B. eine Caritas-Einrichtung in Frankfurt/M.

> Man kann auch ganze Einrichtungen "mieten": irgendjemand tritt als Sponsor auf, und die Diakonie steigt ein als Betreiber.

> Vor allem private Anbieter überlegen offenbar zur Zeit, ob sie Hilfebedürftige nicht gleich in die Billiglohnländer schaffen - nachdem es z.T. Probleme mit dem Import von pflegenden Billiglohnkräften (z.B. aus Osteuropa) nach Deutschland gibt.

Mit solchen Konzepten werden nicht nur Einkünfte und Mitarbeiterschaften "flexibilisiert", sondern auch die Räume, in denen Hilfe geschieht, werden "bewegt".

> In einigen Kirchengebieten versucht man, die alten Modelle zu retten, indem die Differenzen zwischen tatsächlichen Unkosten und der Kostenerstattung etwa durch die Pflegekassen aus Kirchensteuermitteln ausgeglichen werden - was in Großstädten etliche Millionen jährlich kostet. Man versucht da sozusagen ein Moratorium zu schaffen, zu "überwintern", bis sich die öffentlichen Finanzierungen evtl. wieder besser darstellen - oder bis die private Konkurrenz ebenfalls nicht mehr rentabel arbeiten kann. Weil's eben gar nicht wirklich ein freier Markt ist, sondern ein Preisdiktat der Kassen.

> Erste diakonische Unternehmungen werfen aber auch bereits das Handtuch, sind der neuen Situation nicht gewachsen. In der ambulanten Krankenpflege zeigen sich erste Verwerfungen.

> Und es gibt auch das: Mitarbeiter traditioneller Einrichtungen machen sich mit dem dort erworbenen Wissen selbständig und nehmen ihre Klienten gleich mit.

Vor allem auf vier Erfordernisse muß sich die Diakonie zur Zeit, wie es scheint, mehr und mehr einrichten:

1. auf neue kommunale Steuerungsmodelle und solche auf Länderebene: auf Budgetierungen und Formen des Kontraktmanagements (dort wird die Kommune zur Holding, die überprüft, ob der output der sozialen Dienstleister stimmt).
2. Die Diakonie wird sich einlassen müssen - und das sollte ihr nicht schwerfallen - auf die sog. Kundenorientierung, die Orientierung an den Bedürfnissen der Leistungsnehmer. Der herkömmlichen Sozialarbeit wurde in Politik und auch in Fachliteratur zunehmend vorgeworfen, mehr von eigenen internen Bedürfnissen als von denen der Leistungsempfänger bestimmt gewesen zu sein, aus Klienten Objekte organisierter Hilfe gemacht zu haben. Sozialarbeit gewinnt zur Zeit mehr und mehr Aushandlungscharakter zwischen Anbietern und Kunden, wird Tauschmarkt.
3. Sie muß sich an den gesellschaftlichen Bedarfslagen orientieren. Und die gesellschaftliche Bedarfslage wird uns kurz und bündig vorgehalten: Deregulierung; d.h. Sparen. Und täuschen wir uns nicht: sehr viele Landsleute sehen vieles in der Sozialarbeit als eine Art Luxus an, den man sich eine Weile leisten konnte.
4. Und sie muß sich an ihrem evangelischen Selbstverständnis orientieren. Diese Aufgabe und dieses Problem sind grundsätzlich nicht neu. Neu ist, daß künftig "Weltanschauung" in Form von Dienstleistungsproduktion und ihrer Konkretion entsprechend auch schon im Angebot glaubwürdig zu machen sein wird.

Bei christlichen Trägern sozialer Arbeit grassiert die Sorge, daß es Glaubwürdigkeitsprobleme geben könnte: wenn die "Kunden" merken, daß sie es trotz des kirchlichen Anspruchs andererseits mit einem "ganz normal gewinnorientierten" Betrieb zu tun haben. Die neue Soziallogik birgt die Gefahr einer Glaubwürdigkeitsfalle.

Die Grundsatzfragen, die durch die neue Marktorientierung sozialer Arbeit aufgeworfen werden, sind gravierend. Defizite werden bewußter. An sich gerät soziale Arbeit durch marktwirtschaftliche Mechanismen ziemlich unzweifelhaft unter Säkularisierungsdruck. Die Diakonie muß nun wirklich unter ökonomischen Bedingungen evangelisches Profil entwickeln - andernfalls reihte sie sich schlicht ein in den grassierenden Sozialkommerz. Und würde überflüssig. Entweder Kirche und Diakonie denken sehr bald gemeinsam darüber nach, wie und ob man Effizienz und Ethik neu zusammenbekommt, oder so mancher Pleitegeier schwebt über so mancher

diakonischen Einrichtung - oder so manche diakonische Einrichtung entflattert der kirchlichen Bindung.

Vor ein paar Tagen habe ich einen getroffen, der schon mehrere kirchliche Einrichtungen, die sich nicht mehr rechnen, aufgekauft hat und privatwirtschaftlich weiterbetreibt. Er hat die Mitarbeiterzahl und deren Einkünfte gekürzt, die Leistungsstandards etwas abgesenkt - und schon rechnet es sich.

Das Dilemma ist klar: Gesichtlos darf die Diakonie nicht werden; dafür hat sie zuviel Geschichte. Sie hat aber auch zuviel Gewicht, um einfach auszustiegen.

Die klassische Formulierung besagt, die Diakonie sei Lebens- und Wesensäußerung der Kirche. Die neue soziale Dienstleistungslogik: sie zwingt dazu, dieses eigentlich Konkurrenzfähige zu benennen, das Protestantische in unserer Sozialarbeit, das Rechtfertigende, Versöhnende, Befreiende. Dieser Zwang, gegenüber Kassen und Kunden nun auch christliche Standards der sozialen Arbeit definieren zu müssen, ist nicht nur negativ. Es tut uns a u c h gut, über bestimmte Fragen nachzudenken und sie zu beantworten: Was heißt denn Nächstenliebe bei der Intimpflege pflegebedürftiger Menschen oder beim Füttern?

Kompetenz und Konfessionalität. Die Frage, wie das zusammengehen soll, kommt wieder unter neuen konkurrenzwirtschaftlichen Vorzeichen. Daß es trotz allem gehen könnte, zeigen die aktuellen sozialarbeitswissenschaftlichen Entwürfe, die ich im Zusammenhang mit dem Stichwort "Kundenorientierung" bereits kurz erwähnte, die Aushandlungskonzepte. Eben damit Sozialarbeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht zu einer Service-Industrie verkommt, nicht zu einer postmodernen Form der Asozialismen-Produktion wird, nicht säkulare schematisierte Programme ausspuckt: eben darum ist das Aushandeln als Prinzip künftiger Sozialarbeit auch ein mögliches Gegengift, weil es auch ein Austausch über Werte und Sinn ist. Zwischen Klienten und Helfern muß ein Sinnkonsens erarbeitet werden. Künftige Sozialarbeit als soziale Dienstleistung ist eine Werte kommunizierende Interaktion zwischen Anbieter und Kunde. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen entscheidet der Identifikationswert eines Angebots.

Die aus dem Rechtfertigungsglauben entstandene Kirche müßte eine soziale Arbeit anbieten können, die auf die Rechtfertigungsfragen eingeht, die z.B. altgewordene Menschen stellen. Sie fragen offen oder verdeckt nach dem Sinn ihres Leidens, nach der Rechtfertigung ihres Lebens. Sie fragen, ob sie noch Zukunft haben. Warum gerade mir das ?, fragen sie, wenn es ihnen im Alter nicht gut geht, und: wie habe ich das verdient? Und: warum besucht mich keiner?

Mit helfenden Handgriffen ist es nicht getan, wenn Menschen nach der Rechtfertigung eigentlich ihres ganzen Lebens fragen. Dann ist es gut, wenn jemand da ist, der davon weiß: "Wenn ich auch darniederliege, so werde ich wieder aufstehen; und wenn ich auch im Finstern sitze, so ist doch der Herr mein Licht." So steht es im Alten Testament.

Dem Menschen zum Wiederaufstehen verhelfen! Und dieses Wiederaufstehen: es kann das Aufstehen, der Aufstand gegen die Lebenslügen sein.

Carl Rogers, einer der Väter der modernen Beratungsarbeit, schreibt im Vorwort seines Buches über die "klientbezogene Gesprächstherapie" (1972), das Buch handle "von dem Klienten und mir, wie wir mit Verwunderung die starken ordnenden Kräfte

erleben, die in diesem ganzen Vorgang sichtbar sind, Kräfte, die tief zu wurzeln scheinen im Universum"; das Buch handle "vom Leben, wie es sich im therapeutischen Prozeß offenbart mit seiner blinden Gewalt und seiner furchtbaren Zerstörungskraft, die doch mehr als aufgewogen wird durch seine strukturierende Kraft, wo immer ihm Gelegenheit zur Entwicklung gegeben ist." Das klingt ganz anders, als sich viele Beratung vorstellen - und viel religiöser: von wegen, daß da gleichsam etwas von außen kommt, das dem Ganzen eine Wendung gibt. Es gibt offenbar eine Begegnungsmetaphysik in der sozialen Arbeit, und die Diakonie braucht sie nicht zu tabuisieren, sondern kann sich zu ihr bekennen.

Also: Menschen kommen in unsere Beratungsstellen mit ihren Konflikten. Und wenn die Beratung in die Tiefe gegangen ist, dann gerät sie nicht selten an den Punkt, den die Fachleute den Nullpunkt nennen.

Es kann der Augenblick der Wahrheit sein: Zwei Menschen, die sich gegenüber sitzen und miteinander sprechen, werden sich der letzten Ausweglosigkeit und der Verstrickung bewußt. Und wissen eigentlich nicht mehr weiter. Sie erfahren schlagartig: Eigentlich kann ich dir nicht mehr helfen, und eigentlich kannst du mir nicht helfen, im Grunde können wir uns gegenseitig nicht mehr helfen. Ich werde mir durch dich meiner Verlorenheit bewußt, und du wirst dir durch mich deiner Verlorenheit bewußt (Bonhoeffer). Diakonie geschieht noch immer an den Grenzen des eigentlich Menschenmöglichen. Da stellt sich dann die große Angst ein: vorm Absturz, die Angst, ins Nichts zu fallen. Und schlechte Beratung wird dann nach allen möglichen Krücken und Halteseilen suchen, um es nicht so weit kommen zu lassen, um nicht ins Leere zu stürzen. Luther sagt: "Es kann nicht etwa auch noch außerhalb der Hand Gottes fallen, wer außerhalb seiner selbst fällt. Stürze also hindurch durch die Welt; wohin stürzest du dann ? - doch in die Hand und den Schoß Gottes".

Wenn wir uns und andere um diese Erfahrung bringen, werden wir die zentrale evangelische Erfahrung nicht machen können, nicht erfahren können, was eigentlich Gnade ist, daß man tatsächlich aus Gnade leben kann, daß da, wo man denkt, es sei alles aus, alles verloren, sich Sinn neu einstellt; daß wir gehalten sind, gerade, wo wir denken, wir gingen verloren. Daß man aus der Enttäuschung leben kann, daß das vermeintliche Ende ein neuer Anfang ist. Das predigt die ev. Kirche. Die Diakonie erlebt jeden Tag: Welt ging verloren für jemanden, und er wurde neu geboren, konnte sich und andere wiederfinden, Leben neu entdecken. Nicht durch Ausweichen und Verstecken.

Oder: Was bedeutet es eigentlich für unser Leben und Zusammenleben, wenn in der Kirche für das Wichtigste gehalten wird, daß wir versöhnt werden, entschuldet, daß wir nichts so nötig brauchen, wie daß uns jemand von dem befreit, von dem wir uns selbst nicht freisprechen können? Wie es etwa beim Propheten Micha heißt: "Er wird sich unser wieder erbarmen und all unsere Sünden in die Tiefe des Meeres werfen."

Manchmal höre ich Leute sagen, wenn sie einen Zehn-/Elfjährigen mit einer Zigarette im Mund sehen: man müßte sie ihm wegnehmen! Oder: man müßte dem jungen Burschen das Motorrad, das er sich angeschafft hat, eigentlich wegnehmen; er ist doch der Kraft dieses Maschine noch gar nicht gewachsen. So etwas höre ich öfter, und ich überlege dann immer, ob da echte Besorgtheit ist - oder vielleicht auch so etwas wie Neid. Bei Menschen wird's halt nicht ganz eindeutig. Gott, so predigen wir, ist eindeutig: im Geben und im Nehmen.

Wir hören im Religions- und Konfirmandenunterricht von dem Gott, der uns viel gibt: das

Leben, die Freude, die Fähigkeit zu lieben, das Glück, geliebt zu werden, den Geist der Erkenntnis, die anderen Menschen, ohne die es nicht zu leben lohnte.

Doch Gott ist nicht nur im Geben barmherzig, sondern auch im Nehmen, im Wegnehmen, im Auf-sich-Nehmen. Im Gottesdienst sagen wir: Es war ja auch dein und mein Kreuz, das Jesus sich auflud und getragen hat. Was sagen wir in der Diakonie, wenn wir sehen?:

Menschen spülen ihre Angst, ihr schlechtes Gewissen, ihr ungeklärtes Problem hinunter. Menschen gehen unter in ihrer Wehmut, wollen ihr Leben mit-wegwerfen, zusammen mit dem, womit sie nicht fertig werden. Beispielsweise in der diakonischen Suchtkrankenhilfe oder der Beratungsarbeit mit jungen Menschen, die versucht hatten, sich das Leben zu nehmen, oder auch in der Arbeit mit Straffälliggewordenen: da ist es ein Stück unverwechselbar religiöser Therapie, daß wir Menschen sagen kön-nen: Gott schmeißt nicht dich weg, aber deine Schuld. Sei es die, die du dir selbst gibst, oder die dir andere geben oder von der du glaubst, daß Gott sie dir anlastet. Auch die, die du dir selber nicht verzeihst.

Wenn einer in Beratung und Gespräch sich dem stellt, was ihn fertig macht, ihn belastet, und wenn er das glauben lernt, daß Gott alles Belastende von ihm nehmen will und ins tiefste Meer wirft, dann kann er gesund werden. Diese Erfahrung machen wir in der Diakonie tatsächlich. Wenn Erziehung, Beratung und Pflege wirklich gelingen, dann ist das immer Arbeit und Gnade, Leistung und Geschenk, Fachlichkeit und Offenheit für eine Hoffnung.

Was da zusammenkommt, das läßt sich kommunizieren, aber eigentlich nicht kommerzialisieren, ist marktwirtschaftlich gar nicht einzufangen, hält aber jeder Konkurrenz stand.

WAS DER MARKT MIT MENSCHEN MACHT

Am Beispiel der Menschen in stationären Einrichtungen der Altenhilfe (1994)

Seitdem wir in der stationären Pflege sogenannte Marktbedingungen haben, sind eigentlich alle Träger, die kein flüssiges Eigenkapital haben, ständig in einer riskanten Lage. Und seitdem die Träger selbständig wirtschaften müssen, wird das g a n z e Feld zur Risikozone, für alle Beteiligten, für Träger, für Mitarbeiterschaften und für die Heimbewohnerinnen und -bewohner auch:

> für Träger, weil sie Kosten einsparen müssen und dabei gleichzeitig die Personaleinsatzbedingungen umorientieren müßten, was aber kaum geht: die Personalanhaltswerte waren unter ganz anderen Heim-Bedingungen entwickelt worden, und deren Weiterentwicklung erfolgte nicht im notwendigen Maße; das heißt: der Personalbedarf ist eigentlich wesentlich höher, als er sich heute schon darstellt - und müßte nach den jetzigen Markterfordernissen niedriger sein. Die unternehmerische Aufgabe ist paradox gestellt. Weiter: die Personalkosten machen in "normalen"

Altenhilfeeinrichtungen über 70% des Haushalts aus, die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind über 40 Jahre alt, sind in den höchsten Gehaltsstufen; aufgrund der wachsenden Belastungen ist der Krankenstand nicht gerade gering. - Oder: wer schon lange in der stationären Arbeit engagiert ist, sieht sich, anders als die neuen Sozialunternehmen, vor dem Problem, daß die Baulichkeiten vor Jahrzehnten anders konzipiert wurden, als es heute erforderlich wäre (zur Zeit des Altenheim-Baubooms wurde im Schnitt mit mindestens 75% Heimbewohnern und maximal 25% Pflegebedürftigen gerechnet; die Relation hat sich umgekehrt);

> für die Mitarbeiterschaften, weil das vorhandene Personal mehr Leistungen erbringen muß, ohne mehr Zeit kosten zu dürfen. Und weil es Leistungen erbringen muß, für die man eigentlich nicht ausgebildet und angestellt wurde, z.B. für die Arbeit mit gerontopsychiatrisch kranken Menschen, die inzwischen schon etwa die Hälfte der Heimbewohner ausmachen. Weil die Träger ja sparen müssen, werden die Mitarbeiterschaften mit mancherlei Zusätzlichem traktiert: ihre Arbeitszeiten, ihr Arbeitszeitvolumen, ihre Arbeitsorganisation, ihre Tätigkeiten werden überprüft - und die nun geforderte Pflegedokumentation und Pflegeplanung hatten die früher ausgebildeten Pflegekräfte ja auch nicht oder nur rudimentär gelernt. Gleichzeitig sollen die Mitarbeiterschaften den markt- und wettbewerbsfähigen, kundenorientierten Serviceteamer verkörpern, der die neue Pflegerealität akzeptabel machen soll. Die Überforderungssymptome häufen sich;

> für die Heimbewohnerinnen und -bewohner, weil ihr Aufnahme-Durchschnittsalter ständig wächst und ihre Heimverweildauer, richtiger: Überlebensdauer, immer kürzer wird, weil ihr Anspruch auf ganzheitliche, aktivierende, rehabilitative Pflege gar nicht eingelöst werden kann (s.o.), und weil sie sich überwiegend in einem Zustand befinden, der die Aufnahme neuer, tieferer menschlicher Beziehungen weithin ausschließt. Denn schließlich kommen fast alle ins Heim, weil die vorauslaufenden Bemühungen anderer um sie an einen Endpunkt gekommen sind, weil die Angehörigen und/oder die mobilen Pflegedienste sich mit der Pflege endgültig überfordert sahen. - Die Risiken für Heimbewohnerinnen und Heimbewohner sind zudem deswegen gewachsen, weil auch zwischen gerontopsychiatrisch veränderten Menschen erheblich mehr Konflikte entstehen, als sie Heimbewohner früher erlebten. Um die Aktivitäten dementer Menschen untereinander in einem sozialverträglichen Rahmen zu halten, bedürfte es vielerorts des Mehreinsatzes von Personal usw. usw.

Dieses Syndrom wirkt sich - natürlich - auf die Stimmung aus, und diese Stimmung wandert hin und her zwischen den Beteiligten, sucht Schuldige, findet Opfer und erzeugt ein aktuelles Höchstmaß von unternehmerischer, von Lebens- und von Arbeitsunlust.

Als weitere frühfaule Frucht des Pflegeversicherungsgesetzes entstehen Klassen: unter Anbietern, unter Insassen und beim Personal auch. Denn das bisher Gesagte gilt seltener für die Seniorenparks, in die man sich einkaufen kann, wenn man wirtschaftlich und auch sonst noch fit ist. Das Pflegeversicherungsgesetz ist nicht nur zutiefst ungerecht, weil gesellschaftlich unsolidarisch, finanziert, sondern bewirkt auch krasse Entsolidarisierungen. Auf allen schon angesprochenen Ebenen.

Die tägliche Überforderung der Mitarbeiterin und des Mitarbeiters schlägt als gewollte oder un-gewollte Distanzierung gegenüber den Pflegebedürftigen zu Buche; der ohnmächtige Zorn über die größer werdende Schere zwischen Pflege-Ethos,

-Kompetenz und Pflegerealität läßt den Wunsch nach einer Drachenlederhaut - wie weiland bei Siegfried - verständlich werden. - Soziale Verhaltensweisen zwischen Heimbewohnern weichen zunehmend krassen Geronto-Utilitarismen. - Und die Träger denken vernehmbar nach über veränderte Betriebs- und Personaleinordnungsstrukturen (die Entsolidarisierung zwischen Träger und traditioneller Form der Mitarbeiterschaft zeigte sich wohl am deutlichsten in Catering-Modellen u.ä., wie etwa dem der Caritas in Frankfurt/M., wo man nicht nur die Verpflegungs- und Reinigungsdienste von außen ins Haus holte, sondern auch die Pflegedienste selbst; der vielgeschmähte Dritte Weg im kirchlich-diakonischen Arbeitsrecht erscheint angesichts heute möglicher Artenvielfalt in Rechts- und Betriebsformen in fast verklärtem Licht).

Was besonders traurig stimmt, ist, daß die Entsolidarisierung auch innerhalb der Mitarbeiterschaften zu wachsen scheint. Anstatt sich zwischen Pflege- und Sozialdiensten stärker zu vernetzen, wie es auch sachlich geboten wäre, grenzt man sich offensichtlich stärker voneinander ab. Manche Fachleute sprechen bereits von der Verdrängung der Sozialarbeit aus den Heimen. Schlimm genug, daß die Sozialhilfeträger die soziale Betreuung zunehmend als überflüssig ansehen, die Bedeutung des "Kommunikativen" ignorieren, auch den Sinn von Angehörigenarbeit, von fachlichem Beistand in der Eingliederungsphase ins Heim. Schlimmer noch, daß offenbar keine Tradition im Miteinander von Pflege und Sozialarbeit erwachsen war. Um den jetzigen Entwicklungen begründet entgegensteuern zu können, wäre es nötig (gewesen), Schnittstellen-Konzepte zu entwickeln, Konzepte der Schnittstellen vor allem von Pflege, Hauswirtschaft und sozialen Diensten, ausgehend von Fragen wie: Wo müssen wir zusammenwirken, wo bilden wir um eines humanen Pflegekonzepts willen Netzwerke, um gemeinsam der Deklassierung der Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen zu widerhandeln?

Stattdessen gibt es Konkurrenz, und die Sozialarbeit gerät unter noch mehr Legitimationsdruck. Wenns eng wird, macht man sich selbst gern breit. Doch ist die Entsolidarisierung unter Mitarbeiterschaften nicht klug und weise. Ohne Solidarität der verschiedenen helfenden Systeme gerät auch das dominante System, die Pflege, alsbald in ein Ghetto. In ein dann sehr, sehr einsames.

KIRCHE UND DIAKONIE HABEN MITEINANDER PROBLEME **Nachdenken über eine doppeldeutige Überschrift**

(in: blick in die kirche. Informationen aus der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 2/1997, 6-8)

Seit geraumer Zeit entstehen neue Märkte, religiöse und soziale. Die Gemeindegründungsbewegungen warten mit imposanten Zahlen auf: über tausend neue Gemeinden in Deutschland im Jahr; für meist jüngere Menschen, die sich dort besser aufgehoben und religiös besser "bedient" fühlen als in der Kirche. Die klassischen und die neuen Sekten nehmen der Kirche in der Regel nichts weg, was ihr nicht ohnehin schon abhanden gekommen wäre. Der Gemeindegründungsmarkt aber bietet

Menschen, denen die "fremde Heimat Kirche" zuwenig gibt, eine Alternative. Es sind häufig gerade noch kirchlich Aktivgewesene, die abwandern.

Der Sozialmarkt ist politisch gewollt. Daher handelt es sich nicht einfach um eine mehr oder weniger stürmische "Entwicklung", sondern um einen kalkulierten Bruch mit der seitherigen Soziallogik. Dafür spricht die Gleichzeitigkeit dreier marktfördernder Neuerungen, die sich gegenseitig in ihrer Wirkung verstärken: das Selbstkostendeckungsprinzip im Sozialhilferecht wurde abgeschafft, die Pflegeversicherung wurde eingeführt; und Marktmechanismen wurden dadurch in Gang gebracht, daß es nun selbständig wirtschaftende Anbieter geben muß. Zugleich greifen die Kommunen immer häufiger zum Mittel der Budgetierung und verwandeln sich in Holdings, die nur noch den output der sozialen Anbieter kontrollieren. Und dann ist da ja auch noch "Europa". Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes fallen auch Tätigkeiten von Religionsgemeinschaften, wenn sie Dienstleistungscharakter haben, unter die Marktgesetze, also auch die Arbeit der Diakonie. Ein einheitlicher europäischer Sozialraum ist zwar noch nicht da, aber die Träger der freien Wohlfahrtspflege kommen künftig wohl nicht umhin, der Qualitätsstrukturierung des europäischen Marktes durch die DIN EN (Europa-Norm) ISO 9000ff. entsprechen zu müssen und sich vermehrt gegeneinander und gegen ausländische Anbieter in Konkurrenz behaupten zu müssen. Und neben all dem hat der Sturm auf den Sozialkunden begonnen. In größeren Städten haben es die privaten Konkurrenten der Diakonie, der Caritas und der anderen Verbände der freien Wohlfahrtspflege in kürzester Zeit auf Marktanteile von über 50% gebracht.

Kirche und Diakonie haben Probleme, gemeinsame Markt-Probleme. Und sie gehen damit um wie gewohnt: sie stellen als erstes die eigentlich altbekannten Propriumsfragen. Jetzt natürlich unter verschärften Bedingungen. Es ist jetzt kein rein akademischer Diskussionsgegenstand mehr, sondern betrifft Arbeitsfelder und damit Existenzen, wenn in der Kirche gefragt wird: Was ist eigentlich unser Eigenes, und was können wir uns darüberhinaus noch leisten? Und wie es zur Zeit aussieht, droht auch dieses Mal nicht viel Besseres einzufallen als schon bei früheren Talfahrten. D.Aschenbrenner kennzeichnet die Situation dahingehend, daß "die objektive Entwicklung einer schrumpfenden Kirche... zu einer verstärkten Hierarchisierung der Strukturen einschließlich bürokratischer Abstützungsmaßnahmen" führe, und dahinter stehe "der Glaube, daß das geistliche Amt den soziologisch konstatierten Verfall oder auch Erosionsprozeß der Kirche durch ideologische Absicherung aufhalten könnte".

Und in der Diakonie wird zum tausendsten Male gefragt, was denn das besondere evangelische Profil diakonischer Sozialarbeit sei. Nur, dieses Mal müssen manchmal auch tragfähige Antworten gefunden und formuliert werden, weil nunmehr dieses "Besondere" Teil eines konkurrenzfähigen Markt-Angebots sein muß - und dann auch Teil einer vertraglich vereinbarten "Dienstleistungs-produktion". Andernfalls gehen mit den seitherigen Privilegien Marktanteile verloren - und damit Arbeitsplätze. Die Verwandlung von Patienten und Klienten - auch schon keine berückend schönen Wörter - in sogenannte Kunden, Leistungsabnehmer oder Nutzer zwingt zu einer neuartigen Verhältnisbestimmung zwischen Ethik und Effizienz: Wie kann unsere soziale Arbeit evangelisch profiliert und wirtschaftlich zugleich sein?

Doch, Kirche und Diakonie haben Markt-Probleme. Und dagegen hilft nicht mehr der Verweis auf die eigene Integrität und die Gefahren des Marktes: natürlich ist der Kunde in einer Marktwirtschaft nicht wirklich König, sondern auch Opfer ausgeklügelter

Marktstrategien; natürlich gibt es Marktverlierer - und natürlich geht in einem wenig kontrollierten Anbietermarkt die Sonne über Gerechten und Ungerechten auf, gibt es im religiösen und sozialen Markt Kriminelle, die Gutgläubigkeit und Hilfebedürftigkeit mißbrauchen. Die ersten betrügerischen Pflegefirmen sind aufgefliegen, und die Scientologen sind wegen Religionsmißbrauchs schon lange im Gerede. Und natürlich bildet der Sozialmarkt je nach Kaufkraft der potentiellen Kunden auch wieder Klassen: erst-, zweit- und drittklassigen Sozialservice. All diese Einwände werden nichts mehr nützen. Gegen gutbegründete Einsprüche haben sich die sozialpolitischen Lenker und die Kassen schon seit längerem immunisiert. Kirche und Diakonie werden mit der veränderten Marktlage leben müssen.

Sie haben dieses gemeinsame Problem wohl auch deswegen, weil sie zu wenig gemeinsam haben. Das zeigt ein Vergleich mit einem wiederum anderen Marktsegment. Wo Religion - man verzeihe mir die gängige Marktsprache - besonders gut "läuft", geht es auch ausgesprochen therapeutisch zu. Und die neueren therapeutischen Szenen sind religiös geradezu aufgeladen. Was zeigt, wie groß die Nachfrage ist nach heilsamem Glauben, nach dem, was in der Therapie über das eigentlich Menschenmögliche hinausgeht. Nach dem, was auch in der Bibel zusammengehört.

Nach den schlimmen Erfahrungen von Kirchen und Innerer Mission im Dritten Reich haben sich die Landeskirchen nach 1945 zwar in der Regel ihre Diakonischen Werke kraft Kirchenrechts zugeordnet, sind Mitglieder in ihren Diakonischen Werken und nehmen dort Satzungsrechte wahr, haben also das rechtliche Nebeneinander in ein zum Teil kompliziertes Verbundenheitsmodell verändert. Aber beim faktischen Nebeneinander von Glaube und Dienst und von Theologie und Therapie ist es organisatorisch, personell und auch konzeptionell geblieben. Ebenso in der öffentlichen Wahrnehmung.

Untersuchungen zeigten: Diakonie und Kirche, Sozialarbeit und Theologie sprechen z.T. ganz unterschiedliche Sprachen. Und hinter diesen unterschiedlichen Sprachen stecken oft auch recht unterschiedliche Menschenbilder und Wirklichkeitsvorstellungen. Und beide, Kirche und Diakonie, haben auch weithin ihre eigene Klientel und arbeiten mit ihrer Hilfe je eigener Methoden und produzieren jene Erfahrungen, die sich selbst rechtgeben und sich selbst genügen. Das gilt auch für die gemeindliche Diakonie: nur selten sind Kindergarten und Gemeindecrankenpflege wirklich mit dem pastoralen Konzept verbunden; meist laufen auch da, auf diesem relativ engen Raum, die Dinge nebeneinander her.

Dieses Nebeneinander war zum einen recht praktisch, zum anderen eine spezifische Altlast. Praktisch war, daß man sich nebeneinander eigentlich ganz gut einrichten konnte. Die Predigt störte nicht die faktische Sozialarbeit, und die Sozialarbeit hatte keinen Einfluß auf die Theologie. Beide konnten sich bei Bedarf auch kräftig kritisieren. Die Theologie ist doch sozial funktionslos, sagten die einen und hatten irgendwie recht. Und die anderen konnten sagen: diese säkulare Sozialarbeit hat doch mit Jesu Diakonie und mit seinem größten Dienst uns zugute, seinem Leiden und Sterben, nichts gemein - und hatten auch irgendwie recht.

So wurden Grundfragen über Jahrzehnte offen gehalten: Gibt es eigentlich eine evangelische Sozialarbeit? Oder gibt es höchstens evangelische Sozialarbeiter und -arbeiterinnen? Ist die Entkoppelung von Theologie und Diakonie ein "tödliche Gefahr" (G.K.Schäfer) oder die einzig legitime Möglichkeit, der säkularen Welt angemessen helfend zu begegnen? Müssen sozialwissenschaftliche und theologisch begründete

Konzeptionen nicht wenigstens kompatibel sein und darauf hin überprüfbar? Müßte die Kritik von M.Josuttis, "daß die Helferpraxis der Kirche sich durchweg nicht-religiöser Methoden bedient", nicht als Anfrage an Theologie und Sozialwissenschaften verstanden werden? Muß nicht in einem völligen Neuaufschwung darüber nachgedacht werden, wie "auch der Helfer wieder dem Heiligen" begegnen können kann (H.Lindner), wie helfende Rationalität und religiöse Erfahrung gleichzeitig werden können?

Eine spezifische Altlast ist das Nebeneinander von Kirche und Diakonie, Glaube und Dienst, Theo-logie und Therapie seit der lutherischen Orthodoxie: aus lauter Angst vor eventueller Werkgerechtigkeit, vor dem nicht ganz selbstlosen Hintergedanken, tat man lieber gar nichts, was unter dieses Verdikt hätte fallen können (in der modernen Helfermotivität gibt es übrigens eine vergleich-bare Blockade: seit W.Schmidbauer, H.E.Richter u.a. den "hilflosen Helfern" attestierten, daß sie durch Helfen stark sein wollten, weil sie eigentlich schwach sind, daß sie gebraucht werden wollten, weil sie eigentlich geliebt werden wollten, gehen viele zu ihrer eigenen Hilfemotivität auf Distanz).

Eine Altlast ist die Staatskirchenzeit: neuzeitliche Diakonie hatte kirchenkritische und -reformerische Anstöße; evangelische Christen wollten und konnten sich nicht mehr abfinden mit ihrer Kirche, die die sozialen Folgen der industriellen Revolution weithin ignorierte; sie machten die Diakonie zu ihrer eigenen Sache. Diese Eigenmächtigkeit, dieses protestantische Wahrnehmen allgemeinen Priester- und Diakonentums wurde lange nicht wirklich verziehen. Noch tiefer reichten dann die Kränkungen eines Rollentauschs am Ende des Kaiserreichs und der Staatskirche: der neue deutsche Staat tauschte die Partner aus, die Pastoren wurden aller Staatsfunktionen entledigt, die Innere Mission rückte in ordnungspolitische Funktionen ein, wurde - mit Unterbrechung durch die Nazizeit - zum kalkulierbaren Teil des Sozialstaats. Der Sozialstaat brachte viel Gutes. Hilfebedürftige hatten erstmals einen Rechtsanspruch auf Hilfe. Aber ich mußte in diesem Wohlfahrtssystem auch nicht mehr meines Bruders Hüter sein. Als Steuer- und Abgabenzahler setzte ich den Staat instand, direkt oder via Wohlfahrtspflege zu helfen. Sozialpolitik ersetzte weithin Solidarität. Auch christliche. Die sog. Kerngemeinden denken in sozialen Fragen heute kaum anders als die Mehrheit der Bürger.

Erinnerungen

Die ersten Christen leben diakonisch. Sie sind bekümmert über das Elend und kümmern sich. Eigentlich, so sagen sie, sind wir miteinander verbunden, ja verwachsen, sind wie Glieder an einem Leib, am Leib Christi. Sie können daher nicht sagen: Keine Arbeit, kein Geld, keine Wohnung... das ist doch deren eigene Angelegenheit!, sondern: wo einer leidet, da leiden wir alle mit. Deine Beschädigung, liebe Schwester, lieber Bruder, beschädigt auch mich, deine Verletzung verletzt mich mit und tut auch mir weh. Wenn einer sein Kind schlägt, dann schlägt er auch mir ins Gesicht, und wenn einer einem Afrikaner in den Bauch tritt, dann trampelt er sehr grundsätzlich auf der Menschenwürde herum, auch auf meiner. Und wenn einer sagt: das ist natürlich alles schlimm geworden, aber eigentlich trifftts uns ja nicht, dann muß ich sagen: das trifft mich sehr wohl. Jede Mißachtung der Menschenwürde zielt auch auf mich. Jeder, der einen Menschen und eines Menschen Ehre angreift, greift auch mich an. Und wenn mir das egal wäre, dann hätte man auch meine Selbstachtung schon mitzerstört.

Und wenn den Sozialhilfeempfängern etwas genommen wird und wir uns nicht mitbetroffen fühlen, dann geht man alsbald ans Arbeitsrecht und wird danach an die

Renten gehen. Wenn die Rechte der wehrlosen Glieder der Gemeinschaft beschnitten werden und wir so handeln, als hätte es nichts mit uns zu tun, dann stehen die nächsten Übergriffe ins Haus. Wenn ein Körper sich nicht wie ein Körper verhält, wird er auch nicht mehr so behandelt. Was nicht zusammenhängen will, wird noch weiter auseinandergerissen. - Diakonie ist barmherzig u n d solidarisch, und das eine ohne das andere ist sang- und klangloses Christentum.

Die Diakonie ist in dem Maße vergleichsweise mächtig geworden, in dem die solidarische und spi-rituelle Substanz schwächer wurde. Die öffentliche Bedeutung der Wortverkündigung schrumpfte, die öffentliche Bedeutung der kirchlichen Wohlfahrtspflege schwoll an. Diakonie richtete sich in einer paradoxen Situation wohnlich ein: mit dem Anspruch zu dienen teilhaben an der gesellschaftsüblichen Form der Macht. Die Diakonie wurde stärker und zugleich abhängiger von öffentlichen Steuerungen. Sie wurde in dem Maße von staatlichen Einflüssen abhängiger, in dem sie von der Kirche unabhängiger wurde. Öffentliche Steuerung ebnete aber die Profile der freien Wohlfahrtspflege ein; soziale Arbeit wurde sich immer ähnlicher, ganz gleich, wer sie verantwortete. Und nun nimmt sich der Sozialstaat selbst zurück, Stück für Stück. Ca. 80 Jahre nach dem Abschied von der Staatskirche beginnt der ratenweise Abschied von der "verstaatlichten" Diakonie, beginnt ihre Erfahrung mit der fremden Heimat Wohlfahrtsstaat.

Es gibt Altlasten. Daher haben es geschichtslose Organisationen auf den gegenwärtigen sozialen und religiösen Märkten einfacher.

All dies berührt nicht nur Strukturen, Organisatorisches und Institutionenbeziehungen. Es schlägt längst durch auf die menschliche Ebene.

Menschen können in der Diakonie ihren Glauben verlernen. Von einer pietistisch geprägten Pflegeschülerin hörte ich: Mein diakonisches Ethos ist in dieser christlichen Klinik überhaupt nicht gefragt, gefragt ist meine möglichst reibungslose Einpassungsfähigkeit und -willigkeit in einen vorgeformten therapeutischen Prozeß - und wenn ich mich als Christin einbringen will, dann störe ich den Ablauf, bin dysfunktional. - Das persönlich Tragfähige und das jeweils Gesellschaftsfähige fielen auseinander. Sinn und Funktion trennten sich. Und zwar genau da, wo sie besonders nah beisammen sein müßten.

Entsprechendes in der Kirche: Kirchenmitglieder, so zeigen es die Umfragen, wollen eine sozial kompetente Kirche. Nur wird dort ihr diakonisches Eigenengagement weder ausreichend entwickelt noch abverlangt. Immer mehr soziale Kompetenz wandert aus der Kirche aus; und es sind meist die jüngeren und dynamischeren Leute, die sich dann anderen Sozialorganisationen zuwen-den, z.B. Amnesty oder Greenpeace. Auch in der Kirche fallen für viele Mitglieder Sinn und Funktion auseinander. Diakonie lernen in der Kirche: das gelingt anscheinend kaum.

Innere und äußere Emigrationen schwächen Kirche und Diakonie, beschädigen beider "Markt"-Chancen. Womit wir wieder am Anfang dieses Nachdenkens angekommen sind.

Diakonie und Liturgie

Die Redaktion wünschte ein Nachdenken speziell dazu. Das Gebet gehört zur Liturgie - und zur Diakonie. Die modernen Kommunikationswissenschaften haben umfassende

Beziehungen zwischen Sprechen, Denken, Gefühl, Willen und Tun nachgewiesen. Der häufig bemühte Gegensatz zwischen Sprechen und Tun erweist sich als theoretisch und z.T. als konstruiert: Sprechen kann sehr wohl als eine abgekürzte Form des Tuns verstanden werden. Und: gerade auch Sprechen erzeugt Wirklichkeit.

Das liturgische Gebet ist eine Sprachform, die Verschiedenes sein kann: ein Befragen Gottes in der Form der Bitte; eine Auseinandersetzung, ein Ringen mit Gott, ja eine Anklage; ein Eintreten für andere vor Gott in der Form der Fürbitte; ein Schrei, ein Ruf um Hilfe; Eingeständnis von Schuld, ein Sündenbekenntnis; Bekenntnis des Glaubens als Ausdruck des Einverständnisses (u.a. nach G. Ruhbach).

Das Gebet ist selbst Diakonie, es handelt - in dreifacher Weise -

- vom Dienst Gottes an uns, von Gottes Diakonie, die unserer vorausgeht,
- vom Dienst gegenüber anderen Menschen, die ich Gott darbringe,
- vom Gottes-Dienst: weil hier auch Hören, Antworten und Hingabe des Glaubens geschehen können.

Das Gebet, speziell auch das liturgische, ist genuin diakonisches Sprachgeschehen.

Diakonie-Präsenz in der Liturgie

Diakonie-Präsenz ist thematisch und personal gemeint. Zu letzterem wäre zu erinnern an Apostelgeschichte 6. Dort finden wir die Überlieferung von der Einsetzung der sieben zu Tische dienenden Männer, der Diakone. Zweierlei geht aus dieser Schilderung hervor: die klare Unterscheidung zwischen der Verkündigung und der praktischen Hilfe einerseits; andererseits deren Zusammengehörigkeit; hier ist ein Modell liturgischer Verzahnung von beidem. Das Gebet ist die Aussendung; der Aussendungscharakter der Diakonie weist auf einen unaufgebbaren Zusammenhang hin: diakonisches Handeln ist stellvertretendes Handeln für die christliche Gemeinde. Deshalb bedarf die Diakonie der Einbindung in die Praxis der gemeindlichen Versammlung. Zusammenhanglos geschehende Diakonie nimmt die Gemeinde aus ihrer Verantwortung.

Zu den Rechten und Pflichten des diakonischen Amtes gehörten nicht nur soziale, karitative, pflegerische Tätigkeiten, sondern auch Rechte und Pflichten im gottesdienstlichen Bereich. Bereits im 2. Jahrhundert hatte sich der liturgisch-diakonische Charakter des Gottesdienstes dergestalt gefestigt, daß es zu Funktionsteilungen zwischen Liturg und Diakon kam. Diakone verantworteten die Lesungen, assistierten bei der Spendung, leiteten den Gemeindegesang und die Gebete, sie übten offiziell die "stille Wache über der Ordnung" des Gottesdienstes; oft predigten sie.

Es war wohlbegründet, daß im Gottesdienst nicht einer allein amtieren sollte. Der Vielfalt gemeindlicher Lebenswirklichkeit und Wirksamkeit sollte die Vielfalt der von ihr beauftragten Personen entsprechen - und sie alle sollten sich im gemeinsamen Dienst um den Tisch des Herrn versammeln. Eine frühe Gestalt allgemeinen Priestertums, das den Streit um die liturgische Amtsanmaßung noch nicht kannte.

In Gemeinden und Kirchen mit dezidierter reformierter Tradition gibt es dieses Miteinander von Liturg und Diakon durchaus noch, z.B. in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, in Holland. Dort ist die diakonische Kompetenz der liturgischen Stücke schon personal gewährleistet: vor allem die Fürbitten und die Kollektenempfehlungen kommen aus unmittelbarer Betroffenheit, aus den Erfahrungen im Dienst gemeindlicher

Diakonie.
Diakonie im Gottesdienst: möglich und geboten.

PROGNOSTIK, DIE DIE DIAKONIE ANGEHT

(für die Konferenz der größeren Rechtsträger im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, 1986)

Im folgenden unternehme ich den Versuch, drei in dichter Abfolge aufeinander erschienene prognostische Studien in einem darzustellen:

> J.Hanselmann/H.Hild/E.Lohse (Hg.), Was wird aus der Kirche 7, Gütersloh 1984 (hier zit. als Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung);

> Prognos AG, Entwicklung der Freien Wohlfahrtspflege bis zum Jahr 2000, Basel 1984;

> Institut für Demoskopie Allensbach, Die Stellung der freien Wohlfahrtspflege. Kenntnisse, Erwartungen, Engagement der Bundesbürger - Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen 1962-1985, 1986.

Der Versuch einer Zusammenschau ist m.W. bislang noch nirgendwo erfolgt. Zudem ist festzustellen,

- daß die im Grunde alarmierende Kirchenmitgliedschaftsstudie m.E. in der Kirche nicht dramatisch genug gesehen wird;

- daß die Prognos-Studie in einigen ihrer negativen Trend-Ansagen durch die Allensbach-Studie "nachgebessert" wird;

- daß aber die Allensbach-Studie schon deswegen nicht überschätzt werden kann, weil sie einige gravierende Mängel in Befragungsinhalten und -techniken aufweist (z.B. Verwendung überholter, z.T. negativ besetzter Begrifflichkeit, z.B. "Trinkerfürsorge", "Fürsorgeamt" usw.).

Wichtig sind m.E. diejenigen Punkte, in denen die drei sehr unterschiedlichen Studien übereinstimmen, Annäherungswerte zeigen oder sich überschneiden. Hier könnten die für diakonische Zukunftsperspektiven entscheidenden Probleme liegen.

ALLGEMEINES UND GRUNDSÄTZLICHES

Die zentrale These der Prognos-Studie für die Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege, "Wandel ohne Expansion", läßt sich mit einiger Vorsicht auch als Aspekt der Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung behaupten. Stagnations- bzw. Rückgangsdimensionen werden für Wohlfahrtsverbände und EKD prognostiziert: Die Prognos-Studie rechnet mit einer Abnahme von Wohlfahrtspflegeeinrichtungen in der Größenordnung von ca. 11% (vor allem bei der Jugend- und Familienhilfe), wobei die erwartete Zunahme im Altenhilfe-Bereich diese Abnahmequote nicht ausgleichen kann; zudem wird die Gefährdung der stationären Arbeit generell für größer gehalten als die

der ambulanten Dienste. Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung prognostiziert für die EKD einen "Rückgang in der Mitgliederzahl um durchschnittlich etwas 140 000 Mitglieder pro Jahr" (S. 56).

Den notwendigen Wandel in Wohlfahrtsverbänden und ev.Landeskirchen deuten beide Studien auf je zwei Ebenen an, auf der *motivationalen* und der *organisatorischen*:

- Den Wohlfahrtsverbänden empfiehlt Prognos **UMSTRUKTURIERUNGEN**, quantitative **UMSCHICHTUNGEN** nach verändertem Bedarf und veränderten Finanzierungsmöglichkeiten, dazu **größere Offenheit** für **KONZEPTIONSVERÄNDERUNGEN**;

- den evangelischen Kirchen empfiehlt die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung die **ENTWICKLUNG UND BEREITSTELLUNG NEUER SINNVOLLER BETÄTIGUNGSFELDER**, Möglichkeiten des Engagements Ziele, die für sinnvoll gehalten werden ("Einige Indizien sprechen dafür, daß Bedürfnisse nach Selbständigkeit, Eigeninitiative und Beteiligung steigen werden", S. 56).

- Daneben drängt Prognos die Wohlfahrtsverbände zu Maßnahmen, die die **AKZEPTANZSTRUKTUR** erheblich verbessern müßten (es wird ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Akzeptanz- und Bedeutungsverlusten gesehen: Prognos S. 91 ff); ansonsten drohe nach innen eine Motivations- und nach außen eine Legitimationskrise;

- die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung stellt dem ständigen Abbröckeln an den volkswirtschaftlichen Rändern im Grunde nur eine wirkliche Chance entgegen: "...die Chance, **NEUE GENUINE MOTIVE AUSZUBILDEN**" (S. 57).

Die Prognos-Studie nimmt ihren Ausgang bei der Annahme, daß wirtschaftliche Daten (z.B. Erreichen der Konsumsättigungsgrenze; weiterer Rückgang weniger qualifizierter Arbeitsplätze usw.), technische Daten ("Informationsgesellschaft") und bevölkerungspolitische Daten (z.B.: im Jahr 2000 wird es 40% weniger Jugendliche geben als heute) einen tiefgreifenden Veränderungsprozeß signalisieren - was nicht ohne Wirkung auf das Bewußtsein bleiben kann (daher wird dem sog. Wertewandel große Bedeutung beigemessen, S. 18 ff); von all dem her wird sich der Bedarf an Hilfen ändern. In diesen Prozessen hätten die Wohlfahrtsverbände Schwierigkeiten, sich von "gesättigten" auf neue Bedarfswelder umzuorientieren. Zunehmen werden die Selbsthilfegruppen; die Kooperation mit ihnen oder ihre Einbindung wird zu den **HAUPTAUFGABEN** der Verbände gezählt.

Die konzeptionellen Empfehlungen, zusammengefaßt (S. 90): "Auf konzeptioneller Seite bestehen aus unserer Sicht an die Weiterentwicklung der Hilfen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege vor allem folgende Anforderungen:

- Die bessere Integration und Abstimmung stationärer und ambulanter Hilfen.
- Die bessere Integration der ambulanten Hilfen.
- Der Aufbau gemeindenaher, alle 'Betreuungsstufen' umfassender Netze.
- Die Anpassung vorhandener Dienste an sich ändernde Erwartungen der Nutzer: mehr

Selbstbestimmung, weniger 'Betreuung'...

Schließlich bleibt als ungelöstes Problem bzw. als Aufgabe, nach neuen Ansätzen der Einbeziehung des sozialen Engagements der Bürger und damit auch einer vernünftigen Einbindung der Selbsthilfebewegung zu suchen...

Ohne eine solche Einbeziehung sind die sozialen Aufgaben der Zukunft nicht zu bewältigen."

Zum Stichwort "soziales Engagement der Bürger" bzw. Ehrenamtlichkeit trägt die Allensbach-Studie einen interessanten Aspekt bei: Nach den positivsten Assoziationen im Blick auf die Verbände der Wohlfahrtspflege befragt, antworteten die weitaus meisten (58%) "die unentgeltliche ehrenamtliche Mitarbeit in ihnen macht die Verbände sympathisch" (also: die Leute schätzen an den Verbänden der Wohlfahrtspflege die Ehrenamtlichkeit höher, als viele Verbändevertreter, die weiterer Professionalisierung des Sozialen das Wort reden, Ehrenamtlichkeit einschätzen!).

Die Studien weisen auf die eminente Bedeutung von VERNETZUNGEN und VERKETTUNGEN hin, auf die sozialwissenschaftlich, sozialpolitisch, "technisch" und wirtschaftlich begründete Nötigung zum Verbund-Handeln: etwa in Form von Kooperationsmodellen von stationären diakonischen Einrichtungen und ambulanten sozialen Diensten - nicht ohne zugleich gemeindlichen Gruppen dabei zu helfen, sich als Selbsthilfegruppen zu entwerfen, die in den Diakonie-Verbund integrierbar sind (im Gegensatz zu vielen anderen Selbsthilfe-Aktivitäten). Die Vorteile eines solchen "VERNETZTEN DIAKONISCHEN AMTES" bestünden darin, die für die Menschen weiterhin wichtigen primären Hilfesysteme (Familie, aber mit zunehmender Bedeutung auch Freunde, Nachbarn, "Gemeinde") ebenso zu stärken wie die sozialen Energien der Gemeinde - und dabei die sekundären Hilfesysteme, also etwa auch die professionelle Diakonie, stärker an ihren sozialen Ursprung zurückzubinden.

Der Zusammenhang mit Aufgabenstellungen der Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung liegt auf der Hand: Sie zeigt, daß ohne Diakonie noch mehr "unsichere Kantonisten" aus der Kirche austreten würden: die Kirchenmitglieder außerhalb des Kreises der sog. Hochverbundenen identifizieren Kirche vorrangig mit "Nächstenliebe und Hilfe, Diakonie und sozialer Betreuung" (S. 44). Andererseits signalisiert dieselbe Gruppe ihr Desinteresse an den alten Betreuungsformen, mit denen sie sich nicht mehr identifizieren kann (Wertewandel!). Gewollt wird eine "ANDERS DIAKONISCHE KIRCHE", in der SOZIALE AKZEPTANZ, GESELLSCHAFTLICHE LEGITIMATION und PERSÖNLICHE MOTIVATION in neuer Weise zusammenkommen könnten, wodurch allein die o.g. "neuen Motivationen", die zum Kirchenüberleben nötig sind, geschaffen werden könnten.

Fazit: DIE KIRCHE MÜSSTE DIAKONISCHER WERDEN - UND DIE DIAKONIE "ANDERS"!

Wie oben gesagt, sind die m.E. wichtigsten Erkenntnisse der drei Studien diejenigen, die sich berühren. Vier solcher Berührungen habe ich ausgemacht:

1. Das Problem zunehmender "Unbestimmtheit".

2. Die Bedeutung der generativen Komponente.
3. Der Verlust sozialer Sensibilität.
4. Veränderte Sozialstaats-Ansprüche.

ad 1 : Das Problem zunehmender "Unbestimmtheit"

Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung prägt zur Kennzeichnung des Kirchenverhältnisses der meisten Kirchenmitglieder den Begriff "Unbestimmtheit" (z.B. S. 40); gemeint ist ein Schwebezustand von Ungrundsätzlichkeit in den Meinungen über die Kirche und Wahrnehmungsverengung hinsichtlich der Kirche. Der Kirchenaustritt wird z.B. interpretiert als ein Versuch, das ungrundsätzliche Kirchenverhältnis zur Eindeutigkeit zu bringen (S. 48). Auch deswegen sei der Kirchenaustritt "inzwischen aus dem Bereich des sozial auffälligen, fast tabuisierten Handelns aufgerückt ...in den Rang einer durchaus normalen, nicht weiter begründungsbedürftigen Verhaltensweise" (S. 24).

Hierzu paßt eine Ungrundsätzlichkeit, die laut Allensbach-Studie hinsichtlich der Einschätzung der Freien Wohlfahrtspflege grassiert: Seit 1973 sinkt das an sich respektable Ansehen der Verbände in der Bevölkerung kontinuierlich ab; 1973 hatten 79% der Befragten eine sehr gute oder gute Meinung über die Wohlfahrtsverbände, 1985 waren es nur noch 63%; dafür wurde eine deutliche Zunahme der "durchwachsenen" Urteile (= "teils - teils") auf 28% festgestellt.

Ein weiterer Trend, den die Allensbach-Studie deutlich herausstellte, gehört in diesen Zusammenhang: der Trend zum deutlichen Weniger-Differenzieren unter den Verbänden; vorrangig wird nach der Qualität eines Dienstes gefragt und erst in zweiter Linie nach dem Verband.

Deswegen ist der Bekanntheitsgrad der Verbände *im einzelnen* nicht größer geworden (eine Ausnahme bildet lediglich die Arbeiterwohlfahrt, deren massive Zunahme an Öffentlichkeitsarbeit sich auszuzahlen beginnt): noch immer rangiert das Diakonische Werk erst an vierter Stelle in der Bekanntheitsskala (97%: Deutsches Rotes Kreuz/DRK, 93%: Arbeiterwohlfahrt/AWO, 92%: Deutscher Caritas-Verband/DCV, 79%: Diakonisches Werk/DW, 44%: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband/DPWV).

In den Komplex "Unbestimmtheit" gehört schließlich die aus der Allensbach-Studie herausfilterbare Tendenz: Die bundesdeutsche Bevölkerung weiß nicht nur relativ wenig über Aufgaben, Struktur, Finanzierung usw. der Wohlfahrtsverbände, sondern sie weiß *immer weniger* darüber! Mehr Befragte als je zuvor halten - mit Ausnahme des DW und des DCV - die Verbände für staatliche oder halbstaatliche Institutionen; am häufigsten wird die AWO für etwas Staatliches gehalten (44%), gefolgt vom DRK (34%). Die Allensbach-Fragen nach der Verbände-Finanzierung belegen diesen Trend zur zunehmenden Unwissenheit.

ad 2: Die Bedeutung der generativen Komponente

Dieser Aspekt berührt sich mit der Wertewandel-Problematik, der in der Prognos-Studie große Bedeutung beigemessen wird (s.o.). Zugespitzt auf die Problematik des Anwachsens einer "neuen Mittelschicht" wird die kirchliche Relevanz offenkundig: Die

Volkskirche ist eine primär mittelschichtgestützte. In dieser bislang "sicheren" Kirchenmitgliedschaftsschicht zeigen sich Abweichungen in Grundauffassungen, die ins bisherige kirchliche (und diakonische!) Angebot nicht mehr ohne weiteres passen: Das o.g. diakonische Kirchenbild der relativ Distanzierten ist z.T. Ausdruck einer Distanzierung : Betreuungsdiakonie z.B. für solche, die sich selbst nicht helfen können, aber man selbst ist autark. Noch einmal gesagt: Ohne Diakonie würden noch schneller noch mehr "Unbestimmte" aus der Kirche austreten; aber zugleich ist eine bestimmte Wahrnehmung von Diakonie (Betreuung von Alten, sozial Schwachen usw.) ein erhebliches Identifikationshindernis für Menschen, die sich selbst für eher eigeninitiativ, autonom u.ä. halten. Es handelt sich dabei um die jüngeren, höhergebildeten und meist städtischen Kirchenmitglieder.

Während die Prognos-Studie den Wertewandel vor allem mit der wachsenden Ablehnung bestimmter Hilfeformen verbindet, zeigt Allensbach stärker die Ablehnung bestimmter Vorstellungen von Hilfe bei Jüngeren. Nach Prognos und Allensbach richten sich die Hilfeerwartungen der Jüngeren generell erheblich stärker auf Freunde und Nachbarn als auf Verbände (während die Älteren noch mehrheitlich auf die Verbände setzen).

ad 3: Der Verlust sozialer Sensibilität

War schon die Nicht-Identifizierung der weniger kirchenverbundenen Kirchenmitglieder z.B. mit Arbeitsfeldern wie Altenhilfe, Armenhilfe o.ä. ein Distanzierungssymptom, wenn auch in relativ abgeschwächter Form, so zeigt sich nach Allensbach auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ein deutlicher Trend zur sozialen Desensibilisierung.

Vor allem die Fragen nach dem Wunsch-Leistungsspektrum der Verbände ("Was sollen Wohlfahrtsverbände vermehrt / nicht vermehrt tun?") signalisieren neben manchem anderen vor allem eine auffällige Abnahme von sozialer Sensibilität für Randgruppen, einen merklichen Entsolidarisierungsprozeß: *Mehr* Engagement der Verbände wünschen sich die Befragten vor allem in ambulanten Betreuungsformen für Alte (Hauspflege, Haushaltshilfen usw.) und Pflegebürtige, im Bereich psychosozialer Beratung u.ä.

Weniger Engagement wird gewünscht in Hilfsaktionen bei Katastrophen, in Schwangerschaftskonflikten, in der Arbeit in Altenheimen (erstaunlicherweise aber auch in Altenklubs !), in der Ausländerhilfe, bei "Essen auf Rädern", in der Obdachlosenhilfe.

ad 4: Veränderte Sozialstaats-Ansprüche

Die Prognos-Studie prognostiziert den Trend: Der emanzipatorische Anspruch von Sozialpolitik werde mehr und mehr aufgegeben; an der Integration von Randgruppen bestehe staatlicherseits immer weniger Interesse. Dem entspricht u.a., daß nach Prognos-Studie die seitherigen Ausstattungs- und Personalstandards in sozialen Einrichtungen und Diensten z.T. zurückgenommen würden und Bedarfsrichtwerte reduziert würden. Der politisch gewollte Vorrang der ambulanten Versorgung wirke in dieser Entwicklung zunehmend als Druck auf Überweisungsbegründungen, -kriterien und -muster.

Allensbach konstatiert den Bedeutungsverlust staatlicher Hilfen seitens der Bevölkerung: In den Umfrage-Antworten würden staatliche Stellen weniger als in den letzten Jahren

als mögliche Hilfe-Instanzen genannt, wobei der Bedeutungsverlust ein regionales bzw. konfessionelles Element enthält (deutlicherer Bedeutungsverlust staatlicher Hilfen für Katholiken und in Süddeutschland). Insgesamt nennen nur noch 47% der Befragten den Staat als die erste Adresse, von der man Hilfe erwarten würde.

SCHLUSS

Die Konsequenzen dieser Trenderhebungen, so sie denn realistisch sind, müßten für die Diakonie m.E. erheblich sein. Sie dürften sich nicht nur auf ORGANISATORISCHE INNOVATIONEN beziehen, sondern zugleich auf gravierend verstärkte Bemühungen um PROFILIERUNG (= Bearbeitung des o.g. "Pakets" Motivation - Akzeptanz - Legitimation; das geht nicht nur per Öffentlichkeitsarbeit, die gleichwohl größeren Gewichts bedarf, sondern z.B. vor allem auch über spezifisch geprägte Mitarbeiterschaften in Kirche und Diakonie: diakoniewissenschaftlich und -praktisch ausgebildete Theologen/-innen; die Fachbereiche Sozialarbeit und Sozialpädagogik an Ev. Fachhochschulen wären um Lehrangebote über spez. kirchengemeindliche Organisationsformen sozialer Arbeit und Kooperationsformen mit stationärer u.a. Diakonie zu erweitern; Gemeindepädagogen/-innen mit sozialdiakonischer Schwerpunktausbildung wären wünschenswert, überhaupt Menschen mit einer Ausbildung, in der Gemeinde, Heime und offene Arbeitsformen als Arbeitsplateaus vermittelt wurden).

DAS VOLKSKIRCHLICHE DIAKONIE-DILEMMA

Referat beim Fachtag Gemeindediakonie des Karlshöher Diakonieverbandes am 25. Oktober 1994

S.Freud zufolge haben der Glaube und der Witz bei einigen gravierenden Unterschieden auch manches gemein. Eine schöne Verwandtschaft, mag man denken; aber tatsächlich dienen beide der Lebensbewältigung, transzendieren beide Wirklichkeit. Deswegen hatten immer diejenigen die besten Witze, die eigentlich am wenigsten zu lachen hatten, die Juden etwa. Oder: wie blühte der rote und der braune Witz! Der Glaube sagt: die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Der Witz weiß: die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst.

Der Glaube und der Witz sind im Grunde paradox. Simul iustus et peccator, heißt das Paradox bei Luther, oder: "ein freier Herr aller Dinge" und "jedermann untertan". Oder da ist das paradoxe christologisch-diakonische Muster: Er herrschte, indem er diente.

Als einer der Lieblings- und Demonstrationswitze für die Freudsche These gilt dieser: "Haben Sie schon gehört?: da ist neulich ein australischer Ureinwohner verrückt geworden. Wegen Weihnachten. Da hatte ihm ein Missionar einen neuen Bumerang geschenkt. Und dann hat er ein Vierteljahr lang versucht, seinen alten wegzuschmeißen."

Es gibt alte Sachen, die kriegt man nicht los, die fallen einem immer wieder aufs Haupt. Man kann sich noch so bemühen, sie loszuwerden. Eigentlich zum Verzweifeln!

Manchmal fühle ich mich wie der Ureinwohner. Seit 1976 bewege ich mich fast nur noch unter Diakonie-Menschen, und was haben wir auf Tagungen und in Projekten und in Büchern und Zeitschriften alles weggeräumt, um endlich den Weg freizumachen zur diakonischen Gemeinde, zur diakonischen Kirche! Das Kirchtum mit seiner unvollendeten Reformation. Ohne Verortung für Rechtfertigungserfahrungen. Ohne ein halbwegs realisiertes allgemeines Priestertum; am wenigsten funktionierend zwischen den kirchlichen Mitarbeiterschaften. Die staatskirchentümliche Struktur mit ihrer staatsanalogen Bürokratie. Die von dieser Organisationsform entscheidend gesteuerte theologische Tagesordnung. Diese verkopfte Theologie mit ihrer idealistisch-philosophischen Tradition, meist ohne Hand und Fuß.

Das alles haben wir unter uns Diakonie-Fachleuten und unterstützt von einigen einsichtigen Theologinnen und Theologen weggeräumt, um den Weg zur diakonischen Gemeinde und Kirche frei zu machen. Man weiß schon, welchen Traditionsballast man loswerden müßte.

Und dann fliegt er einem wieder um die Ohren, als schmerzhaft Realität. Und manches ist eher schlimmer geworden in letzter Zeit, so etwa seit der deutschen Vereinigung. Theodor Strohm stellte jüngst angesichts neuer EKD-Papiere zu Ausbildungs- und Amtsfragen fest, Theologie und Kirche orientierten sich nach wie vor "in einer geradezu positivistischen Weise an eingefahrenen theologischen Traditionen, amtskirchlichen Strukturen und einer theologischen Theoriebildung..., in der die Breite und Tiefe des biblisch-reformatorischen Ansatzes verlorenzugehen droht" (im Kursbuch Diakonie, 149). In der Fixierung auf ein total verengtes Verständnis der "öffentlichen Verkündigung" werde "weder die Tragweite sowohl der reformatorischen Einsicht in die Verantwortung des allgemeinen und königlichen Priestertums der Gläubigen noch die Vielzahl der Charismen, Dienste und Ämter noch eine angemessene Reflexion und Aktualisierung der Vorgabe des Leibes Christi, als christliche Gemeinde existierend, wirklich berücksichtigt" (150). Und die Kirche nimmt Schaden an ihrem eigenen Selbstverständnis. Empirisch nachprüfbar. Sollte man ihr wünschen, daß der Schaden, die Krise, noch größer werden sollte, weil sie partout nicht diakonisch werden will, weil, wer nicht lernen will, fühlen muß? Als einer, dem an der Kirche liegt, kann man das auch nicht wollen. Aber es ist ein Elend. Für mich ist es mein Grunddilemma.

Das Thema, das Sie mir stellten, ist also ein mehrfach abendfüllendes. Ich muß sortieren. Es ist auch ein negatives Thema. Eigentlich müßte ich dauernd Problematisches äußern. Aber ich glaube, daß sich in den nächsten Jahren vieles ändern wird in der Diakonie und mit der Diakonie, einiges zum Schlimmeren, aber auch einiges zum Besseren. Viele Veränderungen werden wir in Kirche und Diakonie nicht aus eigenem Antrieb oder wegen besserer Einsicht vorantreiben; sie werden schlicht über uns kommen. Das eine oder andere Kirchen-Diakonie-Dilemma wird davon berührt werden. In ein paar positive Perspektiven will ich am Ende einmünden.

Bei aller Einsicht in die Realität vieler Dilemmas müssen wir den alten Bumerang zunächst doch wieder werfen.

Einige Facetten des volksskirchlichen Diakonie-Dilemmas

Ein grundlegendes Dilemma volksskirchlicher Diakonie hängt mit Gesamtentwicklungen

zusammen, sollte daher in einem umfassenden Zusammenhang gesehen werden. Klaus Dörner, der Historiker und Psychiater, hat kürzlich einen, wie ich glaube, hochinteressanten Deutungsversuch für das unternommen, was sich momentan im sozialen Bereich tut. Er geht dabei auf den sozialgeschichtlichen "Urknall" der industriellen Revolution zurück. Er meint, man müsse verstehen, was damals geschah, um zu verstehen, was gerade im Gange ist.

Mit der Industrialisierung "wurde die einheitliche Lebenswelt in drei Segmente zerschnitten. Es wurden Räumlichkeiten geschaffen, die ausschließlich dem Zweck dienen, industriell zu produzieren, zu arbeiten - ein Raum also, in dem man produktiv, nicht aber sozial, sein sollte, um die Produktivität zu vergrößern. Damit solche Einrichtungen (Fabriken, Büros) ihre Produktivität bis heute immer weiter steigern konnten, wurden auf der anderen Seite soziale Institutionen erforderlich."

Nach dieser Feststellung mußte also die Gesellschaft desto sozialer werden, je industrieller sie wurde. Weiter Dörner:

"Und so entstanden in den Grundzügen damals schon... diese flächendeckenden Netze von Altenheimen, Pflegeheimen, Waisenhäusern, Kindergärten, Gefängnissen (damals auch zum ersten Mal!), Irrenanstalten, Einrichtungen für Körperbehinderte, für geistig Behinderte, Obdachlosen-Asyle und andere Einrichtungen. Die in diesen Einrichtungen untergebrachten Menschen sollten nicht arbeiten, sondern sozial sein: ernährt werden, gepflegt werden, verwaltet werden, bearbeitet werden, auch erzogen werden - vor allen Dingen aber die anderen, die Produktiven, nicht bei der Arbeit stören."

Ich fürchte, Dörner artikuliert hier in einiger Schärfe etwas Bedenkenswertes. Es hieße: die Verwerfungen in unserer seitherigen Soziallogik, über die ich nachher auch noch etwas sagen will, hätten im Tiefsten zu tun mit der teilweise bereits zutage tretenden Krise des industriellen Systems. Oder es hieße: man müßte darüber nachdenken, inwiefern unsere Soziallogik seit Bismarcks Sozialreformen bis heute eine eigentlich industrielle Logik ist, die nun in der Krise des Industriellen ihrerseits krisenhaft wird. Inwiefern haben wir menschliche Notlagen nach industriellen Mustern gedeutet und Abhilfen nach industrieller Logik aufgebaut und nach industrieller Logik ausgestattet und finanziert?

Und so, wie nach Dörners Analyse unser Sozialwesen seit dem letzten Jahrhundert vor allem entstanden sei, um die produktive Gesellschaft nicht von der Arbeit abzuhalten und damit auch - wie er später ausführt - die Familie nicht durch die alten sozialen Anforderungen der Grundsicherung zu stören, so war es vielleicht auch zwischen Kirche und Diakonie. Dieser Logik zufolge könnte sich die ganze komplizierte Beziehungsstruktur zwischen Kirche und Diakonie auf das Interesse zurückführen lassen, sich gegenseitig nicht zu stören, um sich nicht ändern zu müssen. Diakonie konnte sich durch Staat und Sozialwissenschaften kräftig fremdbestimmen lassen, ohne daß es die Kirche tatsächlich tangierte. Und Kirche konnte kräftig Erlösung predigen - ohne allzu störenden Einfluß auf und durch die Spielregeln z.B. von Beratung. Wären sie wirklich zusammengebunden worden, und hätte es die diakonische Gemeinde gegeben, hätten Predigt und Sozialarbeit nicht bleiben können, wie sie sind.

So aber haben wir das industrielle Muster des Auseinandertretens von Sinn und Funktion auch zwischen Kirche und Diakonie: eine Sozialarbeit, die Sinnkrisen nicht wirklich beheben kann, und eine Theologie, die nicht recht funktional werden kann. Auf diese Weise verstärken sie gegenseitig ihre je eigene Legitimationskrise. Und so gibt es

viel mehr soziale Arbeit im Delegat der Kirche, als die Kirchenmitglieder und die Nichtkirchenmitglieder wahrnehmen - weil vieles von dieser Arbeit eben auch gar nicht als Kirche wahrnehmbar ist. Die neue Diakonie der neuen Sozialberufe konnte nicht einmal in Ansätzen so etwas wie eine diakonische Spiritualität entwickeln, von der die frühere Diakonie einen großen Teil ihres Ansehens bezog. Umgekehrt können auch weiterhin die meisten Pfarrerinnen und Pfarrer nicht einmal die vorhandenen, geschweige denn neue, Formen der Gemeindediakonie auf ihr pastorales Konzept beziehen; selbst die Kindergartenarbeit läuft meist ganz unverbunden neben dem pastoralen Selbstkonzept her, obwohl gerade auch dort Entscheidendes für die Zukunft der Volkskirche geschieht - oder nicht geschieht.

Beide, Pfarramt und diakonische Stelle, haben behördliche Muster; dabei ist der Organisationsgrad in der Diakonie meist erheblich höher und effektiver (ich denke etwa an die ambulante Pflegeorganisation).

Weder die pastorale noch die soziale Arbeit konnten je für sich die soziale Abkühlung verhindern, die fast schon bedenkliche Ausmaße angenommen hat. Und beide können weder funktional noch wert- und sinnstiftend bis auf die Ebenen wirken, auf denen die zentralen Problem unserer Gesellschaft entstehen: auf die Felder der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt-, Wohnungsbau- oder Technologiepolitik; nicht einmal mehr auf die Felder, für die sie früher eine regelrechte Kompetenz beanspruchten, etwa die Familienpolitik. Daß die ev. Kirche, weil sie für ihre begründenden Lehrstücke keine Orte hat und sie daher nicht lebt, den Rechtfertigungsglauben und das Priestertum der Gläubigen: das konnte sie kompensieren, solange sie staatskirchlich abgesichert war oder wenigstens als Erziehungsanstalt in der bürgerlichen Gesellschaft akzeptiert wurde. Aber diese Sicherungen sind durchgebrannt.

Und alle diese Dilemmas haben Entsprechungen sowohl auf der Ebene der persönlichen Einstellungen und Motive wie auf der hohen Ebene der Wissenschaftstheorie.

Auf personaler Ebene sieht das Dilemma etwa so aus: Zum einen besteht unter den Kirchenmitgliedern nach wie vor eine hohe Erwartungshaltung gegenüber der Kirche; deutlich war in allen Umfragen der letzten Jahrzehnte der Wunsch nach einer sozial engagierten und lebensweltlich kompetenten Kirche. Aber zum andern ist die Bereitschaft, dieses Kirchenverständnis nun auch für sich zu realisieren, einerseits gering entwickelt, wird aber andererseits auch kaum abgerufen. Zudem wachsen die Zweifel an der tatsächlichen lebensweltlichen Kompetenz der Kirche, speziell der sozialen Kompetenz der Pfarrerschaft, an die die Kirchenmitglieder früher ihr soziales Gewissen ein Stück weit delegiert hatten. Infolgedessen wandern z.B. soziale Kapazitäten und Engagements seit Jahren aus der Kirche aus; vor allem, so besagen die Umfragen, gebildetere jüngere Menschen suchen ihre sozialen Engagements anderswo.

Dieser an sich schon spannungsreiche Befund wird bei eingehender Analyse noch komplizierter. So zeigt sich z.B., daß das diakonische Pathos kaum von der sog. Kerngemeinde ausgeht, sondern von den sog. volkskirchlichen Rändern kommt. Kerngemeinde wäre demnach auch Kerngemeinde mit wenig oder keiner Diakonie. Sie braucht das offenbar nicht; ihr religiöses Bedürfnis ist abgedeckt durch das pastorale Angebot. Die an den Kirchenrändern, die sich selbst wenig engagieren, brauchen als Begründung für ihr In-der-Kirche-Bleiben die Diakonie. Deswegen haben es

diakonische Mitarbeiterschaften innerhalb der Kirche und ihrer Gremien oft schwerer als mit der allgemeinen Akzeptanz "draußen".

Und wenn z.B. jüngere Leute fordern: "Die Kirche soll sich mehr um die Alten kümmern", dann stecken in solchen Äußerungen sowohl Positiva als auch Abgrenzungen. Man selbst ist nicht alt und hilfebedürftig. Rüdiger Schloz hatte als erster vor einigen Jahren darauf hingewiesen, daß in den protestantismusüblichen Forderungen nach einer diakonischen Kirche in Wahrheit Engagement und Distanzierung nahe beieinander liegen. Und deswegen kann es gerade da zu Konflikten mit Kirchenmitgliedern kommen, wo die Diakonie besonders nah bei ihrer Sache ist, sich z.B. dafür einsetzt, daß eine Behindertenwohngruppe in einer sog. besseren Wohngegend unterkommt.

Das Dilemma zieht sich durch, auch in den theoretischen Fragestellungen. Entscheidende Grundfragen sind ungeklärt geblieben. So etwa die Frage: Gibt es eigentlich evangelische Sozialarbeit? Oder gibt es nur evangelische Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter? Macht die Motivation einer Mitarbeiterin und eines Mitarbeiters das Evangelische im Bereich sozialer Hilfen aus? Oder muß es "etwas Evangelisches" im Konzept geben?

Im Blick auf die Praktische Theologie muß m.E. die Frage gestellt werden: War das eigentlich je richtig, was seit den Tagen Thurneysens geglaubt wurde hinsichtlich der Möglichkeit, daß die Theologie für ihre Zwecke andere Wissenschaften "in den Dienst nehmen" kann? Haben sich etwa Medizin und Psychologie tatsächlich je von der Theologie in den Dienst nehmen lassen - oder hat sich nicht vielmehr die Autonomie der Human- und Sozialwissenschaften längst hinter dem Rücken derer, die sie vermeintlich in den Dienst nahmen, durchgesetzt? Stimmt nicht vielleicht vielmehr, was N. Luhmann mutmaßt: daß nämlich das Zusammenspiel mehrerer in sich autonomer Systeme mit je eigenem Normenpotential nur dadurch funktioniert, daß die Sinnfrage permanent ausgeklammert wird? Ist das außer auf der personalen und berufspolitischen Ebene nicht ebenso auf der organisatorischen? Wie ist das z.B. in dem Großsystem Krankenhaus mit den Subsystemen Medizin, Pflege, Wirtschaft, Hauswirtschaft, Seelsorge usw.? Haben nicht tatsächlich alle ihre eigene Logik? Stimmt nicht auch hier nur deswegen alles leidlich zusammen, weil die tatsächliche Stimmigkeit nicht problematisiert wird, weil die Sinnfrage insgesamt ausgeklammert wird?

Stimmen die Bilder, die sich Theologie von Diakonie macht? Diakonie wird in theologischer Literatur häufig in einem Dazwischen angesiedelt: "Diakonie zwischen Kirche und Gesellschaft" ist ein beliebtes Bild. Wäre Diakonie also der große Kirchen-Puffer? Oder ich denke an die "Diakonie als die äußerste Speerspitze der Kirche in die Gesellschaft"; demnach schiebt die Kirche die Diakonie in Richtung Welt vor sich her, wäre ein Art Promotion. Was für ein gespaltenes Wirklichkeitsverständnis spricht sich da aus?

Oder: Welche wissenschaftstheoretischen Konsequenzen ziehen wir aus der Empirie, die zeigt:

Theologie und soziale Arbeit sprechen ganz unterschiedliche Sprachen.

Hinter diesen unterschiedlichen Sprachen stehen unterschiedliche Menschenbilder.

Unsere Menschenbilder wenden wir an und beweisen sich mittels unserer Praxis, in der das jeweils andere nicht vorkommt: die, die in die Beratung kommen, kommen unter der Kanzel nicht vor und umgekehrt. Und so verweilen wir in unseren zirkulären Selbstbewahrheitungssystemen.

Und vielleicht ein letztes theoretisches Dilemma: festgemacht am Begriff Diakonie selbst. Wir haben es ja den Theologen des Evangelischen Hilfswerks zu verdanken, daß der Begriff Diakonie unter uns umgangssprachlich wurde. In jeder gut erhaltenen Pfarramtsbibliothek läßt sich anhand älterer theologischer Nachschlagewerke nachprüfen, daß der Begriff bis in die 40er-50er Jahre dieses Jahrhunderts vergleichsweise ungebräuchlich war. Etwa in einer alten RGG hat "Diakonie" noch kein eigenes Stichwort, wohl aber die Diakonisse und der Diakon. Vormalig hieß die soziale Tätigkeit der Kirche und erweckter Kreise "Liebestätigkeit". Das Hilfswerk wollte nun nach 1945 die Kirche - als eines der wenigen nach der Katastrophe noch halbwegs aktionsfähigen gesellschaftlichen Gebilde - mithilfe des Diakonie-Begriffs zur Not-hilfe verpflichten. Diakonie war recht eindeutig ein Legitimationsbegriff; er hatte zum einen die Funktion, bestimmte gesellschaftspolitische Aktionen vor der theologischen Tradition zu rechtfertigen, sollte zum andern die Kirche bei ihrem sozialen Auftrag behaften, vor dem sie nicht mehr wieder ausweichen können sollte, den sie nicht mehr wieder auf nebenkirchliche Vereine und Stiftungen abschieben können sollte. Soziales Handeln sollte fortan in Identität mit der verfaßten Kirche erfolgen.

Das sollte das Wort Diakonie leisten. Es sollte jeden einzelnen Theologen daran erinnern, daß er hier einen theologisch hochbesetzten Begriff des Neuen Testaments vor sich hat. Dem sollte man sich nicht mehr so leicht entziehen können wie den sozialen Leitbegriffen des 19. Jahrhunderts, die für manch lutherisches Ohr zudem ein bißchen nach Werkgerechtigkeit klangen.

Seitdem erschienen immer wieder einmal Bücher, in denen der theologische Nachweis versucht wurde, daß es zwischen Jesu Diakonie, die fast ausschließlich aus Wunderheilungen bestand, und dem österlichen Erlösungsdienst Christi und der sozialen Einzelfallhilfe, der sozialen Gruppenarbeit und der Gemeinwesenarbeit und vielen anderen psychologisch, medizinisch oder pädagogisch orientierten Sozietätigkeiten eine genuine Beziehung gebe - der letzte Versuch ist wohl vom Kollegen Turre.

Die Kirche hat sich dem legitimatorischen Behaftungsdruck sehr geschickt zugleich unterworfen wie entzogen: durch die Delegation des diakonischen Auftrags an ein Werk mit dem Doppelcharakter eines kirchlichen Werks und eines gesellschaftlichen Verbandes. Die kirchlich-diakonischen Rechtskonstruktionen sind z.T. juristisch außerordentlich gewitzt. Nur: wir haben nun den Begriff Diakonie, und wir haben ihn nun auch umgekehrt-legitimatorisch, nämlich als Bestreitungs-begriff. Theologinnen und Theologen, die oft selbst das mit Diakonie Gemeinde kaum in ihr pastorales Konzept integrieren können, können ihn aber ihrerseits als Waffe gegen manche Formen des Helfens einsetzen, können sagen: "Das ist doch gar keine wirkliche Diakonie!" oder fragen: "Ist denn das noch Diakonie?" Diakonie ist ein Wort geworden, durch das man sich - ohne es unbedingt besser machen zu müssen - manches vom Halse halten kann.

Ein Allerletztes zum Thema Dilemma: wenigstens ein Dilemma heutiger Diakonen- und Diakoninnenschaften. Mir ist in meiner Tätigkeit als Geschäftsführer eines diakonischen Landesverbandes aufgefallen, daß sich viele Mitgliedseinrichtungen der immer wieder geäußerten Bitte entzogen, konkrete Anforderungsprofile für Diakoninnen und Diakone zu formulieren. Es ist deutlich geworden, daß Diakoninnen- und Diakonenausbildungsstätten nicht dafür belohnt wurden, daß sie sich seit längerem schon um soziale Professionalisierung und um geistliche Profilierung mühten. Auf

diese Profilierung wurde und wird zwar von kirchlicher und Trägerseite ständig gedungen, aber berufspolitisch tat und tut sich wenig oder nichts für Diakoninnen und Diakone. Dieses Dilemma betrifft wohl auch die Gemeindediakoninnen und -diakone: auch hier hat die doppelte Qualifikation der Diakonin oder des Diakons oft nicht zu mehr "Ent-Dünkelung" bei Pastores und Kirchenvorstehern geführt; Diakoninnen und Diakone sind oft für alles zuständig, das an Arbeit übrig bleibt; vieles ist von persönlichen oder lokalen Beliebigkeiten und Zufälligkeiten abhängig; und obwohl oder weil so vieles eigentlich ungeklärt ist, muß die Diakonin/der Diakon die eigenen Vorstellungen dauernd messen lassen an sog. Vorstellungen der Gemeinde - auch wenn diese noch so unsachlich und letztlich ungreifbar zustande kommen.

Wie Sie wissen, befürwortete ich seinerzeit sehr Ihre Überlegungen, sich zur Fachhochschule weiterzuentwickeln, und ich hoffte Ihnen einige Impulse gegeben zu haben. Gleichwohl, es bleibt da ein Rest von Trauer über ein kirchlich-diakonisches Dilemma: Kirche und Diakonie beklagen die Säkularität der neuen Sozialberufsbilder und entwerten ständig in der Praxis die letzten ihrer "eigenen" Berufsbilder.

Warum sich mit der Diakonie und in der Diakonie mittelfristig einiges ändern wird

Man könnte nun im Blick auf Perspektiven sagen: Laßt uns an die Lösung wenigstens einiger der größten volksgemeinnützlich-diakonischen Dilemmas gehen, dann ergeben sich neue Perspektiven wie von selbst. Ich glaube nicht daran, daß wir für die Bearbeitung auch nur der Hälfte der genannten "Teufelskreise" noch die Zeit haben werden.

Ich vertrete - ähnlich wie die Planungsabteilung des Diakonischen Werks der EKD - die Auffassung, daß es mittelfristig zu einer Spaltung der Diakonie kommen wird, und zwar in eine reine Marktdiakonie nach allen Regeln des Wettbewerbs und so etwas wie eine wahrscheinlich mischfinanzierte Basisdiakonie. Die Gründe für diese Annahme sind folgende:

> Seit 1991 besteht das Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach Tätigkeiten von Religionsgemeinschaften, sofern sie anderen gewerblichen Tätigkeiten, also z.B. im Dienstleistungsbereich, vergleichbar sind, Teile des Wirtschaftslebens sein sollen. Oder da gibt es das Europäische Vereinsstatut, das grenzüberschreitende soziale Dienstleistungen ermöglicht, ein Statut, das in seiner bisherigen Form dem Subsidiaritätsprinzip widerspricht, das Gemeinnützigkeit nicht kennt (von der bei uns steuer- und sozialrechtliche Vergünstigungen abhängen), und das das Recht des Staates, von dem aus der Verein agiert, zugrundelegt. Unsere Diakonie muß mit preiswerterer Konkurrenz rechnen.

> Dieser europäischen Ökonomisierung der Soziallogik könnte man widerstehen, wenn unsere seitherige Soziallogik gut abgesichert wäre: Das ist sie aber nicht mehr. Die großen Säulen bröckeln, auf denen vor rund 100 Jahren unser Sozialsystem errichtet wurde. Die eine Säule: der Generationenvertrag; er geht nicht mehr auf. Die gegenwärtig Erwerbstätigen müssen soziale Transfermittel verdienen und bereitstellen für mindestens 3 nicht erwerbstätige Generationen - sich selbst nicht eingerechnet. Angesichts der Zunahme von Urgroßeltern und Urenkeln geht der Trend hin zum 5-Generationenvertrag. Auch die andere Säule wackelt: die Kopplung der Inanspruchnahme sozialer Leistungen an Erwerbstätigkeit, vor allem der Leistungen der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung; bei Massenarbeitslosigkeit stößt dieses System unweigerlich an seine Grenzen. Daß das Ganze nicht mehr recht

funktioniert, spüren wir schon seit längerem: man versucht die große Krise des Systems dadurch hinauszuschieben, daß die Bürger immer mehr für soziale Leistungen bezahlen, aber weniger dafür bekommen.

> An Grenzen stößt auch die Beteiligung der Wirtschaft an den sozialen Kosten: noch vor Einführung der Pflegeversicherung waren es schon 36% (wobei mittelständische, personalintensive Betriebe erheblich stärker strapaziert werden als durchrationalisierte Betriebe). Es ist der Faktor "arbeitender Mensch", der für die sozialen Kosten aufkommen muß, und der Gesellschaft geht die Arbeit für den arbeitenden Menschen aus.

Von daher stütze ich meine These von der Spaltung der Diakonie; es wird zu Wettbewerb in sozialen Diensten kommen in bislang unbekanntem Ausmaße, auch zu radikalen Privatisierungen des sozialen Marktes - und wenn sich Markt und Privatisierungstendenzen durchsetzen, wird sich die staatliche Subventionspolitik verändern.

Seit längerem und in Zukunft gewiß noch wahrnehmbarer fordern viele Ökonomen eine allgemeine Reduzierung staatlicher Subventionen und stattdessen die Aktivierung von Marktkräften und Wettbewerbselementen im Sozialbereich. Die Aufträge zu solchen Überlegungen wurden zwar nicht öffentlich erteilt, aber die Häufungen der Forderungen weisen auf einigen politischen Druck hin. Als Diakonie-Mensch bin ich z.Z. schon froh, wenn die sozialökonomischen Diskussionen auch nur einigermaßen verantwortlich geführt werden, wenn sie um die Frage kreisen, wie einzelne Systeme unseres Sozialsystems markt- und wettbewerbsorientiert werden und doch auch in wesentlichen Zügen sozial bleiben können. Im Krankenhausbereich, bei der Gesetzlichen Krankenversicherung, bei der neuen Pflegeversicherung und vor allem im neuen § 93 BSHG zeigt sich, wie die Bonner Sozialstrategen die Veränderungen handhaben: indem erst einmal einzelne Markt- und Wettbewerbselemente in die formal noch existierende alte Sozialsystematik eingepflanzt werden. Die Veränderung der Soziallogik kommt im Implantationsverfahren daher. Zunächst vor allem in den Bereichen Gesundheit/Pflege. Aber darauf werden sich die Veränderungen nicht beschränken.

Die neue Soziallogik, die sich einbürgert bzw. die aufgezwungen wird, ist die Service- und Dienstleistungslogik. Sie wird das Helfen gründlich verändern. Aus Anbietern werden Konkurrenten, und aus Klienten werden Kunden. Soziale Serviceunternehmen sind personell und zeitlich flexibler als die herkömmlichen Hilfemodelle der altbekannten Wohlfahrtspflege. Dienstleistungslogik bedeutet strukturell: das Zerbrechen von Helfen in einzelne Handlungen, die abgerechnet werden, und ggf. in verschiedene Agenturen, die abrechnen. Wie in der Entwicklung der häuslichen Krankenpflege z.T. vorabgebildet: soziale Arbeit als in lauter Einzelhandlungen zerfallende und auch in lauter Einzelhandlungen abrechenbare Serviceleistung, gedeckelt, minutiös reglementiert. Von dieser oft kaum mehr als Diakonie zu erkennenden Diakonie kann sich schon jetzt Kirche besonders viel leisten, weil sie sich trägt.

Dienstleistungslogik und Privatisierung: dafür ein paar Beispiele aus dem Bereich der jüngsten Entwicklungen.

- Privatisierungselemente stecken etwa im neuen Pflegeversicherungsrecht, und zwar auf beiden Seiten, bei Anbietern wie Abnehmern. Es wird Auftrieb für private Anbieter geben, und andererseits wird die Pflege der Alten zu einem Teil des

Familieneinkommens; die Familie entscheidet, wieviel sie an Pflege hinzukaufft.

- Der prospektive Pflegesatz, der handstreichartig aus Bonn eingeführt wurde und das Bedarfsdeckungssystem - konsultationslos - ablöste, jetzt im § 93 BSHG kodifiziert, bedeutet, daß Regelungen künftig immer nur für die Zukunft, nie rückwirkend getroffen werden. Es gibt nun im Voraus vereinbarte Entgelte für bestimmte ("bedarfsgerechte") Hilfen, und der Pflegesatz setzt sich zusammen aus Kostenpauschalen für die verschiedenen Kostenbereiche (hierin steckt wieder die o.g. Dienstleistungslogik). Bei diesen im Voraus vereinbarten Entgelten gibt es keinen nachträglichen Gewinnausgleich, aber auch keinen Verlustausgleich.

- Unter der Hand ändert sich dabei etwas an der bislang subsidiären Praxis: Einrichtungsträger und Sozialhilfeträger müssen gemeinsam aushandeln, was bedarfsgerecht ist und was somit zu entgeltende Hilfen sind. Und neu ist, daß die Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen in puncto Grundsätzen und Verfahren ebenfalls dem Vereinbarungsprinzip unterliegen. Das läßt Bedenken aufkommen: wenn die Festlegung von Qualitätsstandards den Pflegekassen und den Einrichtungsträgern obliegt und die Pflegekassen gleichzeitig die Kostenträger sind, wäre es blauäugig zu glauben, daß die Interessen der Pflegebedürftigen auf Dauer angemessen zum Tragen kommen.

- Dieselbe Steuerungsproblematik zeigt sich bei der Schiedsstellenregelung für den Fall, daß es beim Aushandlungsprozeß nicht zu Einigungen kommt. Auch hier sind die Pflegekassen auf Kostenträger- und -empfängerseite vertreten, weisen sich selbst ihre Standards zu und damit zugleich auch den anderen Trägern.

- Die Bundesministerin für Familie und Senioren, die in dieser Funktion nicht weitermachen will, wirbt unumwunden mit den Lockungen der Überdeckung. "Entscheidend ist, daß der Träger der Einrichtung von vornherein weiß, mit welchen finanziellen Mitteln er wirtschaften kann und auskommen muß. Dem darin liegenden Verlustrisiko steht bei leistungsfähigen, wirtschaftlich arbeitenden Einrichtungen die Chance gegenüber, Gewinne (Überdeckungen) zu erzielen, die sie behalten dürfen. Für die gemeinnützigen Einrichtungen eröffnet sich hier die Möglichkeit, diese Mittel zur Verbesserung ihrer Leistung oder für ergänzende Leistungen zu verwenden..."

Also: man kann, ja soll ruhig mit sozialer Arbeit Geld machen!

Ich sagte schon: der Wettbewerbsvorteil privater Anbieter und Unternehmer in einer Markt- und Wettbewerbssozialarbeit liegt in der zeitlichen Flexibilität und in der personellen (was zusammenhängt): sie arbeiten mit kundenorientierten Leistungspaketen und haben z.T. ein gutes Personalmanagement, vor allem im Teilzeit-Personal-Einsatz - bei uns in der stationären Arbeit herrschen demgegenüber weithin starre Zeit- und Personalstrukturen vor; der Tagesrhythmus wird z.B. weitgehend von der Küche bestimmt, die Personalsituation vom BAT.

Bislang konnten wir von der Diakonie die Service-artigen Angebote der andern noch mit etwas Hochmut sehen und sagen: Naja, die sind vielleicht billiger, aber wir sind besser. Das wird so vielleicht nicht mehr lange sagbar sein.

Ich sehe ein Zentralproblem angesichts dieser Sozialentwicklungen darin, daß wir in der Diakonie ohnehin schon ein Profil- und Identitätsproblem hatten; in

dienstleistungsartigen Unternehmen lösen sich die Bindungen zwischen Unternehmern und Mitarbeiterschaften noch stärker, werden rein versachlicht, beziehen sich auf temporäre Vereinbarungen über Zusammenarbeit.

Wieviel Dienstleistungslogik kann sich die Diakonie, auch eine Marktdiakonie, leisten? Ist folgendes z.B. vorstellbar: eine Pflegeeinrichtung, in der nicht nur die Reinigungs- und Küchendienste an Fremdfirmen vergeben sind, sondern auch die Pflegedienste, vielleicht je nach Pflegegruppe auch noch an verschiedene spezialisierte Pflegedienste? Und wenn sie nicht wunschgemäß funktionieren, dann wird eben ein anderer Dienst ins Haus geholt. Der Träger selbst stellte dann nur noch das Haus und das Management.

In der Service-Logik liegen auch andere, noch konsequentere und garantiert ertragreiche Modelle: man könnte die Pflegebedürftigen z.B. gleich in Billiglohnländer schaffen. Es gibt Unternehmen, die derlei in der Suchtkrankenhilfe schon praktizieren.

Die Diakonie wird sich verändern unter dem Druck solch konkurrierender Modelle; viele Rechtsträger haben schon rein wirtschaftliche Zweige gebildet. Die Marktdiakonie ist heftig im Kommen; vielleicht kann sie - als Diakonie - wenigstens einige vorstellbare Auswüchse der neuen Soziallogik vermeiden.

Und die nach Meinung der Experten "auf der anderen Seite" entstehende Basisdiakonie? U.Schwarzer vom DWEKD hofft, sie könne in der Nähe dessen sein, was Diakonie eigentlich und ursprünglich einmal war. Auf jeden Fall müsse so oder so die diakonische Kompetenz der Gemeinden wachsen.

Dabei wird die m.E. spannendste Frage sein: zwischen den großen Einrichtungen der diakonischen Träger und den gemeindlichen Diakonie-Aktivitäten gibt es bislang eine ziemlich umfängliche Zwischenstruktur sog. gemeindenaher Diakonie, Beratungsstellen und dergleichen - was wird aus diesen? Bewegen sie sich in Richtung Basisdiakonie, oder werden sie zu einem Teil der Marktdiakonie? Wird man für Beratung bald einmal bezahlen müssen? Und werden verschiedene Beratungsstelle konzeptionell und preislich konkurrieren, um ihre Kunden wetteifern?

Die nächsten 10 Jahre dürften spannend werden für die Diakonie und ihre Mitarbeiterschaften. Und der Gemeinde wird vielleicht eine Diakonisierung in weitaus größerem Umfang aufgenötigt, als sie sich träumen läßt.

Diakonische Gemeinde

Mit der Akademisierung der Diakoninnen- und Diakonenausbildung wächst wohl die Freiheit gegenüber dem kirchlichen Anstellungsträger; es gibt fortan berufliche Alternativen - wobei die Arbeit bei Staat und Verbänden in andere Unfreiheiten führt. Es wäre m.E. sinnvoller, die diakonische Arbeit in den Gemeinden zu überdenken.

Mit der abzusehenden Spaltung in Markt- und Basisdiakonie werden sich Formen diakonischer Basisarbeit verändern, durch die sowohl die Bindung an die Gemeinde vertieft wird als auch die Freiheit anders gewahrt wird. Wir experimentieren gerade mit Agenturmodellen gemeindebezogener sozialer Arbeit, mit sozialräumlichen Distributionen gemeindepädagogischer Projektarbeit. Dabei gibt es durchaus organisatorische Anklänge an die moderne Diakonie/Sozial-Station: eine Struktur, wie sie für Sozialarbeit oder Gemeindepädagogik bislang unüblich war. Ein Team von

Gemeindepädagogen löst für Gemeinden und in Gemeinden in einem überschaubaren Sozialraum auf Zeit verabredete Aufgaben (z.B. eine ehrenamtliche Mitarbeiterstruktur aufzubauen); für und in Gemeinden, die sich entweder für sich keinen festangestellten gemeindepädagogischen oder sozialarbeiterischen Mitarbeiter leisten könnten - oder in die keiner mehr auf Dauer geht. Wenn das Ganze lose gesamtkirchlich angebonden ist, kann man von derlei auch gut leben. Unsere "Beratungsstelle für Gestaltung von Gottesdiensten und anderen Gemeindeveranstaltungen" arbeitet seit Jahren auf dieser Basis, mit größtem Erfolg - und mit außergewöhnlich hoher Berufszufriedenheit des großen Teams.

Überhaupt signalisieren die neuen sozialpolitischen Implantate, daß es künftig auch bei kirchlicher (und nicht nur dieser) Sozialarbeit oder gemeindepädagogischer Arbeit zumindest teilweise auf eine neue Verhältnisbestimmung von sozialer Arbeit und Ökonomie hinauslaufen könnte. Wenn Sie so wollen: auf eine Renaissance der genossenschaftsähnlichen Diakoniemodelle des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts. Lutz Finkeldey beschreibt in seinem neuen Buch "Armut, Arbeitslosigkeit, Selbst-hilfe" ein hannoversches Modell, bei dem etwa 50 Langzeitarbeitslose unter sozialarbeiterischer Moderation eine Einkäufer- und Tauschgemeinschaft gebildet haben, die sich mit Gütern versorgt, sie z.T. auch produziert, lagert und verteilt. Nach einer Anstoßfinanzierung durch EG und DW trägt sich die Sache selbst, zeigt sogar An-sätze von so etwas "Lebensgemeinschaft".

Auch was das Inhaltliche betrifft, ist nach Ansatzweiterungen Ausschau zu halten. Interessant scheint mir ein Konzept, das Theologie und moderne Kommunikationswissenschaft verbinden könnte. W. Rebell wirft in seinem Buch "Alle Dinge sind möglich dem, der glaubt" u.a. die Frage auf, welche Funktion die diakonischen Wundergeschichten in den frühen Gemeinden hatten. Er schreibt: "Dadurch, daß man (im Urchristentum) die Wunder Jesu immer wieder erzählte und sich an ihnen inspirierte, baute man ... ein bestimmtes semantisches Universum auf, das einen faktischen Nachvollzug der Machttaten Jesu überhaupt erst möglich machte." Danach zieht er die Linie aus zu Erfahrungen des heutigen charismatischen Christentums: "Auch aus heutigen charismatischen Kreisen wird berichtet, daß etwa Glaubensheilungen bei Krankheiten ein R e d e n über Heilung zur Voraussetzung haben; bevor sich Erfolge zeigten, mußte über Heilung gepredigt werden, und das oft monatelang. Gemeinden und Gebetsgruppen mußten eingestimmt werden auf die Möglichkeiten Gottes, und erst dann realisierten sich diese Möglichkeiten."

Diese Beobachtung ist in jedem Fall bemerkenswert: indem das Evangelium kommuniziert wird, wird die Erfahrung von Hilfe vor-kommuniziert. Diakonie als etwas Vor-Kommuniziertes. Das berührt sich mit Einsichten der Kommunikationsforschung und der neuen Wissenschaftstheorien: man muß schon mit etwas Besonderem rechnen, sonst passiert nichts Besonderes.

Die neuere Sozialgeschichte kennt etwas Ähnliches aus dem letzten Jahrhundert, als Wichern und andere "Agenten" der Inneren Mission ein solches semantisches Universum aufbauten oder als Frauen wie Amalie Sieverking eine ganze Pflegekultur in Gang brachten, sozusagen in Gang sprachen, sozialklimatische Veränderungen großen Ausmaßes, einen Humanitätsschub. Und wenn etwas in Gang gekommen war, dann erweiterte sich das semantische Universum durch eine spezifische Wahrnehmbarkeit etwa der kinder- und krankenpflegenden Diakonissen und vergrößerte so das Terrain für das Aufblühen der Pflege, für neue Formen sozialer Arbeit. Das war ein Merkmal

der diakonischen Spiritualität: das Beieinander von Intimität und Zeigehandlungen, von Reflexivem und Demonstrativem.

Das hieße z.B. für heute: das Zueinanderkommen und die gegenseitige Bedingtheit einer Gesprächs- und einer Hilfekultur bedenken. Gemeindediakonisches Handeln als Teil eines semantischen Universums, als eine Form kirchlicher Kommunikation mit der sozialen Wirklichkeit, die die Wirklichkeit verändert und sich dabei selbst weiterreformiert. Dieses Handeln ist wahrnehmbar, sprach- und zeichenfähig, symbolisierungsfähig, und zugleich geschieht in ihm Versprachlichung und Symbolisierung des z.T. unsagbaren Religiösen an den Rändern. W.Rebell meint, es gehe um eine Semantik des Kontrafaktischen: man muß über das Hilfemögliche, Pflegemögliche, Menschenmögliches hinaus sprechen und Zeichen setzen. Diakonie hat etwas andere Ermächtigendes und Selbstermächtigendes. Es geht darum, Gemeindeglieder zu befähigen, z.B., sich wieder gegenseitig zu beraten. Die Rückverlagerung effektiver Hilfe in die gemeindliche Struktur ist möglich; wenn wir diese Möglichkeit nicht glauben, werden andere diese Möglichkeiten wahrnehmen, privatwirtschaftlich.

Wichtig ist das Element der sozialen Wahrnehmung und der sozialen Kommunikation. Diakonie müßte Wahrnehmungsübungen betreiben: Menschen müssen anders wahrgenommen werden als zuvor, müssen in Kommunikationsprozessen vorkommen, von denen sie ausgeschlossen waren. Diakonie kann selbst Teil eines sozialen Klimas und Milieus sein.

Die neuen akademisierten Sozialberufler hatten das nicht einmal ansatzweise bewerkstelligen können; viele waren Einzelkämpfer, rasch ausgebrannt zu hilflosen Helfern. Hier liegt die Chance Ihrer Ausbildung und Praxis: sozialberufliche Fachlichkeit und geistliche und verbandliche Rückbindung, wo Intimität und Zeigehandlungen geübt werden können, das Vor-Kommunizieren aller Diakonie, wo der Gottesdienst erfahren werden (und vor-kommuniziert werden) kann als das, was er seit je sein sollte: ein diakonisches Sprachgeschehen; und die Diakonie als das, was sie seit je sein sollte: ein Gottesdienst mit den Händen.

Das Nachdenken der nächsten Jahre sollte angesichts der ins Haus stehenden Veränderungen - Basisdiakonie, Privatisierung, Wettbewerb usw. - um Modelle kreisen, die die Sozialwissenschaften, die alleine nicht das Erhoffte gebracht hatten und heute in ein Konglomerat einander widersprechender Erklärungsansätze für soziale Probleme einmünden, sozial und geistlich einbinden; und um Modelle, die uns die Angst nehmen vor einem Selbständigwerden sozialer Arbeit, vor selbstverantwortetem Wirtschaftlichwerden. Sie merken, es geht mir um eine Neubestimmung von Losbinden und Rückbinden.

FUNKTION UND GESTALT DES GOTTESDIENSTES IM KURGESCHEHEN UND HEILUNGSPROZESS

Referat beim Kurseelsorger-Kongreß, Bad Nauheim 1992

Vier Jahre habe ich mit meiner Familie in Bad Homburg gewohnt, und regelmäßig besuchen und begehen wir Bad Nauheim, wo Freunde wohnen. Das sind die beiden Kurorte, die ich gut kenne und in denen ich Beobachtungen gemacht habe. Was ich im folgenden ausführe, bezieht sich zunächst im wesentlichen auf diese Beobachtungen in diesen beiden Kleinstädten. Aber ich glaube, wer einen Kurort kennt, kennt die meisten; neue Kurorte werden immer rascher den alten immer ähnlicher. Das betrifft m.E. auch das Kirchenwesen am jeweiligen Ort. Die Gewohnheiten, Erfordernisse und vor allem die Organisationsformen des Kurwesens pflanzten sich auf Land und Leute und machen alles ähnlich.

Das Andersartige, das Seltsame, das Absonderliche des Kurorts ist mir nicht gleich aufgefallen, blieb zumindest eine Weile völlig unreflektiert; die ersten Wochen des Wohnens in einem Kurort fühlt man sich selbst halt noch wie ein Kurgast. Wenn ich nun im Nachhinein meine Eindrücke zusammenfasse, dann lauten sie in Kurzform so:

Kurorte sind mythologische Inszenierungen.

Das Kurgeschehen ist ein wallfahrts- und prozessionsartiges Arrangement.

Kurseelsorge und Gottesdienste im Kurort gewinnen ihre Funktionen und Auswirkungen insbesondere im Rahmen dieser Inszenierungen und Arrangements.

Der ritualisierte Tagesablauf des Kurgastes hat ganz bestimmte Brennpunkte. Der urtümliche Sinn der Prozession ist ja, einen Mythos darzustellen mithilfe des Fortschreitens von einem Ort zum andern, von einem Brennpunkt zum andern. Die Bewegung durch die Kuranlagen, durch die Kurparks, führt durch arrangierte Natur, z.B. von Quelle zu Quelle - teils dargeboten als eher numinose Grotte oder Erdhöhle, teils überwölbt von antiken Tempeln, flankiert von Quellnymphen, Wasser- und Heil-Göttern. Heilung ist halt ein Göttergeschenk - im Letzten ! Und: das Quellwasser ist halt ein besonderes Element ! Es ist nicht nur einfach angereichert von bestimmten Mineralstoffen u.ä. ! Im kurörtlichen Arrangement gewinnt es archetypische Bedeutung: die Quelle als Ursprungs-Ort, als Ort eines vor-subjektiven Lebensgefühls, als "das geläufigste Symbol für das Unbewußte" (C.G.Jung). Was da aus großer Tiefe kommt, gewinnt tatsächlich Tiefsinn durch die Landschafts- und Tempelarchitektur des Ortes; memento Paul Tillich: "Wer um die Tiefe weiß, der weiß auch um Gott".

Kurparks vermitteln religiöse Gefühle, religiöse Ur-Erlebnisse. Und wenn ein asiatischer Potentat sich erkenntlich zeigen möchte für hier erfahrene Labsal - was könnte er dem Kurort Passenderes schenken als einen Tempel aus seinem Kulturkreis?

Die moderne kurmedizinische Rationalität umgibt sich mit mythologischen Inszenierungen, und das eine verstärkt das andere, das eine wird zum Aspekt des andern.

Neben der Ursprungs- und Verbundenheitsassoziation vermittelt das Quellerlebnis offenbar eine weitere religionsanaloge Erfahrung, wie Hermann Timm beschreibt:

"Man kann zwar - niederkniefend - aus einer Quelle trinken, sie aber nicht austrinken, nicht restlos leeren wie das zum Munde erhobene Gefäß. Die Größe eines Bechers wird nach dem jeweiligen Flüssigkeitsbedarf berechnet. Man kalkuliert den Durst, das physiologische Defizit, um es möglichst deckungsgleich mit dem dosierten Angebot

bedienen zu können. Dies fordert die Mittel-Zweck-Rationalität, bei der Angebot und Nachfrage, Soll und Haben einander entsprechen, um keinen Tropfen zu vergeuden. Und dieser Krämergeist beim Verabreichen von Getränken wird durch den Quellgeist verhöhnt. So jedenfalls muß es dem Dürstenden vorkommen, wenn er an die Stätte gelangt und sieht, wie dort in wahrhaft überflüssiger, nichtsnutziger Weise die Labsal vergeudet wird. Selbst die Handteller, die er vorstreckt, das kostbare Naß aufzufangen, können nur das wenigste fassen. So maßlos ist der Erguß des Segens, daß sich mit fortschreitender Sättigung die Großmut der Natur als Übererfüllung der Bedarfsberechnungen unserers offenbart. Je mehr ungenutzt über Hände und Mund rinnt, umso deutlicher wird, daß man es nicht mit Restbestand von Ungenutztem zu tun hat. Während der Erfüllung beginnt sich das Bedürfnis zu verwandeln ins unstillbare Verlangen namens Ewigkeit. Denn Bedürfnisse sind endliche Defizite, deren Menge und Laufzeit man messen und dementsprechend versorgen kann, während ihre Erledigung oder Nichterledigung vom Durst des Geistes überformt wird, für den es kein Ressourcenkalkül gibt, da sein Volumen alle Maße sprengt."

Dieses Erleben sei heute "mehr denn je" wichtig, vor allem auch im religiösen Zusammenhang: "...wo ein kleinlicher Verstand den Gebrauchswert religiösen Glaubens aus sozialpsychologisch vermessenen Defiziten der Zivilisationsgesellschaft herleitet" (H.Timm, Das Weltquadrat, Gütersloher Verlagshaus G.Mohn, 1985, S. 123f.).

Was hier beschrieben wird, sind im Grunde "Hölderlin-Erlebnisse": Hölderlin hat diese Emanation und Abundanz des Heiligen und Heilenden gerade im Kurzusammenhang beschrieben. Die Dichterbüste im Kurpark stellt den Park nicht nur möglicherweise in einen erweiterten Kultur- und Ausdruckskontext, sondern spiegelt vielleicht eine uralte Zusammengehörigkeit, die schon der Mythenspezialist Kerényi beschreibt: Er spricht von der höheren Wirklichkeit "beider Weltoffenbarungen, der um die Quellen und der, die sich im Dichter entfaltet. Von diesem tiefen Zusammenhang der Quellenwelt und der Dichterwelt weiß das Griechentum". Nicht nur das Griechentum.

Es ist unbestreitbar, daß die Arrangements des Kurorts komplexe D e u t u n g e n induzieren - Deutungen von Krankheit und Genesung, vom Menschsein, von unserer Verbundenheit mit Gott und der Welt, vom Lebenssinn. Die Kur-Inszenierung will Elementarbedürfnisse vermitteln, Urerlebnisse. Wer kann sich - im Marmorbad, also in sarkophagähnlichem Terrain, ein Schlammbad nehmend - der Assoziation von Lebens- und Todessymbolik in einem verschließen?: "Von Erde bist du..."

Wie in manchen Kurorten das einverleibende Trinken und das Eintauchen, der Elementarkontakt mit Wasser und Erde, vorherrschen, so andernorts der Elementarkontakt mit heilender Luft. Da wird das Atmen neu eingeübt; und wo in wilhelminischen Inhalationshäusern Götterfiguren und Sphärenwesen die Sockel und Wände schmücken, dann sind es die alten Pneumagötter, von deren Existenz schon die Stoiker überzeugt waren. Und die uralte Inspirationstheologie ist irgendwie präsent: Wer lebt, atmet - Wer bewußt atmen lernt, lernt bewußt leben - Wer bewußt lebt, weiß, daß er sterben wird. Die Mystiker glaubten, im Einatmen und Ausatmen spiegele sich Verselbsten und Entselbsten. Meine Identität, Eigen-heit: und meine Allgemein-heit. Und beides von Gott: Der Odem wird von ihm gegeben, und er entzieht ihn auch; am Schluß. Vermittlung von Leben und Tod und Ahnung von Gottes Wirklichkeit! In manchen Kuranwendungen - vom Elementarkontakt mit heilender Erde zur Inhalation - scheint sich der ältere Schöpfungsbericht zu wiederholen: zuerst die formatio, dann die inspiratio.

Die Mythen von Neuschöpfung, Neuanfang, Wiedergeburt gewinnen Gestalt im Kurarrangement. Und den Kurärzten und sich selbst gibt der Patient das Versprechen der metanoia, der Umkehr der Lebensführung. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden neu geordnet, indem sie neu zugeordnet werden: ein entscheidender Aspekt des religionsanalogen Kurgedächtnisses ! Er ist offenbar überaus wirksam; vor allem dort, wo hinter der Kurbedürftigkeit Sinnkrisen oder - in theologischer Diktion - Rechtfertigungsbedürfnisse liegen: wie hinter so mancher sog. vegetativen Dystonie.

Die religionsanalogen Kurelemente sind gewiß nicht zufällig. Sicher ist auch kein Zufall, daß sich zu den alten Göttern gern die neuen gesellen: Erfolg, Macht, Reichtum. Ihre Statussymbole sind im Kurort unübersehbar. An den Rändern des Kurparks stehen die Villen, ja Paläste der Superreichen; sie haben auf Dauer gestellt, was die Masse für ein paar Wochen erlebt: das Versprechen von Ganzheit, ein modernes Panentheismusgefühl, landschaftgewordene Mystik, programmgewordene Mythologie, die neben manchen Diffusitäten auch wichtige humane Bedürfnisse einschließt.

Dieses ganze Phänomen läßt sich natürlich unter Verzicht auf religionspsychologisches Instrumentarium mithilfe soziologischer Erklärungsmodelle viel nüchterner beleuchten. Ein soziologisches Erklärungsmodell für die Attraktivität und Wirksamkeit der Kurinszenierungen - ein Modell, das auch religionssoziologische Implikationen hat - ist m.E. das vom gesellschaftstypischen Auseinanderfallen von Sinn und Funktion. Nach E.Herms (der vor allem Luhmann und Erikson "verarbeitet") ist für ausdifferenzierte Gesellschaften wie die unsrige charakteristisch, daß zwei unterschiedliche und potentiell widerstreitende Integrationsmechanismen nebeneinanderstehen. Die *s i n n h a f t e* Integration sei für die Personwerdung der Gesellschaftsmitglieder zwar unverzichtbar; aber zugleich hänge das Funktionieren der öffentlichen Kooperation, das Zusammenspiel der gesellschaftlichen Systeme und Subsysteme, zunehmend vom Ausklammern umfassender Sinndimensionen ab, beruhe auf *t e c h n i s c h e r* Integration: "...die Systeme werden integriert durch das Programm einer bloßen Erfüllung von aufgabenspezifischen technischen Anforderungen durch alle Beteiligten" (E.Herms, Die Fähigkeit zu religiöser Kommunikation und ihre systematischen Bedingungen in hochentwickelten Gesellschaften. Überlegungen zur Konkretisierung der Ekklesiologie, ZEE 4/1977, S.281). Sinn wird privatisiert: auch Religion wird zunehmend dem Bereich der Privatheit zugeordnet. Das persönlich Tragfähige und das gleichsam Gesellschaftsfähige klaffen auseinander. Der Kurprozeß repräsentiert nun einen der ganz wenigen gesellschaftlichen Bereiche, in denen Sinn und Funktion "wiedervereinigt" sind. Der Sinn der Kur durchzieht alle Vollzüge und Funktionen. Und in die noch scheinbar banalsten Vollzüge - wie Essen und Trinken, Baden, Inhalieren - wird umfassender Sinn gelegt. Als Kurgast habe ich Anteil am Sinn des Ganzen; zugleich befördere ich diesen Sinn, indem ich als Kurgast funktioniere. Das persönlich Tragfähige und das Gesellschaftsfähige begegnen mir als Einheit. Individuelle Krisenempfindungen - die einschlägige Fachliteratur handelt durchgängig von dieser Hauptbefindlichkeit des Kurgastes - werden übergeführt in umfassendere, größere Deutungs-, Verstehens- und auch Lösungszusammenhänge.

Vielen genügen die angebotenen Inszenierungen. Die kirchlich Verbundenen suchen die Ordnung, die Strukturierung der zwar ganzheitlichen, aber diffusen Integrationsarrangements: in kirchlichen Veranstaltungen, vor allem auch im Gottesdienst. Der Gottesdienst im Kurort wird dann als raum-, zeit-, sinnordnend erlebt -

und von daher generell viel positiver bewertet als die Gottesdienste in der Heimatgemeinde. Je weiter Kirchen und die darin stattfindenden Gottesdienste - im Kurort selbst - vom Kurzentrum entfernt sind, desto stärker unterliegen sie dem kirchlichen Normalitätsprinzip. Die im Kurgebiet oder an dessen Rand gelegenen Kirchen und die darin angebotenen Gottesdienste werden wie Dauer-Kasual-Gottesdienste begangen.

Die dem kirchlichen Leben in der Heimatgemeinde wenig, aber doch etwas Verbundenen finden aufgrund des religionsanalog deutbaren Kurklimas eher den Zugang zur Kirche als daheim. Riegers Vermutung, wonach "unter bestimmten Bedingungen an bestimmten Orten eine größere religiöse Aufgeschlossenheit herrscht als zu Hause" (P.Rieger, Tourismus und Kirche, in: Informationen, hrsg. v. Ev. Arbeitskreis für Freizeit, Erholung und Tourismus, Nr. 34/35, S. 23), hat sich neuerdings empirisch bestätigt durch Christine Stiers Untersuchung "Ferienkirche" (Diplomarbeit WS 1989/90 an der Ev. Fachhochschule Darmstadt).

Sinn und Funktion - theologisch

In der diakoniewissenschaftlichen Diskussion spielt die Sinn-Funktions-Frage schon seit längerem eine wichtige Rolle; im Zusammenhang mit "Kur- und Erholungstheologien" ist mir die Fragestellung bislang nicht explizit begegnet. Im diakoniewissenschaftlichen Raum steht das Interesse im Vordergrund, dem gesellschaftstypischen Auseinanderfallen von Sinn und Funktion theologisch-argumentativ und vor allem auch handlungspraktisch zu begegnen. Dabei orientiert sich diakoniethologische Argumentation an Jesus Christus, an Sinn und Funktion seines Hilfehandelns:

> Zur Sinn-Dimension: Das Hilfehandeln Jesu ist Reich-Gottes-gemäßes Handeln. Das heißt: Nicht nur individuelle Notlagen werden behoben, sondern Unheilszusammenhänge in religiöser Interpretation werden aufgebrochen, und Heil im umfassenden Sinne spricht sich aus. Sinnhafte Diakonie begründet faktisch ein neues Gottes-, Menschen- und Gemeinschaftsverständnis, betrifft insofern alle Ebenen des Sinnproblems.

> Zur funktionalen Struktur: Die funktionalen Strukturen des Hilfehandelns Jesu orientieren sich an der konkreten Situation (z.B. Armut, Krankheit, Ausgliederung, Diskriminierung usw.). Insofern ist seine Diakonie auch **A n t w o r t** auf soziale Herausforderungen. Zugleich wirkt Jesu Hilfehandeln verändernd auf die sozialen Strukturen zurück (Marginalisierte werden öffentlich rehabilitiert und sozial reintegriert, resozialisiert; Urteile über Menschen werden revidiert usw.).

> Indem im Handeln Jesu also Sinn und Funktion nicht getrennt sind, wird die Einheit von sinnstiftendem Verkündigungsinhalt und Intentionen wie auch Auswirkungen des Hilfehandelns unabweisbar. Es geht also nicht nur um das Miteinander von "Theorie" und "Praxis", um die Verknüpfung von "Wort" und "Tat". Diakonische Intention kann dann den gesellschaftlichen und kirchlichen Schaden des Auseinanderfallens von Sinn und Funktion "bearbeiten", indem sie heute - möglichst profiliert als bislang - kirchliches Handeln sowohl sinnhaft begründet, also nicht nur pragmatisch und zweckhaft, als auch funktional, d.h., nicht als etwas Abgehobenes, "Weltfremdes", sondern als etwas unseren Strukturen durchaus Angemessenes.

Es wäre zu überlegen, wie der Gesamtsinn und die vielen Funktionen des Kurgeschehens zusammenzubekommen sind mit "Kirchen-Sinn" und kirchlichen Funktionen. Es könnte dann nämlich nicht einfach darum gehen, kirchliche Kurdienste

als "komplementäre Therapie" o.ä. zu definieren; vielmehr müßte etwas angeboten werden, das sowohl eigen als auch kompatibel ist. Es muß zum Kurgeschehen einerseits passen, an den Inszenierungen anknüpfen können, aber den Menschen zugleich zu einem Eigen-Sinn verhelfen.

Gottesdienst

Der Gottesdienst und seine Liturgie haben seit je mit dem Ausgleichen von Spannungen zu tun. Ich werde das unten erläutern. Vorab ist mir der Hinweis wichtig, daß maßgebliche Theoretiker der Kurseelsorge (z.B. Eibach, Rössler, Stiewe), wenn man ihre Aussagen aufs kräftigste konzentriert, auf je eigene Weise betonen, daß vor allem **GLEICHGEWICHTSHERSTELLUNG** im Zielfeld kirchlichen Kurhandelns liegen müsse; so werden z.B. genannt: die Homöostase

von Angst und Hoffen,

Krise und Perspektivität,

Zielsetzungen und realistischen Möglichkeiten,

von zerrüttetem Selbstwertgefühl und Lebensmut,

Intimität und Öffentlichkeit,

Aktivität und Passivität,

zwischen dem Gefühl der Endlichkeit, der Geschöpflichkeit, und der "ewigen Bestimmung" des Menschen, u.ä.

Abgesehen davon, daß damit die zentralen Themen der Dauer-Kasual-Gottesdienste im Kurort umrissen sein dürften - : aus etwas z w i s c h e n all dem wird die Sinnhaftigkeit kirchlichen Handelns abgeleitet ! Das "Therapeutische" liegt im Ausgleich, in der Balance. Wie angedeutet: ich bin der Überzeugung, daß Homöostasierung zu den genuinen Anliegen des christlichen Gottesdienstes gehört.

> z.B.: der **AUSGLEICH ZWISCHEN GEIST UND ORDNUNG**

Der Gottesdienst der heidenchristlichen Gemeinde in Korinth muß etwa so ausgesehen haben: Zungenredner erhoben sich, sprachen von ihren Eingebungen und von den Zukunftsgeheimnissen. Während dereine noch redete, sprangen auch andere auf und begannen, in Zungen zu reden; wieder andere fingen an, die Zungenreden zu deuten.

Viele redeten laut durcheinander. Kranke wurden hereingebracht, und mit inbrünstigen Gebeten versuchten einige, Dämonen auszutreiben. - In seiner Auseinandersetzung mit den Korinthern argumentiert Paulus: "In der Gemeinde will ich lieber fünf verständliche Worte reden, um auch andere zu belehren, als zehntausend Worte in der Zungenrede" (IKor 14,19). Nicht, daß Paulus ein "unpneumatischer" Christ gewesen wäre ! Er bekennt sich zur pneumatischen Komplexität (z.B. I Kor 2,6ff; 2 Kor 12,1ff); das Enthusiastische, Ekstatische gehört so sehr zu seiner Persönlichkeit, daß ihm andere vorwerfen können, er sei von Sinnen (2Kor 5,13). Aber er sieht auch die Gefahren der ausschließlichen Selbstbezogenheit im Gottesdienst; zwei große Gedanken wirft er in den aufgeregten Gottesdienst: **GEMEINSCHAFTSSINN** und **ORDNUNG**. Außergewöhnliche Geistgaben sind Zeichen der Komplexität, sollen aber zurücktreten

hinter das schlichte, in seiner Abzweckung verständliche Sprechen. Im Gottesdienst soll Ordnung sein, damit Gemeinschaft sein kann ("Gott ist kein Gott der Unordnung...").

Was ich damit sagen will: v o n A n f a n g a n steht der christliche Gottesdienst in einem Spannungsfeld: Einerseits soll Wissen, Ahnung von "den großen Zusammenhängen", von der "ganzen Fülle", von möglicher "Ganzheitlichkeit" der Welt- und Selbsterfahrung vermittelt werden (all das subsummiere ich im Begriff Komplexität); andererseits geschieht Strukturierung, Konzentration, d.h. aber auch: Einschränkung der Wahrnehmungs- wie der Äußerungsmöglichkeiten ("Kanalisation").

Eigentlich in jeder Gottesdienstordnung geht es um die - historisch verschieden akzentuierte - Zuordnung von Komplexität und Maß: In der Frühzeit der Kirche ging es z.B. konkret um Überführung der motorisch bestimmten Handlungen ekstatischer Gottesdienste in verbale und cognitiv nachvollziehbare, verallgemeinerungsfähige Aktivitäten und symbolische Handlungen (für Augustin z.B. waren Lieder Ordnungsfaktoren, mit deren Hilfe gegen ekstatische Geräusche angekämpft wurde); spätere Reformer mußten eher gegen formalistische Erstarrung angehen (oder auch gegen die "Asozialität" von Gottesdiensten).

Alle alten und aktuellen Gottesdienstmodelle sind je auf ihre Weise Modelle geordneter Komplexität, lösen in je charakteristischer Weise die Spannung Geist/Ordnung (charismatische Gottesdienste mit anderer Akzentsetzung als politisch-meditative oder die traditionellen kultisch-liturgischen usw.).

> z.B. im RAUMERLEBEN

Die gottesdienstliche Sprache enthält räumliche Kategorien ("Die Herzen in die Höhe ! - Wir erheben sie zum Herrn !" uam). So sehr hier sprachlich Komplexität erweitert wird, so deutlich wird sie andererseits eingeschränkt: der gottesdienstliche Raum ist fest umrissen, abgegrenzt, schirmt auch ab gegen Geräusche u.a. von außen. Die Architektur der Kirchen fördert in der Regel dieses Raumerleben, aber auch die Konzentration, denn sie schafft sozusagen r ä u m l i c h e B r e n n p u n k t e: die Kanzel für die Predigt, den Altar für Gebete, das Taufbecken für Kasualansprachen usw. - meist bewußt auf verschiedenen Plateaus.

Im Gottesdienst sind Sprechen, Hören und sinnliche Empfindung, hier das Sehen und das Raumerleben, gebunden, konzentriert. Diese Momente sind Ordnungsfaktoren, die wichtige Hilfen für den Glauben sein wollen - nicht weniger wichtig als andere Ordnungsfaktoren des Gottesdienstes, der nicht nur einen festen Raum, sondern auch einen festen Anfang (Introitus) und ein festes Ende (Segen) hat. Diese grundlegenden Raum- und Eingrenzungsdimensionen sind m.E. Lernhilfen für den heutigen Menschen, seinen "Ort" zu finden in einer oft unbestimmten und unbestimmbaren Weltwirklichkeit. Die Erwähnung von Anfang und Ende des Gottesdienstes berührt sich schon mit dem nächsten Punkt;

> z.B. im ZEITERLEBEN

Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, was Gottesdienstformen von "geordneter Komplexität" schon längst praktizieren: daß Erweiterung von Bewußtsein, Vertiefung von Erkenntnis u.ä. nicht beliebig und unbegrenzt zu gewinnen sind. Vertieftes Zeitempfinden kann eigentlich nur zu bestimmten Zeiten, in festen Zeit-Räumen erlangt werden. Auch dazu dient m.E. die Ordnung der Gottesdienste, während gottesdienstliche Texte weitere Dimensionen des Zeiterlebens eröffnen: Die

Tatsache, daß die meisten liturgischen Texte dem Individuum zeitlich vorgegeben sind, also nicht nur Ausdruck aktueller Gefühle oder deren Vermittlung sind, führt den Gottesdienstteilnehmer "an die Wurzeln" des christlichen Glaubens zurück, "an die Quellen".

Eine gewisse Zeitlosigkeit, ja Anklänge von "Ewigkeit", von einer Grundstabilität, nach der jeder Mensch eine offene oder verdeckte Sehnsucht hat, drückt sich in der Wiederholbarkeit liturgischer Texte aus. Dieser Repetitionsmechanismus hat zu tun mit Erinnern und Wiedererkennen, wobei es sich um individuelle wie Gemeinschaftserinnerungen handeln kann. Erinnerung steht z.B. gegen das Vergessen, aber auch gegen das Verdrängen. Verdrängtes kann nicht vergeben werden. Die Praxis des Beichtgebetes ist dasgottesdienstliche Mittel, Erinnerungen von defizitärem Handeln, die man zu verdrängen drohte, zu aktualisieren - und zu vergeben.

Dabei ist Erinnern nicht dasselbe wie die Aktualisierung von Vergangenem. Erinnerung stellt sich ein, Aktualisierung ist Tätigkeit oder Mit-Tun. Etwa im Abendmahl verbindet sich beides: Erinnerung und Zusammenhandeln.

Die wiederholbaren Strukturen des Gottesdienstes haben aber nicht nur einen rückwärtsgewandten, historisierenden Aspekt, sondern zugleich auch einen perspektivischen, einen futurischen: die Wiederholbarkeit verbürgt die Hoffnung auf Zukunft, auch die Hoffnung auf die Nicht-Endgültigkeit gescheiterter religiöser Versuche; sie gibt Vertrauen auf neue Möglichkeiten, neue Anfänge, neue Anläufe.

> z.B.: der AUSGLEICH ZWISCHEN EINMALIGKEIT UND "ALLGEMEINHEIT"

Der Gottesdienst integriert, ist nicht nur Mittel zur Integration. Wenn er "ankommt", bewirkt er Verbundenheitsgefühle. Ist der Gottesdienst selbst eigentlich schon ein Modell von Beziehungsaufnahme, so vermittelt er andererseits den Gottesdienstteilnehmern bestimmte Regeln für die Beziehungen zu anderen Menschen. Gottesdienste, vor allem z.B. Kasualhandlungen in ihm, integrieren den einzelnen auf mannigfache Weise: religiös, sozial und geschichtlich (hier wieder der Zeitaspekt !). Die Fürbitte z.B. hat eine soziale Komponente; aber zugleich noch mehr: sie stellt umfassende Zusammenhänge her (Menschen brauchen einander - Menschen brauchen Gott - Gott "braucht" Menschen). Die Integrationsmechanismen des Gottesdienstes fördern eine "synthetische" Lebensauffassung. Dadurch wird persönlich Erlebtes der Zufälligkeit enthoben, gedeutet und zugleich historisiert und sozialisiert, d.h. hier: in gewisser Weise verallgemeinert. Der Mensch erfährt: im Gottesdienst wird die Einzigartigkeit des Menschen und sein Wert ausgesagt, ja sogar gefeiert (Kasualien !), andererseits ist der Mensch "allgemein" - wie die Geschichte Gottes mit Menschen, von der man im Gottesdienst hört, speziell und allgemein ist. Z.B. Geburt, Heirat, Tod, auch Kurkrisen, werden im Gottesdienst als höchst persönliche und individuell zu lösende Situationen erfahren, andererseits auch wieder ausgesprochen allgemein und übertragbar. Insofern steht der Gottesdienst für die Mehrdimensionalität menschlichen Daseins: es gibt für meine persönliche Situation einen religiös-historischen Aspekt (z.B. Analogie zu Erfahrungen biblischer Menschen); und: an der "Feier", der Begehung meiner höchst persönlichen Situation sind alle im Gottesdienst beteiligt, eigentlich sogar die ganze Kirche. Im Gottesdienst geschehen Heraushebung und Einordnung des Menschen.

Der Gottesdienst ist ein Ort, an dem die Kreatürlichkeit des Lebens bejaht wird. Geburt z.B. wird gefeiert als ein Höhepunkt im Leben von Eltern, zugleich als

Hinweis auf Gottes Güte, als Gelegenheit zu dankbarer Freude gegenüber Gott und Menschen, als Grund zur Freude für die Gemeinde. Das Kreatürlich-Biologische wird hier einerseits in komplexen Zusammenhängen gesehen und gedeutet: andererseits verliert das Biologische so seinen Charakter als "letzter Wert".

Im Gottesdienst erlebt der Mensch schließlich, daß - modern gesagt - der Bereich menschlicher Objektbeziehungen erweitert wird (Liebe zu allen Menschen wird gefordert) und zugleich spezifiziert (durch persönliches Angesprochensein, durch Kasualien etc.). Zwischen Erweiterung und Begrenzung wird ein dynamisches Gleichgewicht hergestellt.

Damit sind die vermittelnden, spannungsauleichenden Elemente des Gottesdienstes bei weitem noch nicht komplett (es findet z.B. noch die Strukturierung einer Vielfalt sinnlicher Erfahrungen statt uam); aber das Genannte möge genügen, um die Behauptung zu belegen, daß der Gottesdienst im Kurgeschehen "eigen" ist und zugleich so kompatibel zu den zu lösenden Spannungen, wie sie im Kurvorgang offenbar werden und für deren Lösung die Kurarrangements Perspektiven anbieten, die in mythischer uä Form religionsanalog deutbar sind. D i e s e Qualität der Arrangements stellt einen Anknüpfungspunkt für kirchliches Kurhandeln dar, der reflektiert und (z.B. gottesdienstlich) transformiert werden muß.